

Stellungnahme zur Umsetzung
der Wasserrahmenrichtlinie

Virtuelle Realitäten?
Auswirkungen der neuen
Informationstechnologien auf
Raumplanung und Raum-
entwicklung

Lebensstile, soziale Lagen
und Siedlungsstrukturen

Fortentwicklung des
Zentrale-Orte-Konzepts
Nordseekonferenz zum
Küstenzonen-Management

Kompetenzzentrum für
Raumforschung und
Regionalentwicklung
in der Region Hannover

Zeitschriftenschau
Neuerscheinungen



Deutsch-Österreichisches Handbuch der Planungsbegriffe

Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 2001, 256 S., farbige Karten, 39,- DM / 19,94 EUR / 275,- ÖS, ISBN 3-88838-529-6

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

1. Staats- und Verwaltungsaufbau der Bundesrepublik Deutschland
 - 1.1 Grundlagen der Staatsordnung
 - 1.2 Oberste Bundesorgane und Bundesbehörden
 - 1.2.1 Bundestag
 - 1.2.2 Bundesrat
 - 1.2.3 Bundespräsident
 - 1.2.4 Bundesregierung
 - 1.2.5 Bundesgerichte
 - 1.2.6 Bundesverwaltung
 - 1.3 Länder
 - 1.4 Kommunale Selbstverwaltung
 - 1.4.1 Gemeinden
 - 1.4.2 Kreise
 - 1.5 Finanzordnung
2. Planungssystem der Bundesrepublik Deutschland
 - 2.1 Bundesraumordnung
 - 2.2 Landesplanung
 - 2.2.1 Planungsfunktion
 - 2.2.2 Koordinierungs- und Sicherungsfunktion
 - 2.3 Regionalplanung
 - 2.4 Bauleitplanung
 - 2.5 Fachplanung
3. Zentrale Planungsbegriffe von A - Z

REPUBLIK ÖSTERREICH

1. Staats- und Verwaltungsstruktur der Republik Österreich
 - 1.1 Vorbemerkung
 - 1.2 Grundprinzipien der österreichischen Bundesverfassung
 - 1.3 Staatsorganisatorische Grundkonzeption
 - 1.4 Organisationsstruktur auf Bundesebene im Überblick
 - 1.5 Organisationsstruktur auf Landesebene im Überblick
 - 1.6 Organisation der kommunalen Selbstverwaltung
 - 1.7 Finanzordnung
2. Planungssystem der Republik Österreich
 - 2.1 Raumordnungsbegriffe in Österreich
 - 2.2 Bundesstaatliche Kompetenzverteilung in der Raumordnung
 - 2.3 Selbständige Fachplanungen des Bundes mit Wirkung auf die Raumordnung
 - 2.4 Übersicht der einschlägigen rechtlichen Planungsinstrumente
 - 2.5 Vertiefende Bemerkungen zu Planungsrecht und -praxis
 - 2.6 Nationale Raumordnung und Europäische Union
3. Zentrale Planungsbegriffe von A - Z

Inhalt

Zur Diskussion

- Stellungnahme einer Expertengruppe der ARL zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie 1
- Virtuelle Realitäten?
Auswirkungen der neuen Informationstechnologien auf Raumplanung und Raumentwicklung
Thesen zum Forschungsbedarf 3
- Für eine Modernisierung der Regionalplanung
Anmerkungen zu dem Positionspapier des Informations- und Initiativkreises Regionalplanung der ARL 6

Raumforschung / -entwicklungspolitik

- Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover 8
- UBA-Projekt "Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland" 9
- 4. Xantener Stadtkongress "Europäische Stadtvisionen 2030" 9
- Forschungsdokumentation Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen 10
- Neuer Studiengang Geomatics 10
- Aus den raumwissenschaftlichen Instituten der WGL
 - Deutsch-mexikanisches Seminar in Zacatecas 11
 - IRS-Forschungskolleg 11
 - Hal Colebatch - ein australischer Forscher in Erkner 11
 - Cities of Tomorrow: Projekt HQE²R im IÖR gestartet 11
- Neue Veröffentlichungen 12
- Veranstaltungshinweise 13

ARL-Zeitschriftenschau

17

ARL-Forschung

- Arbeitskreis "Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen" 23
- Arbeitskreis "Räumliche Aspekte neuer Entwicklungen der Energiepolitik in Deutschland" konstituiert 24
- Ad-hoc-Arbeitskreis "Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts" legt Empfehlungen vor 24
- Neuer Ad-hoc-Arbeitskreis zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) 25

- Neuer Ad-hoc-Arbeitskreis "Netzstruktur der DB AG aus der Sicht der Raumordnung" 25
- LAG Bayern diskutiert Zusammenhang von Arbeitsmarkt und Landesentwicklung 25
- LAG Baden-Württemberg
Neue Arbeitsgruppe "Landesentwicklung bei abnehmender Bevölkerung" 26
- LAG Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
Arbeitsgruppe "Auswirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Regionalentwicklung" 27
- Werkstattgespräch "Zukunft der norddeutschen Stadtstaaten-Regionen" 27
- LAG Nordrhein-Westfalen
Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen 29
- "6 Punkte - Jetzt" zur Novellierung des Landesplanungsrechts in NRW 29
- Gemeinsamer Workshop von ARL, Difu und DIW: Ökonomische Agglomerationsforschung in Europa 31
- Neues ARL/DASL-Projekt
Strategien für Großstadtreionen im 21. Jahrhundert 31

ARL-Veranstaltungen

- Nordseekonferenz zum Küstenzonen-Management 32
- Erklärung von Cuxhaven 34
- Junges Forum: Wohin steuert die Raumplanung? 35
- ARL/ORL-Seminar
Deregulierter Staat - Deregulierte Raumordnung? 36
- Workshop "GIS in der Regionalplanung" 38
- Wissenschaftliche Plenarsitzung 2002
"Nachhaltige Raumentwicklung - mehr als nur eine Worthülse" 38

ARL-Neuerscheinungen

39

ARL-Intern

- Gespräch der ARL-Leitung mit den LAG-Leitern 42
- Personalien 43
- Neue Korrespondierende Mitglieder 43
- Ausländische Gäste im Sekretariat 43

FRU-Infobörse

44



GRUNDLAGENWERKE

- Basiswissen für wissenschaftliche Fragen, Methoden und Verfahren im fundierten Überblick
- Aktueller Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse systematisch und zusammenfassend dargestellt
- Interdisziplinär erarbeitete Beiträge
- Serviceleistungen für Forschung, Studium, Lehre, Praxis und Fachöffentlichkeit
- Moderne Medien auf CD-ROM



FORSCHUNGS- UND SITZUNGSBERICHTE

- Ergebnisse grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung
- Umfassende Themenbehandlung durch interdisziplinäre Gruppenarbeit von Experten
- Überfachliche Diskussion und Evaluierung
- Wissenstransfer als Serviceleistung für Wissenschaft, Praxis und Fachöffentlichkeit



ARBEITSMATERIAL

- Forschungsergebnisse zu regionalen und fachlichen Aspekten
- Beiträge für aktuelle Diskussionsprozesse
- Erschließung neuer wissenschaftlicher Fragestellungen
- Grundlagen für weitere Forschungsinitiativen
- Wissenstransfer als Serviceleistung für Wissenschaft, Praxis und Fachöffentlichkeit

PERIODIKA

- Zeitschrift "Raumforschung und Raumordnung" (RUR)
- gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
- Nachrichten der ARL
- Vademecum der ARL
- ARL-Tätigkeitsbericht



Stellungnahme einer Expertengruppe der ARL zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Am 22.12.2000 wurde im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) veröffentlicht (Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.1.00). Ziel dieser Richtlinie ist die Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik. Die WRRL ist binnen dreier Jahre in nationales Recht umzusetzen.

Für die räumliche Planung-raumbedeutsame sektorale Fachplanungen und räumliche Gesamtplanungen ergibt sich aus der Richtlinie eine Vielzahl von Berührungspunkten, offenen Fragen und Problemen. Die ARL hat aus diesem Grund auf Empfehlung einer Expertengruppe, die im Juli in Hannover zu einem Workshop zusammenkam, einen Ad-hoc-Arbeitskreis eingerichtet (vgl. auch Bericht zum AAK in der Rubrik ARL-Forschung). Der Arbeitskreis wird sich mit den zu erwartenden Auswirkungen auf die räumliche Planung in Bezug auf die Neuerungen, die Aufgaben für die Raumplanung und die Umsetzung der WRRL befassen. Die Stellungnahme der Expertengruppe drucken wir nachfolgend ab.

Die Gesprächsrunde mit Vertretern aus Verwaltung, Umweltschutzverbänden, Wasserverbänden und Wissenschaft führte zu einer Betrachtung der Wasserrahmenrichtlinie aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Die Zielrichtung der WRRL wurde allgemein als positiv erachtet.

Die Neuerungen der WRRL gegenüber dem bisherigen Wasserrecht definieren sich vorrangig durch die folgenden Inhalte:

- Erstellung von Bewirtschaftungsplänen mit Gebietsabgrenzung anhand von Flusseinzugsgebieten.
- Erstellung von Maßnahmenplänen. Hohe Verbindlichkeit der Ziele mit relativ knappen Umsetzungsfristen.
- Verschlechterungsverbot des derzeitigen Zustandes der Gewässer und flächendeckender Grundwasserschutz.
- Bewertung des Gewässerzustandes verstärkt anhand der Gewässermorphologie.
- Verursacherprinzip und kostendeckende Wasserversorgung.
- Beteiligung der Öffentlichkeit.

Einstimmigkeit herrschte über den Punkt, dass eine weitere, zügige Auseinandersetzung mit dem Thema dringend erforderlich ist. Dies gebietet schon das Fristenkonzept der WRRL, das einen strengen Zeitrahmen zur Umsetzung der Ziele vorsieht.

Folgende Termine sind von den Mitgliedstaaten einzuhalten:

- Bis Ende 2003 muss die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden.
- Bis Ende 2004 ist eine Bestandsaufnahme aller Gewässer durchzuführen.
- Bis Ende 2009 sind die Bewirtschaftungspläne mit Maßnahmenprogrammen aufzustellen.
- Bis Ende 2015 sollen alle Gewässer einen nach der WRRL definierten guten Zustand erreichen.

Vor dem Hintergrund der gesetzten Fristen und der laufenden Änderungen des WHG und der Landeswassergesetze ist Eile geboten, da ein lenkendes Eingreifen in die Verfahren sonst kaum mehr möglich sein wird.

Im Folgenden sind die Ergebnisse des Expertengesprächs hinsichtlich erster Überlegungen zur Umsetzung der WRRL unter vier Hauptpunkten aufgeführt. Diese gliedern sich in eine kurze thematische Erläuterung und sich daraus ergebende Fragestellungen.

Die Rolle der Raumplanung bei der Umsetzung der WRRL

Durch die einzugsgebietsbezogenen Bewirtschaftungspläne der WRRL werden Forderungen an die Wasserwirtschaft gestellt, die einer räumlichen Gesamtplanung nahe kommen. Werden die Bewirtschaftungspläne behördenverbindlich, so gilt § 4 ROG (Ziele der Raumordnung sind von öffentlichen Stellen bei ihren raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten). Obwohl bereits diese allgemeine Raumordnungsklausel im Prinzip diese Beachtungspflicht statuiert, ist es geboten, diese durch eine spezielle Klausel im WHG zu ergänzen.

Sollte diese Beachtungspflicht angezweifelt werden, entsteht eine Gegenplanung zur Raumordnung. Wenn die Wasserwirtschaft aufgrund sektoraler Beurteilungen, gestützt auf europäisches Recht, ihre Belange ohne Abwägung mit den Belangen der Raumordnung und der anderen Fachplanungen allein unter wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkten fixiert, so wird es unausweichlich zu Zielkonflikten kommen. Die beste wasserwirtschaftliche Lösung ist nicht immer auch die beste im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung. Die wasserwirtschaftlichen Ansprüche sollten daher unbedingt in einem raumordnerischen Verfahren abgestimmt werden.

Die Raumplanung ist in Deutschland eine Gesamtplanung und damit zur Umsetzung der WRRL geeignet. Allein sie besitzt eine direkte demokratische Legitimation, da Landes-, Regional- und Bauleitpläne von gewählten Volksvertretern beschlossen werden. Dies trifft auf die Fachpläne der Wasserwirtschaft nicht zu, da die Entscheidungsträger als Fachbehörden nicht gewählt sind, sondern einen Teil der Landesverwaltung darstellen. Sie unterliegen allein einer indirekten demokratischen Kontrolle über den Landtag.

Hinsichtlich der reklamierten Rolle der Raumplanung ergeben sich dabei folgende Fragen:

- Wie kann die Raumplanung sich in die Bearbeitung der Bewirtschaftungspläne einbringen?
- Welche Aussagen müssen in das neue WHG und in die Ländergesetze aufgenommen werden, damit die Raumplanung bei der Umsetzung der WRRL mitwirken kann?
- Wie kann das Verhältnis Fachplanung zu Gesamtplanung trotz der WRRL erhalten bleiben? Wie kann verhindert werden, dass eine Fachplanung (Wasser) selbst zu einer Gesamtplanung wird bzw. diese dominiert?

Die Organisation der Planung nach WRRL

Bei der Aufstellung von Bewirtschaftungsplänen nach der WRRL begrenzen Flusseinzugsgebiete den Planungsraum. Deren Grenzen stimmen nicht mit den Organisations- und Planungseinheiten der anderen Fachplanungen und der Raumplanung überein. Eine Koordination aller Fachplanungen und der Raumplanung muss aber erfolgen, da die Inhalte der Bewirtschaftungspläne nicht nur die Wasserwirtschaft betreffen werden.

Auch werden die Bewirtschaftungspläne zumindest Behördenverbindlichkeit erlangen. Ihre Aussagen werden dann direkt bis auf die Ebene der Bauleitplanung wirken, denn die Festsetzung der Maßnahmen erfordert wahrscheinlich parzellenscharfe Abgrenzungen.

- Ist ein einziger Bewirtschaftungsplan für ein Flusseinzugsgebiet, der sogar Staatsgrenzen überschreitet, handhabbar?
- Die Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden müssen klar geregelt werden. Wie soll ein Land die WRRL umsetzen, wenn der Bund z.B. für Wasserstraßen zuständig ist und die Maßnahmenplanung in den Bereich der kommunalen Planung fällt?
- Wie können andere raumwirksame Planungen und auch die LAWA in die Aufstellung des Bewirtschaftungsplanes einbezogen werden?
- Wie sollte eine flussgebietsbezogene Organisation arbeiten? Können die Erfahrungen der Wasserverbände zur Umsetzung der WRRL genutzt werden?
- Verträgt sich die WRRL mit der kommunalen Planungshoheit? Wie kann Ermessensspielraum im Rahmen der Umsetzung der WRRL geschaffen werden? Könnte der Bewirtschaftungsplan die Grundlage für weitere verwaltungstechnische Maßnahmen bilden, so dass erst auf Ebene der Regionalplanung projektbezogene Maßnahmen ausgewiesen würden?

Die Umsetzbarkeit der WRRL

Die WRRL stellt sehr anspruchsvolle Ziele. Um diese durchsetzen zu können, müssen das WHG und die Ländergesetze angepasst werden. Dennoch scheint die Umsetzbarkeit in der vorgegebenen Zeit fraglich.

Die Möglichkeiten der WRRL, ihre Ziele in Ausnahmefällen herabzusetzen, bieten sich an, um Maßnahmen und damit Kosten einzusparen. Die Erfolge der WRRL können dadurch jedoch gemindert werden.

- Wie kann das Verschlechterungsverbot der WRRL eingehalten werden, wenn heute bereits Belastungen im Boden sind, die in den nächsten Jahren das GW verschmutzen?
- Welche Empfehlungen können Bund und Ländern im Rahmen der Änderung ihrer Wassergesetze gegeben werden?
- Wie kann verhindert werden, dass die Ausnahmeregelungen in der WRRL so stark ausgenutzt werden, dass einer Verbesserung der Gewässergüte entgegengewirkt wird?
- Welche Maßnahmen können zur Verringerung der diffusen Quellen der Gewässerbelastung (insbesondere der Landwirtschaft) angestrebt werden?

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und Betroffener nach WRRL

Die WRRL sieht neben der Beteiligung der Betroffenen auch die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Maßnahmenplanung vor. Die Konfliktintensität im Rahmen der Beteiligung wird in dem Maße ansteigen, wie sich die Rechtsverbindlichkeit der Planaussagen später darstellt. Bei der Aufstellung der Ziele selbst wird aber keine Beteiligung angestrebt.

- Bis jetzt bestehen keine öffentlich diskutierten Probleme mit dem Grundwasser. Zudem hat sich die chemische Gewässergüte der Oberflächengewässer in den letzten Jahren stark gebessert. Wie können der Bevölkerung die Ziele der WRRL dennoch nahe gelegt werden?
- Besteht die Gefahr einer geringen Motivation und Akzeptanz durch die späte Beteiligung erst in der Maßnahmenplanung?
- Wie können die kostendeckenden Wasserpreise ermittelt und für die Öffentlichkeit begründet werden?
- Inwieweit werden Privatpersonen von den Planaussagen bzw. deren Verbindlichkeit betroffen werden?

Empfehlung

Aufgrund der erläuterten und noch ungeklärten Fragen zur WRRL scheint es dringend erforderlich, weitere Expertengespräche, vorzugsweise im Rahmen eines Ad-hoc-Arbeitskreises, zu führen. In diesem sollten innerhalb kürzester Zeit mögliche Handlungsrichtungen aufgezeigt und Forschungsfelder definiert werden.

Virtuelle Realitäten?

Auswirkungen der neuen Informationstechnologien auf Raumplanung und Raumentwicklung

Thesen zum Forschungsbedarf

Die Auswirkungen der neuen Informationstechnologien auf die Raumentwicklung werden zwar vielerorts diskutiert, aber bisher noch viel zu wenig erforscht. Was sind die Veränderungen, die wir mit dem Begriff der "virtuellen Realitäten" bezeichnen? Welche Probleme werden mit der zunehmenden Realität des Virtuellen ausgelöst, und welches sind die zu erwartenden Konsequenzen, insbesondere für die künftige Entwicklung räumlicher Strukturen und nicht zuletzt für die Raumplanung? Der folgende Beitrag soll Anstöße liefern, über diese Thematik verstärkt nachzudenken.

1. Virtuelle Realitäten

Auf einer Tagung im letzten Jahr in St. Gallen hat Martin Boesch eine Aufteilung der Realität in drei Kategorien vorgenommen: virtuell – authentisch – spirituell.¹ Ich möchte den Begriff "authentisch" durch "reell" ersetzen, da es bei der Unterscheidung der virtuellen von den unmittelbar körperlich erlebten Welten eben darum geht, dass diese "wirklich" im Sinne von "tatsächlich vorhanden" sind (also: reell), und weniger "wirklich" im Sinne von "echt, zuverlässig, glaubwürdig" (authentisch), und meinen Ausführungen einige Überlegungen zum Verhältnis dieser drei Arten von Wirklichkeiten voranstellen, beschäftigen wir uns in der Raumplanung doch insbesondere mit den reellen Welten.

Die Unterscheidung in spirituelle und reelle Welten ist so alt wie die Menschheitsgeschichte. Seit es Kommunikationsmedien als Vermittler gibt, schieben sich jedoch die virtuellen Realitäten wie ein größer werdender Keil zwischen diese beiden Sphären: Angefangen mit der Schrift über den Buchdruck, dann Telefon, Rundfunk und Fernsehen, ist heute mittels der Computertechnik der Bereich und damit auch die Relevanz virtueller Realitäten immer größer geworden. Die Relevanz der reellen und der spirituellen Welten nimmt im Verhältnis dazu immer mehr ab. Das Neue sind also nicht die virtuellen Realitäten an sich, sondern deren Bedeutung und angebliche Neutralität. Es werden - anders als über die spirituellen Realitäten - keine Wertesysteme mehr vermittelt. Das macht Kommunikation und Vermittlung sogenannter

"Wirklichkeiten" immer schwieriger. Wen können wir von unseren Auffassungen noch überzeugen? Ein Problem, das für Planung von höchster Relevanz ist: Die Aufmerksamkeit für die reellen Lebensräume nimmt ab, wenn der Einfluss virtueller Realitäten zunimmt; Überzeugungskraft muss aus neu konstruierten "spirituellen Welten" bezogen werden.

2. Virtuelle Realitäten im Siedlungsraum

Mit der Erfindung von Telefon, Rundfunk, Fernsehen und schließlich dem Internet haben sich seit dem 19. Jahrhundert mehrere Quantensprünge in der Kommunikationstechnik vollzogen, auf die die Menschen mit Vereinzelung und die Siedlungsräume - im Verbund mit der allgemeinen Mobilisierung durch Motorisierung der Gesellschaft - mit Sub- und Desurbanisierung reagiert haben. Die neue Dimension der möglichen virtuellen Beziehungen veränderte auch die Raum- und Siedlungsstrukturen, die Rolle der Zentren als wichtige Informations- und Verkehrsknotenpunkte nahm potentiell ab.

Die digitalen Informationstechnologien stellen ein Kommunikationssystem dar, das die vorhandenen überlagert. Die neuen (unsichtbaren) Informationsstraßen werden aber - anders als die traditionellen (sichtbaren) Verkehrsstraßen - bisher kaum als räumlich relevante Faktoren beachtet². Neben der reellen materiellen Umwelt entwickelt sich ein unsichtbarer, virtueller Raum von grenzenloser Ausdehnung, der den physischen Ort zum Teil ersetzt, verstärkt oder ergänzt und zu komplexen Verflechtungen zwischen beiden führt, die dem bisherigen neue Qualitäten hinzufügen: So findet man im virtuellen Raum in allen Bereichen Abbilder der reellen Welt: Man kann in Kaufhäusern einkaufen gehen, man trifft sich in Cafés oder auf Partys - und dennoch: Keiner, der sich im Netz bewegt, hat bisher seine physische Präsenz aufgegeben. Alle Menschen sind nach wie vor an materiellen Orten zu Hause, sie schlafen und essen reell³, materielle Güter werden nach wie vor an materiellen Orten produziert, persönliche Dienstleistungen - wie ein neuer Haarschnitt - lassen sich nicht substituieren. Veranstaltungen, auf denen sich die Menschen noch physisch präsent über die Zukunft der virtuellen Welt austauschen, scheinen eher wichtiger als unwichtiger zu werden; kreative Milieus sind nur bedingt simulierbar.

Da die Teilhabe an diesen neuen Netzen aber nur mittelbar möglich ist, gehen von den neuen Informationstechnologien Risiken einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft aus.

¹ Martin Boesch: Virtuelle Stadt? Aufriss offener Fragen. Vortrag auf dem Symposium „die virtuelle st@dt - stadtszenarien für das 21. Jahrhundert“ am 13. September 2000 in St. Gallen

² Holger Floeting / Busso Grabow: Auf dem Weg zur virtuellen Stadt? Auswirkungen der Telematik auf die Stadtentwicklung. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1.1998, S. 18

³ Floeting / Grabow, a.a.O., S. 22

3. Entstehung neuer Peripherien: räumlich wie sozial

So wird bereits befürchtet, dass der Informationshighway zur "Einbahnstraße für Wenige" werden könnte⁴; es seien gleichzeitig eher die Verdichtungsräume und die großen Städte, die als Gewinner aus dem privaten Infrastrukturausbau hervorgehen werden⁵.

"Je weiter wir uns vom Einfluss der großen Zentren entfernen, desto weiter schreiten wir in der Geschichte rückwärts": Das schrieb C.G. Jung Ende der 20er Jahre und er konstatierte weiter, dass "die sogenannte Gegenwart ... eine dünne Oberflächenschicht (sei), die in den großen Zentren der Menschheit erzeugt wird"⁶. Diese Entwicklung hat sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts fortgesetzt: Trotz zunehmender Unabhängigkeit von räumlicher Nähe ist die materielle Konzentration in wenigen Headquarters der Welt eine Tatsache.

Ungleichzeitigkeiten und unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten, zwischen zentralen und peripheren oder zwischen armen und reichen Räumen, existieren nebeneinander her und bestimmen die unterschiedlichen Chancen sozialer und territorialer Zugangsmöglichkeiten im Raum.

Die potentiell ubiquitär verfügbare Information hat bisher nicht zu einer gleichen Verteilung von Chancen im Raum geführt. Im Gegenteil: Sie hat die spezifisch städtischen und regionalen Polarisierungen eher noch verschärft; zur Ausgrenzung und sozialen Segregation im realen Raum kommt jetzt auch die im virtuellen Raum hinzu.

□ Die einen und die anderen

Es zeichnet sich ab, dass wir künftig von einem komplexen System einer Bevölkerung auszugehen haben, deren Bewegungsnetze sich allenfalls noch punktuell berühren; dabei überlagern sich lokale, regionale und globale Beziehungsnetze in unterschiedlicher Weise bis zur völligen Beziehungslosigkeit:

Während die einen - ausgehend von einem nach wie vor festen Wohnsitz - periodisch an verschiedene Punkte der Welt ausschwärmen und die großräumigen Muster der Verkehrsinfrastruktur nutzen, schweifen die anderen als neue Stadtnomaden den wandernden Erwerbsmöglichkeiten hinterher. Dabei sind die einen vorrangig auf Zentren bezogen und tragen dazu bei, dass immer wieder neue Peripherien entstehen. Sie sind die Winner, sie gehören dazu, sind drinnen, auch im Netz der Informationen und bewegen sich - zwar temporär abgehoben, aber mit einer großen Souveränität - in Raum und Zeit. Sie sind es auch, die sich vorwiegend in baulich-räumlichen Innenwelten bewegen, während die anderen zunehmend ausgeschlossen werden.

⁴Harald Lob / Matthias Oel: Die europäische Informationsgesellschaft und die Regionen. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1.1998, S.3

⁵Floeting / Grabow, a.a.O., S.19

⁶C.G. Jung: Die Frau in Europa, Rascher Paperback, 5. Aufl., Zürich / Stuttgart 1948 (erstmal erschienen in Europäische Revue, Berlin 1927), S. 7

⁷Martin Boesch, a.a.O.

Realität ist eine lokal bis global orientierte Stadtgesellschaft, deren Extreme aus nomadisierenden Geschäftsleuten gebildet werden und aus wechselnden MigrantInnen, die an den lokalen Entscheidungen genauso wie an den globalen nicht partizipieren.

□ Das Mittelfeld oder das "Bodenpersonal"

Zwischen den auf diese unterschiedlichen Weisen Ortsungebundenen gibt es aber nach wie vor ein Mittelfeld von Ortsgebundenen, die im besten Fall zur Stabilität des Ganzen beitragen. Martin Boesch prägte hierzu den Begriff der "Bodenmannschaft"⁷ (die jedoch mehr aus Frauen als aus Männern bestehen dürfte ...), Menschen, die nicht umherfliegen, die auch nicht wandern, sondern die auf räumliche und soziale Nähe und unmittelbare Beziehungen angewiesen sind. Dazu gehören sowohl die Betreuten - Kinder und Jugendliche, Kranke und Behinderte, Alte und Gebrechliche - als auch die Betreuenden, Mütter (und Väter) oder andere Personen, die für diese Menschen sorgen, was in einer Gesellschaft, der die "Arbeit" (im Sinne von Erwerbsarbeit) ausgeht, besonders wichtig sein dürfte.

Raumplanung hat als traditionelle Vertreterin des Gemeinwohls die Verantwortung zu tragen für die Erhaltung und Stärkung dieser ortsgebundenen Identität; dies ist angesichts der Tatsache, dass Innovationen nach wie vor von den städtischen Räumen ausgehen, eine Herausforderung für die Schaffung qualitativvoller Lebensräume in den Agglomerationen.

4. Raumentwicklung zwischen virtueller Realität und ortsgebundener Identität

Angesichts der zunehmenden Verbreitung virtueller Realitäten gewinnen sinnliches Erleben, aber auch Jugend, Gesundheit und Sportlichkeit an Bedeutung. Die Virtualisierung der Gesellschaft scheint die Freude an Mobilität und die Unternehmungslust eher noch zu beflügeln. Es ist davon auszugehen, dass der Bewegungsdrang künftig vermehrt in der Freizeit ausgelebt wird, auch als Kompensationsstrategie, weil wir uns zum Arbeiten und Einkaufen, zum Bilden und Weiterbilden immer weniger bewegen (müssen).

□ Freizeit und Spaß, Sport und Erholung

Der zunehmende sportliche Bewegungsdrang zieht zum einen die veränderte Aneignung öffentlicher Stadträume nach sich (Stichwort: human powered mobility); zum anderen stellt die urban orientierte Spaß- und Freizeitgesellschaft neue Anforderungen an den Raum, die sowohl durch das Bedürfnis nach dem Erleben neuer Kicks, wie z.B. durch das Bungee Jumping, hervorgerufen werden, als auch durch die Nachfrage nach individuell und kollektiv nutzbaren Spiel- und Chaträumen, Internetcafés etc. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen realen und virtuellen Räumen, setzen aber in jedem Fall die Kenntnis der Technologien voraus, um sich Zugang verschaffen und am Ball bleiben bzw. sich der Teilhabe an Information und Gesellschaft sicher sein zu können.

□ Wohnen und Arbeiten

Veränderte Anforderungen an den Raum werden aber auch durch die neuen Lebensformen ausgelöst: Sie erfordern einerseits neue Formen der Nutzungsmischung im traditionellen Wohnbereich; andererseits werden in Quartieren, die durch verstärkte Telearbeit auch als Erwerbsarbeitsorte an Bedeutung gewinnen⁸, neue Potentiale der Nutzungsmischung erschlossen. Nicht nur der Einzug der Erwerbsarbeit, sondern auch ein wachsender Anteil an Freizeit, der aufgrund kürzerer Arbeitszeiten in der Wohnung verbracht werden kann, wird die Nutzungsintensität und -qualität des Wohnungsbestandes verändern.

Um die Chancen der Nutzungsmischung zu nutzen, werden die Siedlungsstrukturen in weiten Teilen umzubauen sein: Dabei werden es diejenigen Quartiere leichter haben, die auf einem robusten Grundraster entstanden und damit einigermaßen flexibel sind. Bei monofunktionalen Gebieten - wie Industriequartieren oder Großwohnsiedlungen - wird eine Anpassung der Strukturen größere Anstrengungen erfordern.

Die neuen Formen der Flexibilität hinsichtlich Arbeitsort und -organisation⁹ haben große Vorteile für die zeitliche Unabhängigkeit der einzelnen. Davon könnten telearbeitende Mütter genauso profitieren wie entsprechend die Väter. Für wen jedoch letztlich neue Freiheiten entstehen bzw. alte Abhängigkeiten weiter existieren, wird auch davon abhängen, wie die künftige Gesellschaft mit diesen Möglichkeiten umgeht.

□ Einkauf und Versorgung

Teleshopping, Telebanking, die Nutzung virtueller Verbindungen zu Behörden, Kunden, Lieferanten etc. werden zunehmen; Umsätze in traditionellen Vertriebsformen des Handels schrumpfen bereits. Die digitalen Informationstechnologien eröffnen Möglichkeiten eines neuen Umgangs mit betrieblichen Standortstrukturen; das gilt für die Distributionsfunktionen, zumindest im Bereich der telematisch vermittelbaren Produkte, d.h. für einen großen Teil von Produkten im Non-Food-Bereich sowie für alle lagerfähigen Produkte im Foodbereich. Für alle anderen Bereiche - also Dienstleistungen, langlebige Güter etc. - werden die Qualitätsanforderungen zunehmen.

Die künftige Nutzung der Einkaufsangebote dürfte sich vor allem nach Last- und Lusteinkäufen unterscheiden: Das Notwendige wird über Internet bestellt, während der darüber hinausgehende Bedarf mit einem erhöhten Zeitaufwand und größeren Qualitätsansprüchen an die Warenpräsentation einhergehen dürfte. Gefährdet sind daher eher die weniger attraktiven Versorgungsstandorte, die durch die sich abzeichnende verstärkte Trennung von Warenpräsentation und Warenauslieferung¹⁰ - Warenpräsentation in Innenstädten, Warenauslieferung über Logistikzentren in der Peripherie - in ihrer Existenz zusätzlich bedroht sind.

Die Auswirkungen auf die öffentlichen Räume sind nicht allein ein Problem der städtebaulichen Planung auf der kommunalen Ebene, sondern sind auf den überörtlichen Planungsebenen strukturell bereits mitzudenken.

□ Bildung und Weiterbildung

Die digitalen Informationstechnologien eröffnen neue Dimensionen für die allgemeine und berufliche Bildung durch Fernunterricht aller Art, virtuelle Schulen und Universitäten sind in greifbare Nähe gerückt¹¹; dies ist vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Erfordernisses vom lebenslangen Lernen eine Chance, auch für die räumlichen Peripherien. Auch hier wird jedoch kaum eine Substituierung, sondern allenfalls eine Ergänzung bisheriger Möglichkeiten zu erwarten sein.

Voraussetzung für eine Teilhabe am Spagat zwischen virtueller Realität und ortsgebundener Identität ist das Vorhandensein und der öffentliche Zugang vor Ort zu der notwendigen Infrastruktur, zum einen in Form von modernen Anschlüssen und Breitbandnetzen, zum anderen aber auch in Form von digitaler Alphabetisierung und Entwicklung von allgemeiner Medienkompetenz. Der allgemeine Zugang zu den Netzen ist eine wesentliche Grundlage, um eine Polarisierung in Informations-Reiche und Informations-Arme in der Gesellschaft zu verhindern; dies kann jedoch nur erreicht werden, wenn dieser Zugang nicht vollständig der privaten Verantwortung überlassen wird¹².

5. Konsequenzen für die Raumplanung

Es ist kaum zu erwarten, dass auf die Raumplanung grundlegend neue Aufgaben zukommen werden, aber der Problemdruck wird sich erhöhen¹³: Bei fortschreitender Privatisierung vieler Entscheidungsbereiche zeichnen sich neue Polarisierungstendenzen ab, die neue räumliche und soziale Peripherien entstehen lassen, sowohl im virtuellen wie im realen Raum, und die Gesellschaft mit der Gefahr zusätzlicher Segregationsprozesse konfrontieren werden.

□ Raumordnungspolitik

Mit der Chance auf einen flächendeckenden Einsatz der digitalen Informationstechnologien besteht jedoch gleichzeitig die Hoffnung, räumliche Standortnachteile abseits gelegener Regionen überwinden bzw. die Kluft zwischen strukturschwachen Rand- und wohlhabenden Kernregionen verringern zu können¹⁴. Eine Chance also für die Ziele einer an gleichwertigen Lebensbedingungen orientierten Raumordnungspolitik; bei fortschreitender Privatisierung der Märkte ist jedoch zu befürchten, dass vorhandene regionale Disparitäten sich verstärken, wenn nicht entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden¹⁵.

⁸ Floeting / Grabow, a.a.O., S. 25

⁹ Lob / Oel, a.a.O., S. 4

¹⁰ Floeting / Grabow, a.a.O., S. 26

¹¹ Lob / Oel, a.a.O., S. 4

¹² Jens Kurnol / Karin Lorenz-Hennig: Telekommunikation und Raumordnung. In: IzR Heft 1.1998, S. 13

¹³ Kurnol / Lorenz-Hennig, a.a.O., S. 16

¹⁴ Lob / Oel, a.a.O., S. 4 und S. 7

¹⁵ ebda., S. 5

Vielleicht wäre es an der Zeit, anstelle oder neben der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur eine neue Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Informations- und Kommunikationsstrukturen zu kreieren, um die sich abzeichnenden Nachteile für die räumlichen Peripherien rechtzeitig auffangen zu können. Ggf. wäre auch an eine Einführung von Sondertarifregelungen für preispfindliche Nutzergruppen zu denken.¹⁶

□ Raumplanung und Städtebau

Auf der Ebene von Raumplanung und Städtebau werden weiterhin die nötigen Vorkehrungen zu treffen sein, um das Gemeinwohl sicherzustellen und weitere Polarisierungen zu vermeiden. Gerade das Beispiel von Handel und Versorgung zeigt, dass lenkende Eingriffe nötig sind, um die Chancen der neuen Technologien allen zugänglich zu machen.

So wären z.B. Orte zu schaffen, an denen auch jene Zugang zu den neuen technologischen Möglichkeiten haben, die nicht zur "Info-Elite der männlichen Mittdreißiger" gehören¹⁷: Allgemein zugängliche Informations- und Bestellterminals könnten den alten Tante-Emma-Läden im ländlichen Raum oder in den Randzonen um die Verdichtungsräume wie auch an den inneren Peripherien der großen Städte ein Comeback ermöglichen.

6. Resümee: Zur Bedeutung der virtuellen Realitäten

Die Zunahme virtueller Realitäten verändert Wahrnehmung und Bewertung reeller, materieller Räume; sie verringert jedoch nicht deren Inanspruchnahme. Die Motive der Raumnutzung verlagern sich, und es ist zu erwarten, dass mittelfristig eher höhere Anforderungen an die Qualitäten reeller Lebensräume gestellt werden.

Die Zunahme der Relevanz virtueller Realitäten wird - aufgrund der unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten - jedoch gesellschaftliche Polarisierungstendenzen verstärken und damit Probleme erzeugen, die sich in weiteren zusätzlichen Segregationstendenzen niederschlagen könnten. Hier vermag räumliche Planung allenfalls im Verbund mit politischem Handeln etwas auszurichten.

Für die Raumplanung wird vermutlich das Problem der dennoch zunehmenden regionalen und globalen Mobilität - sei es zur Kompensation der reduzierten körperlichen Bewegung, sei es aus dem Bedürfnis nach reeller Begegnung mit Menschen und Orten heraus - langfristig die größere Herausforderung darstellen.

*Prof. Dr. Barbara Zibell
Institut für Architektur- und Planungstheorie,
Universität Hannover*

Für eine Modernisierung der Regionalplanung

Anmerkungen zu dem Positionspapier des Informations- und Initiativkreises Regionalplanung der ARL

(abgedruckt in H. 2/2001 der ARL-NACHRICHTEN, S. 8-10)

Dass sich jüngere Raumplaner/innen mit der Aufgabe befassen, eine Modernisierung ihres Aufgabenfeldes zu organisieren, ist zu begrüßen. Ich denke indes, die Vorschläge „greifen zu kurz“. Sie sind seit rund 30 Jahren so oder anders formuliert hiezulande Gegenstand von Diskussionen gewesen und es hat sich in der Sache seither fast nichts bewegt! Wenn tatsächlich Änderungen gewollt sind, müssten auch die Rahmenbedingungen, die räumliche Planung in Deutschland determinieren und konstituieren, auf den Prüfstand. Ich möchte zur Erläuterung dazu beispielhaft lediglich 4 Sachverhalte benennen:

Die zentrale Frage zum Thema, weshalb ich oder Herr Meyer oder Frau Schulze als Steuerzahler/in überhaupt Steuergeld für Raumplanung auf 3 oder 4 Entscheidungsebenen ausgeben soll, um einen überholten, ineffizienten und teilweise überflüssigen Bürokratenapparat weiter zu finanzieren, wird freilich in dem Positionspapier nicht gestellt, sondern es wird weiter mit Behauptungen über die Vorzüge und Nützlichkeit von Raum- und Regionalplanung argumentiert - wie seit rund 30 Jahren zunächst in der Bundesrepublik, seit Mitte der 90er Jahre auch in den ostdeutschen Ländern -, die an keiner Stelle empirisch belegt sind. Eine solche Frage werden sich vielleicht demnächst auch die Rechnungshöfe stellen! Also: um die quälende, bisher wenig zielgerichtete Raumplanungsdebatte über Modernisierung vorläufig „zu finalisieren“, ist eine Evaluierung der Ergebnisse bisheriger Landes- und Regionalplanung durch Dritte unabdingbar, um die „müsste-, sollte-, könnte“-Forderungen (die in dem Positionspapier auch reichlich vorkommen) hinter uns zu lassen. Im gleichen Heft 2/2001 der ARL-Nachrichten wird diese Evaluierung auch im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsdebatte von der LAG Baden-Württemberg gefordert. Modernisierung m. W. also erst dann, wenn endlich Fakten auf dem Tisch liegen.

Einen weiteren zentralen Mangel des Positionspapiers sehe ich in der völligen Ausblendung der Situation von Raumplanung in der EU und in den Nachbarländern und auch der internationalen Planungsdiskussion. Vieles von dem, was in dem Positionspapier gefordert wird, ist international „Stand der Technik“. Selbst wenn eine gewisse Eigenständigkeit deutscher Raumplanungsphilosophien und Instrumente befürwortet werden soll, wird es doch nicht ausbleiben, dass Anpassungen der Koordinaten, Inhalte und Instrumente erfolgen werden und müssen. Die Umweltprüfung für Pläne und Programme mag nur ein Beispiel für diese Feststellung sein. Weshalb die Kompatibilitäten in dem Positionspapier nicht gefordert und begründet/erläutert werden,

¹⁶ Lob / Oel, a.a.O., S. 5

¹⁷ Floeting / Grabow, a.a.O., S. 30

wo das ohne großen Aufwand möglich ist, bleibt ebenso unverständlich wie eine Bezeichnung der Sachverhalte (als Mindestnormen), die für die hiesige Raumplanung unbedingt erhalten werden sollten. Im Positionspapier wird hingegen der Eindruck vermittelt, als ob an dem teuren und wenig effizienten deutschen Sonderweg festgehalten werden soll.

Eine dritte zentrale Frage bleibt in dem Positionspapier auch unbeantwortet: die Vorschläge zur Modernisierung der Regionalplanung waren Gegenstand einer heftigen Planungstheoriediskussion in den 70er Jahren in Deutschland und anderen Ländern, und sie waren Handwerkszeug und Vorgaben von und für viele Raumplanungen in Entwicklungsländern (mit unterschiedlichen Ergebnissen), z. T. gefördert durch internationale Institutionen. Sicher waren die Begriffe seinerzeit andere: in der Sache ist indes nichts Neues in dem Positionspapier zu finden. Problemorientierte oder inkrementale Planung mögen dazu Stichworte sein. Es gibt viele Berichte über Vorzüge und Schwächen eines Vorgehens dieser Art. Weshalb beinahe 30 Jahre Zeit erforderlich sind, um diese Erkenntnisse und Erfahrungen über junge Fachleute nach Deutschland zu transferieren, wäre die dritte Frage, die erst beantwortet werden sollte, ehe über Inhalte und Verfahren diskutiert wird. Denn die Antworten dazu würden das Augenmerk auf Engpässe lenken, über die im Positionspapier nicht geschrieben wird. Dass daraus dann auch für die Aus- und Weiterbildung Schlussfolgerungen zu ziehen wären, wie in dem Positionspapier angedeutet, wäre konsequent.

Bei einem Vergleich des heutigen (politischen) Stellenwerts von Raum-, Landes- und Regionalplanung gegenüber den sechziger Jahren und der ersten Hälfte der siebziger Jahre (in Westdeutschland) fällt auf, dass dieser Politikbereich nicht nur immense Implementationsdefizite aufweist, sondern dass er auch bei allen wesentlichen (gesellschafts-)politischen Diskussionen der Gegenwart nicht präsent ist: Bevölkerungs- und Einwanderungspolitik wird aus allen Richtungen diskutiert, nur nicht aus einer raumpolitischen Perspektive. Nachhaltige Raumentwicklung ist gar seit 1997 ein Gesetzesauftrag: außer Antworten mit Leerformelcharakter hat die etablierte Raumplanung diesen Auftrag ebenso wenig aufgegriffen (auch das Positionspapier schweigt sich darüber aus) wie sie weiterführende Beiträge zur Ökosteuer und Energiepolitik (deren Raumrelevanz außer Zweifel sein dürfte) und anderen aktuellen und strittigen Fragen vermeidet. Dazu fundierte Beiträge zu leisten, könnte eine Möglichkeit dazu sein, den Stellenwert dieses Aufgabenfeldes zu stärken. Dass solche Aufgaben nicht ausschließlich durch Praktiker/innen der Regionalplanung zu lösen sind, ist einseitig. Sie sollten aber zumindest die „richtigen“ Fragen stellen und in die Diskussion bringen.

Prof. Dr. Karl Hermann Hübler, Berlin

EUREG

Europäische Zeitschrift für Regionalentwicklung | Revue Européenne de Développement Régional | European Journal of Regional Development

9/2001

Articles

Ralph Baumheier
NorVision - A Spatial Perspective for the
North Sea Region

Isolde Roch
The New Czech County Development Concept and
the Opportunities and Risks it Presents in Karlovy
Vary County

Barbara Zibell
Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Planungs-
kulturen Deutschlands und der Schweiz -
Anmerkungen zum deutsch-schweizerischen Hand-
buch der Planungsbegriffe

Joern Birkmann, Oscar Frausto Martinez
Indicators for Sustainable Development for the
Regional and Local Level - Objectives, Opportunities
and Problems
Case studies from Germany and Mexico

Birgit Gehrke
Industrielle Wissens- und Innovationspotentiale
in europäischen Regionen

Bernhard Mueller
Urban Networks and Polycentric Spatial Development
in Europe – the Case of Germany

Ingo Liefner
Spatial Distribution of Public Funds for Teaching and
Research

Robert Koch
Central Places and Civic or Municipal Networks as
Instruments for the Development of Rural Areas

Short Reports

News

Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover

Der Wissenschaftsrat hat anlässlich der jüngsten Evaluierung der ARL hervorgehoben, dass die ARL durch das Sekretariat für die Region Hannover eine anerkannte Netzwerk-, Initiierungs- und Koordinationsfunktion wahrnimmt. Von besonderer Bedeutung war in der Vergangenheit neben einer ganzen Reihe von personellen und institutionellen Kooperationsansätzen das ARL-Forum „Hannover-Region“. Der Wissenschaftsrat hat empfohlen, diese Zusammenarbeit künftig zu intensivieren und durch weitere Partner auszubauen.

Wie in Heft 2/2000 der ARL-NACHRICHTEN berichtet, hat im letzten Jahr unter der Federführung des Sekretariats der ARL eine Vorbereitungsgruppe damit begonnen, ein Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover einzurichten.

Das Kompetenzzentrum wurde mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung am 3. September 2001 gegründet. Es ist nach dem raumwissenschaftlichen Kompetenzzentrum Dresden das zweite seiner Art in Deutschland, allerdings das erste, das in inhaltlicher und räumlicher Hinsicht die Potenziale in einer Region derart umfassend zusammenführt. Es bündelt mit der ARL, der Universität Hannover und außeruniversitären Einrichtungen aus Forschung, Verwaltung und Wirtschaft ein für den norddeutschen Raum einzigartiges Potenzial am Wissenschaftsstandort Hannover. Das Kompetenzzentrum bildet ein interdisziplinäres Netzwerk und Forum für den Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit.

Ziele des Netzwerkes sind der wechselseitige Wissenstransfer, der Austausch von Informationen und Erkenntnissen, die Bündelung des raumwissenschaftlichen Know-hows

und die Zusammenarbeit der beteiligten Einrichtungen bei gemeinsam interessierenden Fragestellungen.

Die Aufgaben des Kompetenzzentrums liegen in der gemeinsamen Forschung und Ausbildung sowie im regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch; hierzu gehören insbesondere:

- Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für Studierende und für die Praxis; in einem ersten Baustein geht es um Regionalmanagement,
- Sondierung gemeinsamer Forschungsinteressen und die disziplinübergreifende Bearbeitung konkreter Vorhaben in Forschung und Praxis,
- gemeinsame Nachwuchsförderung, Politikberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Profilierung des Standortes, beispielsweise raumwissenschaftliche Veranstaltungen und andere Marketingmaßnahmen.

Das Interesse der interdisziplinären Forschung und Weiterbildung ist auf alle raumwissenschaftlichen und regionalentwicklungspolitischen Zusammenhänge gerichtet. Wesentliche Teilbereiche der grundlagen- und anwendungsorientierten Betrachtung sind beispielsweise:

- Raumwirksame gesellschaftliche Prozesse
- Räumliche Ressourcen und Potenziale
- Ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Grundlagen der Stadt- und Regionalentwicklung und der räumlichen Planung
- Instrumente, Konzepte und Prozesse der Raumentwicklung und Raumplanung, des Planungsmanagements und -marketings.



Mitglieder des Kompetenzzentrums können Einrichtungen der Universität und außeruniversitäre Einrichtungen werden, die in Stadt und Region Hannover ihren Sitz haben, sich mit Fragen der Raumforschung und Regionalentwicklung in Wissenschaft und Praxis befassen und sich für die Ziele und Aufgaben des Netzwerkes engagieren. Mitglieder sind zurzeit:

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) - Sekretariat der ARL
- Universität Hannover
 - Geographisches Institut
 - Historisches Seminar
 - Institut für Architektur- und Planungstheorie
 - Institut für Freiraumplanung und planungsbezogene Soziologie
 - Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur
 - Institut für Landesplanung und Raumforschung
 - Institut für Landschaftspflege und Naturschutz
 - Institut für Politische Wissenschaft (AG Interdisziplinäre Sozialforschung)
 - Institut für regionale Architektur und Siedlungsplanung
 - Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung
- Außeruniversitäre Einrichtungen
 - Fachhochschule Hannover
 - Institut für Entwicklungsplanung und Struktur-forschung GmbH
 - Kommunalverband Großraum Hannover
 - KoRiS Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung GbR
 - Niedersächsisches Institut für Historische Regionalforschung e.V.
 - Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
 - Planungsgruppe Ökologie und Umwelt
 - Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V.

Die Arbeit des Kompetenzzentrums wird von einem dreiköpfigen Sprecherrat (Vorstand) koordiniert:

- Dr.-Ing. M. A. Jörg Knieling, KoRiS Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung GbR
- Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Generalsekretär der ARL (Vorstandsvorsitzender)
- Prof. Dr. Barbara Zibell, Institut für Architektur und Planungstheorie der Universität Hannover.

UBA-Projekt

„Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland“

Das Umweltbundesamt (UBA) hat das Ökoinstitut, Darmstadt, und das Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Dresden, mit der Durchführung eines Forschungsprojektes zum Thema „Stoffflussbezogene Bausteine für ein nationales Konzept der nachhaltigen Entwicklung-Verknüpfung des Bereiches Bauen und Wohnen mit dem komplexen Bereich öffentliche Infrastruktur“ beauftragt (Projektabschluss 1. Quartal 2002).

Das UBA hat zu diesem Projekt einen Begleitkreis von ca. 30 Personen aus Wissenschaft und Praxis gebildet und die ARL um Mitwirkung gebeten. Die ARL wird durch OM Prof. Spehl, Trier, vertreten. Beim ersten Treffen des Begleitkreises wurden die Projektziele (Aufzeigen von Perspektiven für ein nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland, zeitnahe Einbindung der Akteure, Identifizierung und Gewichtung ökologischer Potenziale und Handlungsoptionen, Ableitung von Prioritäten für eine vorsorgende Umweltpolitik, Eröffnung eines Dialogs zur Umsetzung von Maßnahmen und Innovationen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung), die verwendeten Szenarien (Referenzszenario sowie Struktur- und Bewusstseinswandel-Szenario) und die Eingriffsebenen (Nachfrage und Art der Wohneinheiten, Nachfrage und Art des Neubaus, Haustypen, Baustoffarten etc.) vorgestellt. Vom Begleitkreis wurden dazu kritische Punkte benannt und Anregungen für die weitere Arbeit gegeben. Die zweite Sitzung ist für den 18.10.2001 vorgesehen und wird sich voraussichtlich mit der Verbindung zur öffentlichen Infrastruktur, den Rahmenbedingungen der Szenarien und der Einbindung der Akteure befassen.

4. Xantener Stadtkongress Europäische Stadtvisionen 2030

Seit 1993 existiert in Xanten die Europäische Schule für Städteplanung GmbH (essx). Die essx will insbesondere durch fachübergreifende Forschung, in Seminaren und Veranstaltungen zukünftige Konzepte für europäische Städte erarbeiten und die internationale Diskussion über einschlägige Erkenntnisse und Ergebnisse fördern. Kernziel ist dabei der Aufbau eines Kompetenznetzwerkes, um Themen für wissenschaftliche Arbeiten und konkrete Aufgabenstellungen zu entwickeln.

Der mittlerweile 4. Xantener Stadtkongress unter der Schirmherrschaft von Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW, fand vom 15. bis 17. August statt und hatte das Rahmenthema „Urban-vision 2030 – Europäische Stadtvisionen als innovatives Instrument der urbanen Zukunftsgestaltung“. Damit wurde das Motto „Stadt 2030“ des Ideenwettbewerbs des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) aus dem Jahr 2000 aufgegriffen, in welchem deutsche Städte und Gemeinden aufgefordert waren, in Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen Zukunftsperspektiven und

Leitbilder für ihre Stadt und Region zu formulieren, deren Perspektiven über drei Jahrzehnte reichen.

Im Rahmen von Referaten und Arbeitsgruppen wurden zahlreiche Aspekte des Tagungsthemas diskutiert: StadtVisionen als innovatives Instrument einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung, StadtVisionen im Blickfeld neuer Technologien, StadtVisionen: Mobilität und Verkehr, Städtebauliche Konturen der Wissensgesellschaft und Stadtvisionen des 21. Jahrhunderts, StadtVision Monheim am Rhein, StadtVision Kaiserslautern, Intelligente Stadtplanung für intelligente Städte - europäische und außereuropäische Aspekte, Stadt-Konzepte - Planungstheorien zwischen Vision und Illusion.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22

Forschungsdokumentation Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen

Die Datenbank FORS weist nahezu vollständig alle Forschungsprojekte der Bereiche Raumordnung, Städtebau, Wohnungswesen sowie verwandter Fachgebiete nach. Der Datenbestand reicht bis in die sechziger Jahre zurück. Dokumentiert werden Projekte aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Die Schwerpunkte liegen hierbei insbesondere auf den Fachgebieten:

- Raumordnung und Landesplanung
- Stadtplanung und Städtebau
- Wohnungswesen und Wohnungswirtschaft
- Umweltschutz und Naturschutz
- Verkehr.

Die mehr als 15200 Beschreibungen der laufenden und abgeschlossenen Projekte enthalten jeweils: Titel; bearbeitende Institute und Büros mit den Namen der Projektleiter, Bearbeiter etc.; auftraggebende, betreuende und finanzierende Einrichtungen; Laufzeit und Status; Art des Vorhabens (Eigenprojekt, Auftragsforschung etc.), Kurzbeschreibung zum Gegenstand und Inhalt des Vorhabens; Methodenbeschreibung; Schlagwörter (kontrolliert); Raumbezug; Veröffentlichungen.

E-Mail-Adressen und Links auf die Websites der meisten Institutionen ermöglichen einen schnellen Zugang zu weiteren Informationen.

Die Erhebungen der Projektmeldungen führt das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) mit Sitz in Dortmund bei über 12000 Institutionen bundesweit durch. Dabei werden sowohl neue Forschungsprojekte als auch der Stand bereits erfasster, laufender Projekte abgefragt und dokumentiert. So wurden im Berichtsjahr 2000 ca. 900 Projekte neu gemeldet sowie über 1300 Fortschreibungen aktualisiert. Das Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau (IRB) in Stuttgart erschließt die Projektmeldungen und betreibt die Datenbank FORS.

Weitere Informationen: www.ils.nrw.de/publik/sonder/indexfors.html

Neuer Studiengang Geomatics

Der Fachbereich Geoinformationswesen der Fachhochschule Karlsruhe hat sein Studienangebot um den Internationalen Masterstudiengang Geomatics erweitert. Alleinstellungsmerkmal dieses international ausgerichteten Studienganges ist die Kombination von kartographischen und geodätischen Inhalten mit der Konzentration auf folgende Kernkompetenzen:

- Rechnergestützte Visualisierung, Kommunikation und Nutzung raumbezogener Information
- Räumliche Analyse im Kontext der Informations- und Kommunikationstechnologie
- Erfassung, mathematisch-statische Modellierung und Georefinanzierung hybrider Daten.

Der neue Studiengang bietet den Studierenden zwei Vertiefungsrichtungen: Geomatic Visualisation, Applied Geodesy.

Der Studiengang wird vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) gefördert. Er ist speziell auf ausländische und international orientierte deutsche Studierende ausgerichtet. Den Studierenden wird dabei die Möglichkeit geboten, durch englischsprachige Vorlesungen und Studienaufenthalte im Ausland (USA, Spanien, Großbritannien oder Niederlande) Erfahrungen und Qualifikationen auf internationaler Ebene zu erwerben.

Detaillierte Informationen unter: www.fh-karlsruhe.de/fbg/master_geomatics/

FÖV Neuer Direktor

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltungswissenschaften Speyer (FÖV), Mitglied der Sektion B „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften“ der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) hat einen neuen Direktor. Prof. Dr. Jan Zielkow hat den bisherigen Direktor des FÖV, Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, abgelöst.

Wissenschaftsgemeinschaft
 Gottfried Wilhelm Leibniz



IFL
 IÖR
 IRS

Aus den
 raumwissenschaftlichen
 Instituten der WGL

Deutsch-mexikanisches Seminar in Zacatecas

Vom 4. bis 6. April 2001 veranstalteten das IRS, das Instituto de Estudios Regionales Económicos (Guadalajara) und die Universität von Zacatecas ein regionalpolitisches Seminar. Diese Veranstaltung, die vierte einer Serie von deutsch-mexikanischen Begegnungen, thematisierte Prozesse der Regionalisierung in Deutschland und Mexiko unter Bedingungen weit reichender wirtschaftlicher und politischer Transformationen. Das Seminar fand im kolonialen Zacatecas - einst bedeutende Münzstätte und Silbermine des spanischen Weltreiches - statt. Die dramatische Situation im gleichnamigen mexikanischen Bundesstaat verdeutlicht, welche Herausforderungen mit der Suche nach einer neuen regionalen Handlungsfähigkeit verbunden sind. Um der absoluten sozialen Polarisierung und Entleerung des ländlichen Raums in Zacatecas entgegenzuwirken, müssen Städte und Gemeinden ein neues Bewusstsein als aktive Gestalter der wirtschaftlichen und politischen Zukunft des Bundesstaates entwickeln. Fragen der regionalen Handlungsfähigkeit und der Voraussetzungen, die hierfür notwendig sind, standen im Mittelpunkt der bilateralen Diskussionen. Außer den Beiträgen zu Zacatecas wurden im Rahmen der Veranstaltung Fallbeispiele der Regionalisierung im mexikanischen Jalisco und in Ostdeutschland dargestellt. Interpretiert wurden sie anhand von Thesen über die Rolle der Globalisierung (als europäische und nordamerikanische wirtschaftliche Integration), des Staates, der Kommunen und der zivilen Gesellschaft bei der Schaffung einer "institutional capacity". Der Forschungsaustausch zu diesen Themen wird fortgesetzt.

IRS-Forschungskolleg

Hal Colebatch - Ein australischer Forscher in Erkner

Hal Colebatch ist Dozent an der australischen University New South Wales, School of Science and Policy. Bis Mitte Juni war er in seinem freien Forschungssemester für drei Monate Gast des IRS. Im Rahmen des Forschungskollegs hat er sich seit April mit der Forschungstätigkeit des IRS vertraut gemacht und ist seinen eigenen Forschungsinteressen gefolgt. Colebatch ist Politologe und insbesondere auf

Politik- und Organisationsanalysen spezialisiert. In einem Gastvortrag am 16. Mai berichtete er im IRS über sein aktuelles Forschungsprojekt, in dem er sich mit Steuerungsproblemen im Bereich Flächennutzung beschäftigt. Er entwickelte theoretische Zugänge zum Begriff "Governance", setzte ihn in Beziehung zu Konzepten wie Privateigentum, Markt und staatliche Institutionen und untersuchte ihn näher am Beispiel der Landnutzung in New South Wales. Anknüpfungspunkte für seine Arbeit findet er bei mehreren IRS-Forschungsprojekten, vor allem im Forschungsbereich B "Institutionenwandel: Historische Entwicklungspfade und Governance-Formen bei der Nutzung raumgebundener Gemeinschaftsgüter", der sich ebenfalls mit Fragen zu Governance und Institutionenbildung am Beispiel des regionalen Wassermanagements beschäftigt. Eine Buchpublikation mit Beiträgen, die unterschiedliche Perspektiven auf Governance-Probleme eröffnen, ist vorgesehen.

Cities of Tomorrow

Projekt HQE²R im IÖR gestartet

Mit einem Auftaktworkshop wurden Ende Juni die Arbeiten am Projekt „Sustainable Renovation of Buildings for Sustainable Neighbourhoods“ (HQE²R - Haute Qualité Environnementale et Economique Réhabilitation) aufgenommen. Das Projekt wird als kombiniertes europäisches Forschungs- und Demonstrationsprojekt im 5. Forschungsrahmenprogramm der EU gefördert und durch CSTB France (Centre Scientifique et Technique du Bâtiment / Paris, Sophia Antipoles) koordiniert. Das IÖR ist verantwortlich für die Bearbeitung des deutschen Beitrages.

Ziel des Projektes ist es, anhand ausgewählter internationaler Fallbeispiele Methoden der Bewertung sowie Ansätze und Handlungsoptionen der Erneuerung städtischer Nachbarschaften unter dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung vergleichend zu analysieren und weiterzuentwickeln. Das Projekt läuft bis Dezember 2003. Ansprechpartner ist Andreas Blum.

Verabschiedung von Prof. Dr. Hans Petzold

Anlässlich des 65. Geburtstages von Prof. Dr. Hans Petzold veranstaltete das IÖR am 28. September 2001 ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Raum-Zeit-Kontinuum Stadt“. In Vorträgen und einem Podiumsgespräch befassten sich die Archäologin Dr. Judith Oexle, der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Wendelin Strubelt und Architekt Prof. Dr. Hans Petzold mit Grundfragen der Stadtentwicklung im Spannungsfeld von Tradition und Erneuerung.

Neue Veröffentlichungen

Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Kontext des kommunalen Flächenmanagements

Angesichts weiter fortschreitender Flächeninanspruchnahme in Deutschland ist kommunale Flächenhaushaltspolitik und kommunales Flächenmanagement das Gebot der Stunde, wenn man auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung von Regionen und Kommunen vorankommen will. Im Rahmen eines solchen Flächenmanagements spielt die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach dem neuen Baurecht eine wichtige Rolle. Diese Thematik wird in einer 2-bändigen Veröffentlichung* behandelt, die kürzlich von Prof. Peter Dehne, Fachhochschule Neubrandenburg, vorgelegt wurde.

Der Autor stellt zunächst den rechtsgeschichtlichen Hintergrund vor und widmet sich dann darauf aufbauend den Funktionen und der Praxis dieses städtebaulichen Instruments. Dieser mehr theoretisch-analytische Teil der Untersuchung wird abgeschlossen von einer zusammenfassenden Beurteilung über die Wirksamkeit solcher Entwicklungsmaßnahmen im Rahmen kommunalen Flächenmanagements.

Die folgenden Teile der Arbeit untersetzen diese Aussagen durch eine übergreifende Auswertung von 20 Fallbeispielen, die in einem gesonderten 2. Band einzeln beschrieben und durch eine systematische Aufarbeitung und Kommentierung einschlägiger Rechtsprechung seit 1972 ergänzt werden. Die sich anschließenden Vorschläge für eine Modernisierung des Instruments der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gehen von der Diskussion von einzelnen Elementen bis hin zu konkreten Vorschlägen zur Neuformulierung von entsprechenden Passagen des Baugesetzbuches. Die Untersuchung wird abgeschlossen von 22 Thesen, die die wesentlichen Ergebnisse dieser Untersuchung zusammenfassen.

* Peter Dehne: Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Kontext des kommunalen Flächenmanagements“

Teil 1: Rechtsgeschichte, Funktion, Praxis, Rechtsprechung und Vorschläge für eine Modernisierung (ISBN:3-932227-39-5); Teil 2: Fallbeispiele (ISBN: 3-932227-40-9). Beide Bände sind zu beziehen bei der Fachhochschule Neubrandenburg, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 0395/5696-161.



In der Reihe „Das kleine Forum“ ist das Heft **„Siedlungsentwicklung im Kanton Zürich: Ein Rückblick auf 50 Jahre Raumplanung“** erschienen. Mit dem Band wird der Verdienst einer vorausschauenden Raumordnungspolitik gewürdigt, der es ein Anliegen war, die bauliche Entwicklung der letzten 50 Jahre nach den klaren Grundsätzen der dezentralen Konzentration zu steuern und mit den Infrastrukturen der S-Bahn und den Hochleistungsstrassen zu vernetzen. KM Christian Gabathuler hat in den letzten 10 Jahren als Kantonsplaner dazu wesentlich beigetragen. Der Band ist zu beziehen bei der Colliers CSL AG, Siewerdstr. 8, 8050 Zürich/SCHWEIZ, Tel. 00411/316 13 46.



Das Institut für Verkehr und Logistik an der Universität Rostock hat als Heft 12 der Rostocker Beiträge zur Verkehrswissenschaft und Logistik den Band **„Küstenzonenmanagement und Raumnutzung im Küstenbereich – Erfahrungen aus deutschen und französischen Meeresgebieten“** herausgegeben (ISSN 0944-5919). Es handelt sich um Vorträge eines Seminars am 9.11.2000 in Rostock. Bezugsmöglichkeiten: Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Verkehr und Logistik, Fax: 0381/498-44 56, e-mail: trans.log@wisofak.uni-rostock.de.



Ebenfalls an der Universität Rostock erschien 2000 das Heft 9 der Beiträge und Informationen aus dem Ostseeinstitut für Marketing, Verkehr und Tourismus **„Wirtschaft, Verkehr und Tourismus im Ostseeraum“**, herausgegeben von Karl-Heinz Breitzmann (ISSN 1433-0202). Interessenten wenden sich an das o. g. Ostseeinstitut, Tel.: 0381/498-2983, Fax: 0381/498-2984.



Als Heft 16 der Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforschung ist soeben die Arbeit **„Regionale Entwicklung benachteiligter Räume in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung von Vorpommern und Ostmecklenburg“** erschienen (ISSN 0947-6016). Es handelt sich um die Kurzfassung einer umfassenden Studie, die im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Bau vom Institut für Human Resource Development an der Universität Rostock erarbeitet wurde. Interessenten wenden sich an die Universität Rostock, Tel.: 0381/498-4561, Fax: 0381/498-4562.



OM Hans Flückiger, Zürich, und René L. Frey, Basel, haben unter dem Titel **„Eine neue Raumordnungspolitik für neue Räume“** (ISBN 3-906441-00-8) eine Zwischenbilanz über den Stand des Problemverständnisses und der Lösungsansätze in der Raumordnungspolitik herausgegeben. Der Band enthält die Beiträge aus dem Forum für Raumordnung 1999/2001. Das gebotene inhaltliche Spektrum ist breit. Es reicht von Überlegungen zu Gebietsreformen, zu neuen Formen der Zusammenarbeit bis zur Neuverteilung von Aufgaben. Interessenten wenden sich an das ORL-Institut, ETH Höggerberg, 8093 Zürich/SCHWEIZ.



Im Frühjahr d. J. wurde von Klaus Einig der Band **„Regionale Koordination der Baulandausweisung“** herausgegeben. Der Band umfasst 19 Beiträge und ist im Verlag für Wissenschaft und Forschung erschienen. Näheres vom Verlag oder vom Herausgeber im IÖR, Tel.: 0351/4679-279.



Im Verlag für Wissenschaft und Forschung ist der Band **„Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des 21. Jahrhunderts“** (ISBN 3-89700-310-4) erschienen (Hrsg.: Werner Rietdorf). Eine ganze Reihe von Autoren stellt die europäische Stadt auf den Prüfstand und hinterfragt ihr Modell bezüglich seiner Zukunftsfähigkeit.

Veranstaltungshinweise

ERSA2002
Dortmund

42. Kongress

der European Regional Science Association

Von der Industrie- zur Informationsgesellschaft - Perspektiven der europäischen Metropolregion Ruhrgebiet

27. bis 31. August 2002

Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung

Organisiert wird der ERSK-Kongress 2002 von einem Local Organizing Committee (LOC), das sich aus Vertretern aller Universitäten des Ruhrgebietes zusammengesetzt, um das wissenschaftliche Potenzial der Region einzubinden. Die ARL ist durch ihren Präsidenten, Prof. Dr. Ernst-Hasso Ritter, vertreten. Vorsitzender des LOC und verantwortlich für die Durchführung des Kongresses ist Prof. Dr. Franz-Josef Bade von der Fakultät Raumplanung an der Universität Dortmund.

Das Leitthema des ERSK-Kongress 2002, „From Industry to Advanced Services – Perspectives of European Metropolitan Regions“, soll einerseits auf den Strukturwandel des Ruhrgebietes hinweisen, andererseits soll zum Vergleich mit anderen europäischen Metropolen angeregt werden. Die Themen der einzelnen Konferenzbeiträge sind (im Rahmen des regionalwissenschaftlichen Spektrums, s. Kasten) weitgehend frei, um für innovative Fragen und Konzepte offen zu bleiben. Die Veranstalter rufen zur Einreichung von Beiträgen zu diesen Themen auf.

Die Beiträge unterliegen einem Referee-Prozess, der von dem Wissenschaftlichen Komitee des Kongresses unter der Leitung der lokalen Veranstalter durchgeführt wird.

Eine besondere Bedeutung besitzt die Förderung junger Nachwuchswissenschaftler, deren Beiträge in eigenen Sitzungen vorgestellt und die bei besonders hervorragenden Leistungen durch einen Förderpreis prämiert werden können.

- 15. Januar 2002: Alle Interessenten werden gebeten, bis zum 15. Januar 2002 ein Abstract ihres geplanten Beitrages bei den lokalen Organisatoren einzureichen.
- 15. Mai 2002: Der vollständige Beitrag muss bis zum 15. Mai 2002 beim Veranstalter eingetroffen sein, um am Referee-Verfahren teilnehmen und in einer referierten Sitzung vorgestellt werden zu können.

Nur rechtzeitig eingetroffene Konferenzbeiträge können für die Konferenz auf einer CD zusammengestellt und für die Auswahl der geplanten Buchveröffentlichungen herangezogen werden.

Weitere Informationen über die ERSK-Konferenz 2002 in Dortmund erhalten Sie unter www.ersa2002.org und bei Prof. Dr. Franz-Josef Bade: Tel. 0231/755-6440; bade@ersa2002.org sowie Dipl.-Ing. Tanja Mikeleit: Tel. 0231/755-2472; mikeleit@ersa2002.org

- **Regional Competitiveness:**
Economic Growth and Production Factors - Regional Cluster and Network - Human capital - Infrastructure - Small and Medium sized firms
- **Sectoral Changes and New Markets:**
New Economy - E-Business - New Services - Culture and Entertainment - Financial Markets - Globalization
- **Innovation and New Technologies:**
Technological Progress - Innovation Cluster - Innovation Governance - Knowledge and Educational Infrastructure
- **Locational Analysis:**
Locational Dynamics and Preferences - Spatial Organization of Industries
- **Labour Markets:**
Regional Unemployment - Human Resources - Migration - Labour Market Segmentation
- **Demographic Trends:**
Ageing - Intergenerational Change - Household Structure - Migration - Housing
- **Environment and Sustainability**
Resource Utilization - Pollution - Welfare and Quality of Life - Territorial Identities - Cultural Heritage
- **Transportation:**
Logistics - Infrastructure - Accessibility - Telecommunication
- **Urban and Metropolitan Areas:**
Urban Sprawl - Urban Structure - Land Use - Urban Economies - Edge Cities - System of Cities
- **Rural and Peripheral Areas:**
Regional Convergence and Disparities - Accessibility - Endogenous Potential - Tourism and Recreation
- **Regional and Urban Planning:**
Regional Governance - Urban Development - Spatial Growth Management
- **Regional Policy:**
Interregional Cohesion - Development Agencies - Benchmarking - Subsidiarity, Institutions - Public Finance - Public Economy
- **European Policy:**
European Market - Cohesion - Cross Border Cooperation - Evaluation of Structural Funds
- **Methods of Spatial Analysis:**
Spatial Modelling - Spatial Time Series Analysis - Impact Analysis - Geographical Information Systems

Jahrestagung des DNW

Netzwerke und Nachhaltigkeit

Am 13. Oktober 2001 findet in Hannover die zweite Jahrestagung des Doktoranden-Netzwerkes Nachhaltiges Wirtschaften e. V. – DNW – statt. Sie ist dem Thema „Netzwerke und Nachhaltigkeit. Vernetzte Probleme – vernetztes Denken – vernetzte Lösungen“ gewidmet. Zum Ausgangspunkt wird die Feststellung des Sachverständigenrates für Umweltfragen (Umweltgutachten 1996) genommen, dass die eigentlich neue Dimension der Nachhaltigkeit das Prinzip der Vernetzung ist; die Verbindung ökologischer, ökonomischer und sozialer Faktoren macht das Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Gruppen unerlässlich. Dementsprechend wird der Bildung von Netzwerken inzwischen nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Praxis eine große Bedeutung zugesprochen.

Vielerlei Akteure agieren in vielfältigen Netzwerken mit den unterschiedlichsten Interessen, auf und zwischen den verschiedensten politischen Ebenen. Jedoch besteht häufig ein diffuses Verständnis davon, was Netzwerke ausmacht, worin besondere Stärken und Schwächen von Netzwerken bestehen, d.h. welche Faktoren sie auszeichnen und erfolgreich machen und wo möglicherweise Fallstricke lauern.

Das Doktorandennetzwerk Nachhaltiges Wirtschaften e.V. möchte diesen Fragen auf seiner diesjährigen Jahrestagung nachgehen, um zu diskutieren, welche Rolle Netzwerke auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Entwicklung spielen (können). Gleichfalls soll die Vielfalt der eigenen Netzwerkaktivitäten einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt und erörtert werden. Eingeladen, sich an den Diskussionen zu beteiligen, sind Vertreter aus Wissenschaft, Verwaltung und Unternehmen, „alte“ und neue Netzwerkmitglieder sowie alle interessierten Bürger.

Informationen über die Veranstaltung sind auf der Homepage des DNW einsehbar: www.doktoranden-netzwerk.de

Workshops Internet und Raumplanung 2002

Institut für Städtebau und Landesplanung, Karlsruhe
13. bis 15. Februar 2002

Überblick über die angebotenen Module

In Fortsetzung des bisherigen Kursangebotes soll der diesjährige Workshop neben der Vermittlung von Grundlagenwissen spezialisierte Vertiefungen bieten, die in drei unabhängig voneinander buchbaren Modulen angeboten werden. Je nach persönlichem Vorwissen können sich die Teilnehmer so zielgerichtet informieren.

- Modul 1: Einstieg in Erstellung von Internetseiten
Termin: 13.02.2002, Preis: 350 DM

Neben der Technik des Internets und dessen Diensten wird der Umgang mit Sprachen und Formaten dieses Mediums erläutert sowie gängige HTML-Editoren vorgestellt. Anhand von praktischen Beispielen erhalten die Teilnehmer die Gelegenheit, unter Anleitung eigene Internetseiten zu gestalten.

- Modul 2: Übersichten und Kommunikation
Termin: 14.02.2002, Preis: 400 DM

Bei der Bereitstellung und Vermittlung von Informationen spielt ebenso wie in der räumlichen Planung die Übersicht eine zentrale Rolle. In diesem Modul werden gängige Techniken zur Bereitstellung von Übersichten und zur Organisation der Kommunikation über das Internet vorgestellt und Erfahrungen im Umgang mit diesen vermittelt.

In den praktischen Übungen wird zum einen die Erstellung von dynamischen Webseiten mit JavaScript vermittelt werden, zum anderen erhalten die Teilnehmer die Möglichkeit, praktische Planungsprobleme mit in den Kurs einzubringen.

- Modul 3: Internetgestützte Informations-Systeme
Termin: 15.02.2002, Preis 400 DM

Internetgestützte Informationssysteme bekommen immer größere Bedeutung in der räumlichen Planung. In diesem Modul wird vorgestellt, wie an Hand dieser Informationssysteme Übersichten erstellt und im Internet veröffentlicht werden können. Neben Datenbankanbindungen mit SQL anhand von ASP werden hier Geo-Informationssysteme wie z. B. ArcView mit den entsprechenden Erweiterungen vorgestellt.

Auch in diesem Modul bekommen die Teilnehmer die Möglichkeit, unter Anleitung erste Erfahrungen mit internetgestützten Informations-Systemen zu sammeln oder ihre Probleme mit Fachleuten zu erörtern.

Veranstalter/Information: Dipl.-Ing. Dirk Engelke, Universität Karlsruhe, Institut für Städtebau und Landesplanung, Tel.: +49/(0)7 21/6 08-22 94, Fax: +49/(0)7 21/69 16 69, E-Mail: isl@isl.uni-karlsruhe.de, Internet: www.isl.uni-karlsruhe.de

Call for Papers

Networks for Mobility

Vom 18.-20. September 2002 veranstaltet das Zentrum für Verkehrsforschung der Universität Stuttgart in Kooperation mit der Union International Transports Publics ein Internationales Symposium zum Thema „Networks for Mobility“ (Symposium zur Mobilitätsforschung und zu Verkehrsstrategien). Drei Themen sollen behandelt werden: Infrastruktur und Mobilität, Integrierte Verkehrsnetzwerke, Verkehr und Umwelt. Die Veranstalter bitten um Vorschläge für Beiträge bis zum 30. November 2001 an: Networks for Mobility 2002, Symposium Management, Fax: 07 11-1 21-40 44, E-Mail: fovus@uni-stuttgart.de, Internet: www.uni-stuttgart.de/fovus

Call for Papers

Evaluation in der Stadt- und Regionalentwicklung

Evaluationen von Programmen und Projekten nehmen in allen Bereichen von Wirtschaft, Verwaltung u.a. gesellschaftlichen Organisationen an Bedeutung zu. Dazu tragen nicht zuletzt die Reformen im Verwaltungshandeln und aufgrund knapper werdender finanzieller Ressourcen der öffentlichen Hand die gestiegenen Anforderungen an Effizienz und Effektivität von Programmen und Projekten bei. Auch Programme, Pläne und Projekte der Stadt- und Regionalentwicklung müs-

sen sich zunehmend hinsichtlich ihrer Wirksamkeit befragen lassen. Insbesondere der Übergang zu informelleren, stärker moderierenden Formen sowie der zunehmende Einsatz von „Regionalmanagern“ in der Stadt- und Regionalentwicklung erfordern einen Ausbau der Evaluierung in diesen Handlungsfeldern. Gleichzeitig treten forschungstheoretische, -methodische und -praktische Probleme auf, für die erst gangbare Wege und allgemeine Akzeptanz zu suchen sind.

Der Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Regionalentwicklung der Friedrich-Schiller-Universität Jena veranstaltet dazu in Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) am 25. und 26. April 2002 in Jena einen Workshop, in dem theoretische, methodische und praktische Probleme der Evaluation in der Stadt- und Regionalforschung behandelt werden sollen.

Vortragsangebote (30 Min.) werden bis spätestens 10. November 2001 (einschließlich eines etwa 10zeiligen Abstracts als Word- oder RTF-Datei) an folgende Anschrift erbeten: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Wirtschaftsgeographie und Regionalentwicklung, Prof. Dr. P. Sedlacek, 07740 Jena, e-mail: p.sedlacek@geogr.uni-jena.de

Weitere Tagungen

4./5. Oktober 2001 in Lille/Frankreich

The First European Forum on Regional and Local forecast Studies zugleich "Fifth Seminar of the International Observatory for Local and Regional Future Studies"

Veranstalter/Information: Observatoire International de Prospective Régionale (OIPR), Tel. 0033-145-650998, Fax: -659702, E-Mail: geistel@wanadoo.fr

13. Oktober 2001 in Hannover

Netzwerke und Nachhaltigkeit. Vernetzte Probleme – vernetztes Denken – vernetzte Lösungen

2. Jahrestagung des DNW

Veranstalter/Information: Doktoranden-Netzwerk Nachhaltiges Wirtschaften e. V., Internet: www.doktoranden-netzwerk.de

15. Oktober 2001 in Berlin

Die „lernende Region“ – eine Entwicklungsperspektive für den Stadtraum Ost?

Veranstalter/Information: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Berlin, Rel.: 0 30/ 2 69 35-8 35, Fax: - 859, E-Mail: Gabriela.Glasneck@fes.de

15.-16. Oktober 2001 in Bonn-Röttgen

Qualifizierungsbedarf und Anforderungsprofile für das Berufsfeld „Regionalentwicklung“

Veranstalter/Information: Andreas Hermes Akademie im Bildungswerk der Deutschen Landwirtschaft e. V., Tel.: 02 28-9 19 29-23, Fax: -30, E-Mail: d.rohrmann@andreas-hermes-akademie.de, Internet: www.andreas-hermes-akademie.de

15.-16. Oktober 2001 in Heidelberg

Qualitätssicherung im Städtebau und in der Stadtplanung

Veranstalter/Information: Institut für Städtebau und Wohnungswesen München, Tel.: 0 89-54 27 06-0, Fax: -23, E-Mail: isw-muenchen@t-online.de, Internet: www.isw.de

15.-17. Oktober 2001 in Marktredwitz

2. Marktredwitzer Bodenschutztag

Umsetzung der Bodenschutzgesetze und Flächenressourcen-Management

Informations- und Diskussionsforum für Wissenschaftler und Anwender mit Tätigkeiten im „anwendungsbezogenen Bodenschutz“

Veranstalter/Information: Stadt Marktredwitz in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, den Bayerischen Landesämtern für Umweltschutz und Wasserwirtschaft sowie dem Bayerischen Geologischen Landesamt, Tel: 09231/501-117, Fax: -234, E-Mail: hauptamt@marktredwitz.de, Internet: www.marktredwitz.de

18. Oktober 2001 in Wien

Standorte europäischer Raumentwicklung

Themenschwerpunkte: Raumbezug der Strukturfonds, Aktionsprogramme - Stand der Dinge, Österreichische Sicht (ÖREK 2001) auf europäische Raumentwicklung

Veranstalter/Information: Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR), Anmeldung bei Judith Kohlbacher, Tel: 0043-1-533874755, E-Mail: kohlbacher@ior.at

18.-19. Oktober 2001 in Köln

Stadtteilzentren – Wege zur Revitalisierung

Veranstalter/Information: 22. – 24. Oktober 2001 in Berlin

Perspektiven der Stadtentwicklung – Das Projekt „Stadt 2030“

Veranstalter/Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Tel.: 0 30-3 9001-2 58, Fax: - 2 68, E-Mail: akber@difu.de, Internet: www.difu.de

25.-26. Oktober 2001 in Wiesbaden

Neue Wege sozialverträglicher Entwicklung von Stadt-Landschaften

Veranstalter/Information: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW, Tel.: 02 31-90 51-2 33, Fax: -1 555, E-Mail: rainer.kestermann@ils.nrw.de, Internet: www.ils-veranstaltungen.nrw.de

29. Oktober 2001 in Münster

Symposium: Zur Zukunft der Landesplanung

Neue Ansätze und Entwicklungen des Landesplanungsrechts

Veranstalter/Information: Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Tel: 0251-83-29781, Fax: -29790, E-Mail: zir@uni-muenster.de

6. November 2001 in Linz

Giganten in der Wildnis – Wie raumwirksam sind Großereignisse?

Veranstalter/Information: Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR), Dr. Elisabeth Holzinger, Tel: 0043-1-5338747-40, E-Mail: holzinger@oir.at

9. November 2001 in Kaiserslautern

Wettbewerb der Kommunen in Europa und Konsequenzen für die Regional- und Kommunalentwicklung

Veranstalter/Information: Universität Kaiserslautern, Fachgebiet Regionalentwicklung und Raumordnung (Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß) und Lehr- und Forschungsgebiet Öffentliches Recht (Prof. Dr. Willy Spannowsky), Tel.: 06 31-2 05 34 35, E-Mail: lieb@rhrk.uni-kl.de, Internet: www.uni-kl.de/FG-RuR.de

❑ 14. November 2001 in Kaiserslautern

mobil & barrierefrei in Stadt + Verkehr

Tagung mit Ausstellung

Veranstalter/Information: Fachgebiet Verkehrswesen an der Universität Kaiserslautern, Prof. Dr.-Ing. Hartmut H. Topp, Dipl.-Ing. Andrea Rau, Tel: 0631-2053685, Fax: -2053905, E-Mail: arau@rhrk.uni-kl.de, Internet: transport.arubi.uni-kl.de

❑ 15. November 2001 in Wien

Werkstattgespräch: Territoriale Beschäftigungspakte – erfolgreiche Ansätze einer integrierten Politik?

Veranstalter/Information: Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR), Anmeldung bei Judith Kohlbacher, Tel: 0043-1-533874755, E-Mail: kohlbacher@ior.at

❑ 15.-16. November 2001 in Bonn

Zukunftsforum RaumPlanung

Veranstalter/Information: Akademie für Raumforschung und Landesplanung – ARL – (Tel.: 05 11- 3 48 42-23, Fax: -41, E-Mail: Infor@arl-net.de, Internet: www.arl-net.de und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR – Tel.: 0 18 88-4 01-0, Fax: -22 66, E-Mail: bbr@bbr.bund.de, Internet: www.bbr.bund.de

❑ 18.-21. November 2001 in Wien

Internationaler BOKU Kongress 2001

Internationaler Kongress der Universität für Bodenkultur-Wien

Leben und Überleben – Konzepte für die Zukunft

Veranstalter/Information: Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), www.boku.at; Tschechische Agraruniversität Prag, www.czu.cz; Universität von West-Ungarn, www.movar.pate.hu, Universitätslehrerverband - Verband des wissenschaftlichen Personals der Universität für Bodenkultur Wien. Anmeldung unter www.boku2001.at

❑ 19./20. November 2001 in Bautzen-Schmochtitz

Regionalmanagement – ein Instrument zur Wirtschaftsförderung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklungen

2. Internationale Konferenz „Berufliche Bildung in ländlichen Regionen“

Veranstalter/ Information: Europäisches Institut für post-graduale Bildung an der TU Dresden e.V. (EIPOS), Tel: 0351-4407214, Fax: -4407220, Internet: www.eipos.de

❑ 22./23. November 2001 in Hannover

Kongress 2001: Stadtplanung auf neuen Wegen - Zukunftsfähige Stadtentwicklung: Vom Modell zum Standard

Veranstalter/Information: KUKA GmbH, Marion Stock, Tel.: 0511-95079846, Fax: -95079850, E-Mail: kukagmbh@compuserve.com, Internet: www.umwelt-agentur-kuka.de

❑ 3.-4. Dezember 2001 in Frankfurt

Lernende Regionen/Regionale Netze

Veranstalter/Information: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Frankfurt, Tel.: 0 69- 9 56 26-1 01, Fax:-2 11, E-Mail: druckenmueller@die-frankfurt.de

❑ 4. Dezember 2001 in München

Die europäische Stadt im Europa der Regionen

Veranstalter/Information: ISW Institut für Städtebau und Wohnungswesen München, Tel.: 0 89-54 27 06-0, Fax: -23, E-Mail: isw-muenschen@t-online.de, Internet: www.isw.de

❑ 3.-5. Dezember 2001 in Düsseldorf

Technologies Serving Peopoe

IST 2001 Event

Veranstalter/Information: European Commission Information Society Directorate General und das Ministerium für Wirtschaft, Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. E-Mail: info-ist2001@cec.en.int, Internet: www.europa.eu.int/information_society/newsroom/istevent/programme/index_eb,gtm

❑ 9.-11. Dezember 2001 in London/Großbritannien

Building for the 21st Century

Veranstalter/Information: Council on Tall Buildings and Urban Habitat, Mr. Rahim Abdussalam (Conference Coordinator), Tel: 0044-610-7583515, E-Mail: inctbuh@lehigh.edu, Internet: www.ctbuh.org

❑ 13. Dezember 2001 in Frankfurt a. M.

Fachkonferenz: Europäische Verflechtung deutscher Metropolregionen als Herausforderung für Politik und Wirtschaft

Veranstalter/Information: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung – IRS – gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Infos: Dr. Hans Joachim Kujath (IRS), Tel. 03362 – 793152, e-mail: KujathH@irs-net.de

❑ 18./19. Dezember 2001 in Lille

Forum Européen de Prospective Régionale et Locale

Le 5éme Colloque de l'OIPR

Veranstalter/Information: Observatoire International de Prospective Régionale (OIPR), Tel.: 0033-145650998, Fax: -145659702, E-Mail: geistel@wanadoo.fr

❑ 9.-11. Januar 2002 in Berlin

Planung in den ländlichen Räumen

Naturbezogene Erholung als Beitrag zur ländlichen Entwicklung

Veranstalter/Information: Institut für Städtebau Berlin, Tel.: 0 30-23 08 22-0, Fax: -22, Internet: www.staedtebau-berlin.de

❑ 27. Februar – 1. März 2002 in Wien

CORP 2002

Wer plant Europas Zukunft?

7. Internationales Symposium zur Rolle der Informationstechnologie in der und für die Planung sowie zu den Wechselwirkungen zwischen realem und virtuellem Raum

Veranstalter/Information: iemar Institut für EDV-gestützte Methoden in Architektur und Raumplanung der TU Wien u. a.; Tel.: +49(0) 75 45-8 99 69, Fax: -8 56 50, E-Mail: info@infoterra-global.com, Internet: www.infoterra-global.com

ARL Zeitschriftenschau

Als Informationsservice für die Forschung und zur Förderung des Transfers raumwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis wird in den ARL-NACHRICHTEN zukünftig in jedem Heft auf raumrelevante Beiträge aus national und international bedeutsamen Zeitschriften hingewiesen. Vollständigkeit wird nicht angestrebt. Autoren und Leser werden gebeten, die Redaktion auf erwähnenswerte Arbeiten aufmerksam zu machen.

Die Zeitschriftenschau ist wie folgt gegliedert:

1. **Theoretische und methodische Grundlagen**
(Theorie der Raumentwicklung, Konzeptionen der Raumpolitik, Methodenfragen)
2. **Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland**
(alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
3. **Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland**
(alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
4. **Nachhaltige Raumentwicklung**
5. **Umwelt**
6. **Wirtschaft**
(Öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt, regionale Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik, Tourismus)
7. **Soziales**
(Bevölkerung, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Lebensstile etc.)
8. **Infrastruktur**
(Verkehr, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Bildung etc.)
9. **Raumbezogene Planung**
(Planung auf allen Ebenen: Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Stadt- und Regionalplanung, Kommunalplanung; Planungsrecht; neue Planungsformen; Arbeitsmittel der räumlichen Planung)
10. **Grenzüberschreitende Kooperation und Planung**

Die Aufsätze werden nur einmal - nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt - einer dieser Rubriken zugeordnet.

1. Theoretische und methodische Grundlagen

- ARMSTRONG, H.W.: Regional selective assistance: Is the spend enough and is it targeting the right places? *Regional Studies*, No. 3/2001, S. 247-258.
- BENDER, ST. / HAAS, A. / KLOSE, CHR.: The IAB Employment Subsample 1975-1995. *Schmollers Jahrbuch*, H. 4/2000, S. 649-662.
- BIERAU, D.: Neue Methode der Volkszählung. *Wirtschaft und Statistik*, H. 5/2001, S. 333-341.
- BÖHM, H.: Magie eines Konstruktes. Anmerkungen zu M. Fahlbusch „Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?“ *Geographische Zeitschrift*, H. 3+4/2000, S. 177-196.
- COLLETIS-WAHL, K. / PECQUEUR, B.: Territories, Development and Specific Resources: What Analytical Framework? *Regional Studies*, No. 5/2001, S. 449-460.
- DRIFFIELD, N. / MUNDAY, M.: Foreign Manufacturing, Regional Agglomeration and Technical Efficiency in UK Industries: A Stochastic Production Frontier Approach. *Regional Studies*, No. 5/2001, S. 391-400.
- EISEL, U.: Angst vor der Landschaft. Ein wissenschaftlicher Essay. *Erdkunde*, H. 2/2001, S. 159-171.
- FALTER, R. / HASSE, J.: Landschaftsfotografie und Naturhermeneutik – Zur Ästhetik erlebter und dargestellter Natur. *Erdkunde*, H. 2/2001, S. 121-137.
- FOTHERGILL, ST.: The true Scale of the regional Problem in the UK. *Regional Studies*, No. 3/2001, S. 241-246.
- FRENKEL, A. / SHEFER, D. / KOSCHATZKY, K. / WALTER, G.H.: Firm Characteristics, Location and Regional Innovation: A Comparison between Israeli and German Industrial Firms. *Regional Studies*, No. 5/2001, S. 415-430.
- FRITSCH, M. / NIESE, M.: Der Einfluss der Branchenstruktur auf das Gründungsgeschehen – Eine Analyse für die westdeutschen Raumordnungsregionen 1983-1997. *Geographische Zeitschrift*, H. 3+4/2000, S. 234-250.
- GERHARDTER, G. / GRUBER, M.: Kritische Verhältnisse: bottom up und top down in der Eigenständigen Regionalentwicklung. *RAUM*, H. 42/2001, S. 36-38.
- GRAAFF, TH. DE / FLORAX, R.J.G.M. / NIJKAMP, P. / REGGIANI, A.: A generell misspecification test for spatial Regression models: dependence, heterogeneity, and nonlinearity. *Journal of Regional Science*, No. 2/2001, S. 255-276.
- HAMMES, W.: Ergebnisse des Mikrozensus 2000. *Wirtschaft und Statistik*, H. 6/2001, S. 437-443.
- INMAN, R.P. / RUBINFELD, D.L.: Can we decentralize our unemployment policies? Evidence form the United States. *Kyklos*, No. 2-3/2001, S. 287-308.

- JANZ, N. / EBLING, G. / GOTTSCHALK, S. / NIGGEMANN, H.: The Mannheim Innovation Panels (MIP and MIP-S) of the Centre for European Economic Research (ZEW). *Schmollers Jahrbuch*, H. 1/2001, S. 123-129.
- LOVERING, J.: The coming regional Crisis (and how to avoid it). *Regional Studies*, No. 4/2001, S. 349-354.
- MOLHO, I.: Spatial Search, Migration and Regional Unemployment. *Economica*, No. 270/2001, S. 269-283.
- SCHNEIDEWIND, P.: Szenarien und Strategien der regionalen Entwicklung im Donauraum. *RAUM*, H. 42/2001, S. 44-49.
- STERNBERG, R.: Gründungsforschung – Relevanz des Raumes und Aufgaben der Wirtschaftsgeographie. *Geographische Zeitschrift*, H. 3+4/2000, S. 199-219.
- TAN, L.-T.: Transport rate uncertainty and the optimal location of the firm: some new conclusions. *Journal of Regional Science*, No. 2/2001, S. 301-315.
- UHER, R.: The International Social Survey Programme (ISSP). *Schmollers Jahrbuch*, H. 4/2000, S. 663-672.
- ZHOU, D. / VERTINSKY, I.: Strategic location decisions in a growing market. *Regional Science & Urban Economics*, No. 5/2001, S. 523-534.

2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland

- DERENBACH, R.: Kreisebene in den Vereinigten Staaten von Amerika. *Der Landkreis*, H. 5/2001, S. 337-343.
- DISTLER, A.: Aus Alt mach Neu - Brachflächen für eine nachhaltige Stadtentwicklung. *BundesBauBlatt*, H. 6/2001, S. 25-31.
- HENNEKE, H.-G.: Vorschläge zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Professorengespräch 2001 des Deutschen Landkreistages in Syke. *Der Landkreis*, H. 5/2001, S. 318-325.
- KIEPE, F.: Gerechter Ausgleich für städtische Regionen. Probleme gemeinsam und effizient lösen. *Der Städtetag*, H. 5/2001, S. 28-30.
- KRAUTZBERGER, M. / RICHTER, B.: Die soziale Stadt: Neuorientierung der Stadtentwicklungspolitik. *BundesBauBlatt*, H. 5/2001, S. 10-15.
- MOßIG, I.: Lokale Spin-off-Gründungen als Ursache räumlicher Branchencluster. Das Beispiel der deutschen Verpackungsmaschinenbau-Industrie. *Geographische Zeitschrift*, H. 3+4/2000, S. 220-233.
- OPITZ, A.: Die Region als Verkaufsklischee. *RAUM*, H. 42/2001, S. 17-19.
- PLATTNER, M.: Standort-Cluster der ostdeutschen Halbleiterindustrie. Innovationsprozesse in der Systemtransformation. *Geographische Rundschau*, H. 7-8/2001, S. 44-49.
- SYRBE, R.-U. / RÖDER, M. / BASTIAN, O.: Regionalisierungsansätze in der Landschaftsbewertung – dargestellt am Oberlausitzer Heide- und Teichgebiet. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, H. 1/2001, S. 67-89.
- ZEPP, H. / BUTZIN, B. / DÜRR, H. / FEHN, K. / KRONERT, R.: Leitbilder für Landschaften. Ein Tagungsbericht. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, H. 1/2001, S. 5-18.

3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland

- ALONSO-VILLAR, O.: Large Metropolises in the Third World: An Explanation. *Urban Studies*, No. 8/2001, S. 1359-1371.
- APEL, D.: Flächensparende Siedlungsentwicklung - Ein internationaler Vergleich. *PlanerIn*, H. 2/2001, S. 49-51.
- BERRIANE, M.: Arbeitsmigration aus Nordafrika und ihre Auswirkung auf die Herkunftsgebiete. *Geographische Rundschau*, H. 6/2001, S. 38-42.
- ESCHER, A. / PETERMANN, S. / CLOS, B.: Gentrification in der Medina von Marrakesch. *Geographische Rundschau*, H. 6/2001, S. 24-31.
- FAGIN, A.: Environmental capacity building in the Czech Republic. *Environment and Planning A*, No. 4/2001, S. 589-606.
- FALUDI, A.: The Application of the European Spatial Development Perspective: Evidence from the North-West Metropolitan Area. *European Planning Studies*, No. 5/2001, S. 663-675.
- FRENKEL, A.: Why High-technology Firms Choose to Locate in or near Metropolitan Areas. *Urban Studies*, No. 7/2001, S. 1083-1101.
- HIRSCHHEIDE, K.-U. / KAAL, T.: Die Öresund-Region - Entwicklung einer europäischen Region. *PlanerIn*, H. 2/2001, S. 14-16.
- KHALATBARI, P.: Weltverstädterungsprozess - ein zentrales Problem des 21. Jahrhunderts. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*. H. 3-4/2000, S. 459-476.
- MEYER, F.: Euro-Mediterrane Partnerschaft oder Konfrontation? Die EU und die südlichen Mittelmeeranrainerstaaten. *Geographische Rundschau*, H. 6/2001, S. 32-37.
- PALLAGST, K.M.: Raumordnung auf europäischer Ebene - Einfluss Raumordnung auf europäischer auf nationale Raumordnung. *PlanerIn*, H. 1/2001, S. 73.
- POPP, H.: Weltkulturerbe Ait Ben Haddou (Marokko). Lokale Vermarktung eines Standortes von globalem Interesse. *Geographische Rundschau*, H. 6/2001, S. 44-49.
- STOLLBERG-BARKLEY, D.: Großsiedlungen in Großbritannien: Einfluss gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen und geodeterministischer Faktoren. *Europa regional*, H. 1/2001, S. 26-31.
- TAMMARU, T.: Suburban Growth and Suburbanisation under Central Planning: The Case of Soviet Estonia. *Urban Studies*, No. 8/2001, S. 1341-1357.
- WEBER, P. / SCHOTT, M.: Lissabon: Stadtentwicklung zur Wasserfront. Urbanisierung durch (Wieder-) Erschließung der Wasserfront. *Europa regional*, H. 1/2001, S. 16-25.
- WICHMANN MATTHIESSEN, CH.: Europäische Metropolen im Wettbewerb. *StadtBauwelt*, H. 149/2001, S. 62-65.
- WIEWEL, W. / SCHAFFER, K.: Learning to Think as a Region: Connecting Suburban Sprawl and City Poverty. *European Planning Studies*, No. 5/2001, S. 593-611.
- YEOH, B.S.A.: Postcolonial cities. *Progress in Human Geography*, No. 3/2001, S. 456-468.

4. Nachhaltige Raumentwicklung

- APEL, D.: Flächen sparen, Landschaft schonen. Sechs Thesen zur Siedlungsentwicklung aus dem internationalen Kontext. *RaumPlanung*, H. 96/2001, S. 145-150.
- BORNER, J. / LINDLOFF, K.: Handlungsperspektiven von Landkreisen in der (nachhaltigen) Regionalentwicklung. *Der Landkreis*, H. 7/2001, S. 458-460.
- COUNSELL, D. / BRUFF, G.: Treatment of the Environment in Regional Planning: A stronger Line for Sustainable Development? *Regional Studies*, No. 5/2001, S. 486-492.
- GRÜGER, C.: 60 Frauen haben einen Plan. Nachhaltige Raumentwicklung und Gender Planning. *Politische Ökologie*, H. 70/2001, S. 60-62.
- MOSIMANN, T. / KÖHLER, I. / POPPE, I.: Entwicklung prozessual begründeter landschaftsökologischer Leitbilder für funktional vielfältige Landschaften. *Berichte zur deutschen Landeskunde*, H. 1/2001, S. 33-66.
- SELWIG, L.-H.: Was folgt aus „Ökologischen Fußabdrücken“ und „Ökologischen Rucksäcken“ für eine nachhaltige Raum- und Umweltplanung? *ZAU - Zeitschrift für angewandte Umweltforschung*, H.3/4/2000, S. 411-423.

5. Umwelt

- JUNGFER, E.: Wasserpotenziale in Nordafrika. *Geographische Rundschau*, H. 6/2001, S. 56-61.
- KONAR, SH. / COHEN, M.A.: Does the Market Value Environmental Performance? *The Review of Economics and Statistics*, No. 2/2001, S. 281-289.
- KONERMANN, M.: Das Schutzgut Landschaft in der Landschaftsrahmenplanung Rheinland-Pfalz. *Natur und Landschaft*, H. 7/2001, S. 311-317.
- KÜHNE, O.: Umwelt in Ostmitteleuropa – ein internationaler Vergleich. Der Einfluss der Systemtransformation auf den Zustand der Umwelt. *Europa regional*, H. 1/2001, S. 2-15.
- KÜSTER, H.: Gedanken zu einer modernen und umweltschonenden Verkehrsplanung in Mitteleuropa. *STANDORT*, H. 2/2001, S. 49-53.
- NESBITT, J.T. / WEINER, D.: Conflicting environmental imaginaries and the politics of nature in Central Appalachia. *Geoforum*, No. 3/2001, S. 333-350.
- O.V.: Arbeitsschwerpunkte der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Fachinstitutionen der Länder. *Natur und Landschaft*, H. 5/2001, S. 186-213.
- SAURÍ, D. / MORAL, L. DEL: Recent developments in Spanish water policy. Alternatives and conflicts at the end of the hydraulic age. *Geoforum*, No. 3/2001, S. 351-362.
- WITZKE, H.P. / URFEI, G.: Willingness to pay for environmental Protection in Germany: Coping with the regional Dimension. *Regional Studies*, No. 3/2001, S. 207-214.

6. Wirtschaft

- ABDIN, M.: Der deutsche Außenhandel 2000 nach Ländern. *Wirtschaft und Statistik*, H. 4/2001, S. 277-288.
- ANGULO, A.M. / GIL, J.M. / GRACIA, A.: Calorie intake and income elasticities in EU countries: A convergence analysis using cointegration. *Papers in Regional Science*, No. 2/2001, S. 165-188.
- AUTORENGEMEINSCHAFT: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, H. 1/2001, S. 5-27.
- BALSAS, C.: Commerce and the European City Centre: Modernization, Regeneration and Management. *European Planning Studies*, No. 5/2001, S. 677-681.
- BERGMAN, E.M. / FESER, E.J.: Innovation System Effects on Technological Adoption in a Regional Value Chain. *European Planning Studies*, No. 5/2001, S. 629-647.
- BLIEN, U. / HAAS, A. / HIRSCHENAUER, F. / MAIERHOFER, E. / TASSINOPOULOS, A. / VOLKKOMMER, D. / WOLF, K.: Regionale Arbeitsmarktforschung im IAB. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, H. 1/2001, S. 45-73.
- BÖNTE, W.: Wie produktiv sind Investitionen in industrielle Forschung und Entwicklung? *Wirtschaft und Statistik*, H. 4/2001, S. 321-320.
- BRESCHI, S. / LISSONI, F.: Localised knowledge spillovers vs. innovative milieux: Knowledge "tacitness" reconsidered. *Papers in Regional Science*, No. 3/2001, S. 255-274.
- CEH, B.: Regional innovation potential in the United States: Evidence of spatial transformation. *Papers in Regional Science*, No. 3/2001, S. 297-316.
- CHALOUPEK, G.: Chancen im Standortwettbewerb, wenn der Rahmen stimmt. *RAUM*, H. 42/2001, S. 26-28.
- CLAR, M. / RAMOS, R. / SURIÑACH, J.: A state-space approach for measuring regional manufacturing production indices. *Papers in Regional Science*, No. 3/2001, S. 357-370.
- DEEPAK, M.S. / TAYLOR WEST, C. / SPREEN, TH.H.: Local government portfolios and regional growth: some combined dynamic CGE/optimal control results. *Journal of Regional Science*, No. 2/2001, S. 219-254.
- DENICOLÒ, V.: Growth with non-dramatic innovations and the persistence of leadership. *European Economic Review*, No. 8/2001, S. 1399-1413.
- ELTGES, M. / ZARTH, M. / JAKUBOWSKI, P.: Abstrakte Mehrbedarfe sind keine Fiktion. *Wirtschaftsdienst*, H. 6/2001, S. 323-330.
- FÖRSTER, G. / HAUSMANN, P.: Dezentralisierung der Tarifpolitik – eine kritische Analyse am Beispiel der IG BCE. *WSI-Mitteilungen*, H. 7/2001, S. 458-463.
- FOX, K.-P.: Länderfinanzausgleich – Schiefagen in der Diskussion des grundgesetzlichen Finanzausgleichs. *Wirtschaftsdienst*, H. 6/2001, S. 340-342.
- FRANZ, W.: Neues von der NAIRU? News from the NAIRU? *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, H. 3/2001, S. 256-284.
- FRITSCH, M.: Co-operation in Regional Innovation Systems. *Regional Studies*, No. 4/2001, S. 297-308.

- GÄCHTER, A.: Falsche Hoffnungen, fehlende Konzepte: Thesen zur Integration der Arbeitsmärkte. *RAUM*, H. 42/2001, S. 31-32.
- GROOT, H.L.F. DE/ NIJKAMP, P./ ACS, Z.: Knowledge spill-overs, innovation, and regional development. *Papers in Regional Science*, No. 3/2001, S. 249-254.
- HAAS, A. / MÖLLER, J.: Qualifizierungstrends und regionale Disparitäten. Eine Untersuchung auf Grundlage der IAB-Regionalstichprobe aus der Beschäftigtenstatistik. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, H. 2/2001, S. 139-151.
- HÄRTEL, H.-H.: Ostdeutschland im nationalen und europäischen Regionalvergleich. *Wirtschaftsdienst*, H. 5/2001, S. 292-296.
- HENLEY, A. / THOMAS, D.: Public Service Employment and the Public-Private Wage Differential in British Regions. *Regional Studies*, No. 3/2001, S. 229-240.
- KLÖS, H.-P.: Institutionelle Reformen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, Vorbild für den Westen? *IW-Trends*, H. 1/2001, S. 14-31.
- LAUBACH, TH.: Measuring the NAIRU: Evidence from Seven Economies. *The Review of Economics and Statistics*, No. 2/2001, S. 218-230.
- LO, V. / SCHAMP, E.W. : Finanzplätze auf globalen Märkten – Beispiel Frankfurt/Main. *Geographische Rundschau*, H. 7-8/2001, S. 26-31.
- LOVE, J.H. / ROPER, S.: Outsourcing in the innovation process: Locational and strategic determinants. *Papers in Regional Science*, No. 3/2001, S. 317-336.
- MARTIN, R.W.: Spatial Mismatch and Costly Suburban Commutes: Can Commuting Subsidies Help? *Urban Studies*, No. 8/2001, S. 1305-1318.
- MAY, W. / MASON, C. / PINCH, S.: Explaining industrial agglomeration: the case of the British high-fidelity industry. *Geoforum*, No. 3/2001, S. 363-376.
- McMANUS, P.A.: Pathways into Self-Employment in the United States and Germany. *DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, H. 1/2001, S. 24-30.
- MILBRADT, G. / DIEDRICHS, D.: Berücksichtigung der kommunalen Einnahmenautonomie beim Finanzausgleich. *Wirtschaftsdienst*, H. 6/2001, S. 331-339.
- MÜLLER, W.: Kommunal Finanzen 2001. *Wirtschaft und Statistik*, H. 5/2001, S. 386-388.
- NUHN, H.: Megafusionen. Neuorganisation großer Unternehmen im Rahmen der Globalisierung. *Geographische Rundschau*, H. 7-8/2001, S. 16-24.
- OERLEMANS, L.A.G. / MEEUS, M.H.T. / BOEKEMA, F.W.M.: Firm clustering and innovation: Determinants and effects. *Papers in Regional Science*, No. 3/2001, S. 337-356.
- OßENBRÜGGE, J.: Politik im "glokalisierten" Raum. Alternative Optionen zur entgrenzten Weltwirtschaft. *Geographische Rundschau*, H. 7-8/2001, S. 4-9.
- PALUZIE, E. / PONS, J. / TIRADO, D.A.: Regional Integration and Specialization Patterns in Spain. *Regional Studies*, No. 4/2001, S. 285-296.
- PECK, J.: Neoliberalizing states: thin policies / hard outcomes. *Progress in Human Geography*, No. 3/2001, S. 445-454.
- PETERSON, C.A. / MCCARTHY, C.: Locational enhancements of cultural tourism destinations. *Zeitschrift für den Fremdenverkehr*, H. 4/2000, S. 14-22
- PÖSCHL, H.: Ökologischer Landbau 1999. *Wirtschaft und Statistik*, H. 5/2001, S. 357-366.
- RAGNITZ, J.: Ostdeutsche Wirtschaft: Weiterhin Handlungsbedarf. *WSI-Mitteilungen*, H. 6/2001, S. 359-364.
- REHM, H. ET AL.: Öffentliche Finanzen 2000. *Wirtschaft und Statistik*, H. 4/2001, S. 303-307.
- RODRÍGUEZ-POSE, A.: Is R&D investment in lagging areas of Europe worthwhile? Theory and empirical evidence. *Papers in Regional Science*, No. 3/2001, S. 275-296.
- ROPER, ST.: Innovation, Networks and Plant Location: Some Evidence for Ireland. *Regional Studies*, No. 3/2001, S. 215-228.
- SAILER, U.: Ausländische Direktinvestitionen in Ungarn. Katalysatoren der wirtschaftlichen Transformation? *Geographische Rundschau*, H. 7-8/2001, S. 38-43.
- SCHMIDT, O.: Ende einer Ära: Was wird aus Sparkassen und Landesbanken? *Wirtschaftsdienst*, H. 6/2001, S. 346-351.
- STABER, U.: Spatial Proximity and Firm Survival in a Declining Industrial District: The Case of Knitwear Firms in Baden-Württemberg. *Regional Studies*, No. 4/2001, S. 329-342.
- SUN, H. / PARIKH, A.: Exports, Inward Foreign Direct Investment (FDI) and Regional Economic Growth in China. *Regional Studies*, No. 3/2001, S. 187-196.
- TAHVONEN, O. / SALO, S.: Economic growth and transitions between renewable and nonrenewable energy resources. *European Economic Review*, No. 8/2001, S. 1379-1398.
- TANG, P.J.G. / WÄLDE, K.: International competition, growth and welfare. *European Economic Review*, No. 8/2001, S. 1439-1459.
- WALLSTEN, S.J.: An empirical test of geographic knowledge spillovers using geographic information systems and firm-level data. *Regional Science & Urban Economics*, No. 5/2001, S. 571-600.
- WINDZIO, M.: Organisationsökologie und Arbeitsmarktmobilität. Eine empirische Analyse am Beispiel Ostdeutschlands. *Zeitschrift für Soziologie*, H. 2/2001, S. 116-134.

7. Soziales

- BLACK, C. / COLLINS, A. / SNELL, M.: Encouraging Walking: The Case of Journey-to-school Trips in Compact Urban Areas. *Urban Studies*, No. 7/2001, S. 1121-1141.
- BODY-GENDROT, S.: The Politics of Urban Crime. *Urban Studies*, No. 5-6/2001, S. 915-928.
- BÜTTNER, TH.: Die Alterung der Weltbevölkerung im 21. Jahrhundert. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, H. 3-4/2000, S. 441-458.
- DAVIES, P.S. / GREENWOOD, M.J. / LI, H.: A conditional logit approach to U.S. – state-to-state migration. *Journal of Regional Science*, No. 2/2001, S. 337-360.

- GERHARDS, J.: Der Aufstand des Publikums. Eine systemtheoretische Interpretation des Kulturwandels in Deutschland zwischen 1960 und 1989. *Zeitschrift für Soziologie*, H. 3/2001, S. 163-184.
- GUSTAFSSON, S. / KENJOH, E. / WETZELS, C.: Does Part-Time and intermittent Work during Early Motherhood Lead to Regular Work Later? A comparison of Labor Market Behavior of Mothers with Young Children in Germany, Britain, the Netherlands, and Sweden. *DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, H. 1/2001, S. 15-23.
- HÄKLI, J.: In the territory of knowledge: state-centred discourses and the construction of society. *Progress in Human Geography*, No. 3/2001, S. 403-422.
- HEILEMANN, U. / LOEFFELHOLZ, H.D. VON / SIEVEKING, K.: Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung. *Wirtschaftsdienst*, H. 7/2001, S. 380-388.
- HÖHN, CH.: Demographische Probleme des 21. Jahrhunderts aus deutscher Sicht. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, H. 3-4/2000, S. 375-398.
- JOHNSTON, R.J. / PATTIE, C.J.: 'It's the Economy, Stupid' – But which Economy? Geographical Scales, Retrospective Economic Evaluations and Voting at the 1997 British General Election. *Regional Studies*, No. 4/2001, S. 309-320.
- KELLER, B. / BANSBACH, M.: Der europäische Soziale Dialog: Es fährt ein Zug nach Nirgendwo. *Schmollers Jahrbuch*, H. 4/2000, S. 621-647.
- KREYENFELD, M.: Timing of First Births in East Germany after Reunification. *DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, H. 1/2001, S. 74-79.
- LEVI, M.: Business, Cities and Fears about Crimes. *Urban Studies*, No. 5-6/2001, S. 849-868.
- LYONS, M. / SMUTS, C. / STEPHENS, A.: Participation, Empowerment and Sustainability: (How) Do the Links Work? *Urban Studies*, No. 8/2001, S. 1233-1251.
- MARGOLIS, D.N. / SIMONNET, V. / VILHUBER, L.: Early Career Experiences and Later Career Outcomes: Comparing the United States, France, and Germany. *DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, H. 1/2001, S. 31-38.
- NICKEL, H.M.: Pluralisierung oder Polarisierung von Frauen in Ost- und Westdeutschland? *WSI-Mitteilungen*, H. 5/2001, S. 310-316.
- O'LEARY, E.: Convergence of living Standards among Irish Regions: The Roles of Productivity, profit Outflows and Demography, 1960-1996. *Regional Studies*, No. 3/2001, S. 197-206.
- PAIN, R.: Gender, Race, Age and Fear in the City. *Urban Studies*, No. 5-6/2001, S. 899-913.
- SCHMID, J.: Bevölkerungswachstum und internationales Konfliktpotential-vom ideologischen zum demographischen Jahrhundert. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, H. 3-4/2000, S. 477-494.
- SCHOENBERGER, E.: Interdisciplinarity and social power. *Progress in Human Geography*, No. 3/2001, S. 365-382.
- SCHWINN, Th.: Staatliche Ordnung und moderne Sozialintegration. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H. 2/2001, S. 211-232.
- SPARKS, R. / GIRLING, E. / LOADER, I.: Fear and Everyday Urban Lives. *Urban Studies*, No. 5-6/2001, S. 885-898.
- TÖLKE, A.: Success at Work, Life Patterns, and Overall Life Satisfaction: Changes in the Lives of Men and Women since the 1980s in West Germany. *DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, H. 1/2001, S. 80-86.

8. Infrastruktur

- BAUM, H.: Das „öffentliche Interesse“ in der Verkehrspolitik. *Wirtschaftsdienst*, H. 6/2001, S. 318-322.
- BODACK, K.-D.: Die Qualität der Deutschen Bahn AG. Service quality of the DB AG. *Internationales Verkehrswesen*, H. 6/2001, S. 279-282.
- BODEWIG, K.: Wir brauchen eine grundlegende Reform der Verkehrspolitik! *Wirtschaftsdienst*, H. 6/2001, S. 311-312.
- GREWER, H.: Verkehrs- und finanzpolitische Weichenstellungen entscheiden über die Rolle des deutschen Güterverkehrsgewerbes. *Wirtschaftsdienst*, H. 6/2001, S. 315-318.
- HANSMANN, A. / OESSELMANN, M. / STEININGER, S.: Güterverkehrskonzeption für Grenzregionen. Conception of freight traffic for border zones. *Internationales Verkehrswesen*, H. 5/2001, S. 248.
- HOMBURGER, B. / GELBHAAR, S.: Förderung erneuerbarer Energieträger – Ein liberales Konzept. *Wirtschaftsdienst*, H. 5/2001, S. 277-282.
- HUGO, J. / RESS, B.: Integrierte Verkehrspolitik: Konzept für eine mobile Zukunft. An integrated transport policy: Ideas for future mobility. *Internationales Verkehrswesen*, H. 5/2001, S. 193-198.
- LAKSHMANAN, T.R. / NIJKAMP, P. / RIETVELD, P. / VERHOEF, E.T.: Benefits and costs of transport. Classification, methodologies and policies. *Papers in Regional Science*, No. 2/2001, S. 139-164.
- MARTIN, U.: Über die Notwendigkeit einer umfassenden Verkehrssystembewertung. *STANDORT*, H. 2/2001, S. 45-48.
- MEHDORN, H.: Die Deutsche Bahn AG – Ein Verkehrsdienstleister mit Zukunft. *Wirtschaftsdienst*, H. 6/2001, S. 312-315.
- MEYER, D.: Staatliche Steuerung im öffentlichen Straßenpersonenverkehr – Eine wettbewerbliche Alternative –. *Zeitschrift für Verkehrswissenschaft*, H. 1/2001, S. 25-47.
- MIZUTANI, F. / URAKAMI, T.: Identifying network density and scale economies for Japanese water supply organizations. *Papers in Regional Science*, No. 2/2001, S. 211-230.
- MUSSO, E. / FERRARI, C.: Der Einfluss des Wirtschaftswachstums im Mittelmeerraum auf das europäische Hafen- und Verkehrssystem. *STANDORT*, H. 2/2001, S. 7-12.
- NASH, C. / SANSOM, T. / STILL, B.: Modifying transport prices to internalise externalities: evidence from European case studies. *Regional Science & Urban Economics*, No. 4/2001, S. 413-432.
- NEWBOLD, K.B. / PETERSON, D.A.: Distance weighted migration measures. *Papers in Regional Science*, No. 3/2001, S. 371-380.

- PROOST, S. / DENDER, K. VAN: The welfare impacts of alternative policies to address atmospheric pollution in urban road transport. *Regional Science & Urban Economics*, No. 4/2001, S. 383-412.
- QUADRADO, L. / LOMAN, S. / FOLMER, H.: Multi-dimensional analysis of regional inequality: The case of higher educational facilities in Spain. *Papers in Regional Science*, No. 2/2001, S. 189-210.
- ROSINAK, W.: Verkehrspolitik an der Schnittstelle Ost-West. *RAUM*, H. 42/2001, S. 33-35.
- SCHIMEK, P.: Reducing emissions from transit buses. *Regional Science & Urban Economics*, No. 4/2001, S. 433-452.
- SCHLICHTER, S. / TARCHOW, S.: Das Netz des Landverkehrs im post-sowjetischen Raum. *STANDORT*, H. 2/2001, S. 13-25.
- SCHRÖDER, E.-J.: Deutschland: Renaissance des Schienenpersonennahverkehrs. Revival of local passenger transport by rail in Germany. *Internationales Verkehrswesen*, H. 6/2001, S. 283-287.
- SEGER, M. / PALENCAR, F.: Istanbul am Kreuzweg maritimen und kontinentalen Verkehrs. *STANDORT*, H. 2/2001, S. 33-39.
- SHA, R. / CHU, S.: Hochgeschwindigkeitsbahnen in China. *STANDORT*, H. 2/2001, S. 30-32.
- WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTER FÜR VERKEHR, BAU- UND WOHNUNGSWESEN: Verkehrspolitische Handlungserfordernisse. *Zeitschrift für Verkehrswissenschaft*, H. 1/2001, S. 1-24.

9. Raumbezogene Planung

- COPUS, A.K.: From Core-periphery to Polycentric Development: Concepts of Spatial and Aspatial Peripherality. *European Planning Studies*, No. 4/2001, S. 539-551.
- ERBGUTH, W. / STOLLMANN, F.: Zum Anwendungsbereich des Bundes-Bodenschutzrechts. *Natur und Recht*, H. 5/2001, S. 241-245.
- JACOBY, CH.: Strategische Umweltprüfung (SUP). UVP-Report, H. 1/2001, S. 28-32.
- JOHNSON, M.P.: Environmental impacts of urban sprawl: a survey of the literature and proposed research agenda. *Environment and Planning A*, No. 4/2001, S. 717-736.
- KNIELING, J. / FÜRST, D. / DANIELZYK, R.: Warum «kooperative Regionalplanung» leicht zu fordern, aber schwer zu praktizieren ist. Ergebnisse eines Forschungsprojektes. *DISP*, H. 145/2001, S. 41-50.
- KUKK, A.: Naturschutzrechtliche Eingriffs- und Ausgleichsprüfung beim innerstädtischen „Flächenrecycling“. *Umwelt und Planungsrecht*, H. 5/2001, S. 180-182.
- MAC EACHREN, A.M.: Cartography and GIS: extending collaborative tools to support virtual teams. *Progress in Human Geography*, No. 3/2001, S. 431-444.
- MCDONALD, J.F.: Cost-benefit analysis of local land use allocation decisions. *Journal of Regional Science*, No. 2/2001, S. 277-299.
- NÆSS, P.: Urban Planning and Sustainable Development. *European Planning Studies*, No. 4/2001, S. 503-523.

- NELSON, S.: The Nature of Partnership in Urban Renewal in Paris and London. *European Planning Studies*, No. 4/2001, S. 483-501.
- REHBINDER, E.: Wege zu einem wirksamen Naturschutz - Aufgaben, Ziele und Instrumente des Naturschutzes unter besonderer Berücksichtigung des Entwurfs zur Neuregelung des Naturschutzrechts. *Natur und Recht*, H. 7/2001, S. 361-366.
- REUTER, W.: Öffentlich-privates Partnerschaftsprojekt «Stuttgart 21». Konflikte, Krisen, Machtkalküle. *DISP*, H. 145/2001, S. 29-40.
- SCHINK, A.: Europäisches Naturschutzrecht und Raumordnung. *Natur und Recht*, H. 5/2001, S. 251-256.
- SHAPIRA, Ph.: Regional Planning and Innovation - Experiences in North America: Introduction to the Special Issue. *European Planning Studies*, No. 5/2001, S. 571-573.
- SILVERMAN, E.B. / DELLA-GIUSTINA, J.-A.: Urban Policing and the Fear of Crime. *Urban Studies*, No. 5-6/2001, S. 941-957.
- STIERAND, PH.: Videoüberwachte Stadt? Planung und Sicherheit im Raum. *RaumPlanung*, H. 96/2001, S. 151-155.
- STUPP, W.: Erfassen, Archivieren und Drucken von Karten. *Kartographische Nachrichten*, H. 3/2001, S. 143-150.

10. Grenzüberschreitende Kooperation und Planung

- ENDRES, A. / OHL, C.: International Environmental Cooperation in the One shot Prisoners' Dilemma. *Schmollers Jahrbuch*, H. 1/2001, S. 1-26.
- KRAJASITS, C.: Bewegung in den Grenzregionen. *RAUM*, H. 42/2001, S. 28-30.
- LAI, F.-C.: Sequential locations in directional markets. *Regional Science & Urban Economics*, No. 5/2001, S. 535-546.



ARL-Homepage

Wie bereits berichtet, wurde die Homepage der ARL (www.ARL-net.de) in diesem Jahr durch neue Punkte ergänzt und der Service weiter ausgebaut.

So steht z.B. das aktuelle Heft der *ARL-Nachrichten* noch vor der eigentlichen Drucklegung im Internet als pdf-Datei zum Download bereit. Bisher führte der Weg zu dieser Datei über die Rubrik *Veröffentlichungen* unserer Homepage. Ab sofort sind die ARL-Nachrichten auch unter der Adresse www.ARL-Nachrichten.de zu finden. Ergänzend findet der Nutzer noch ein Nachrichtenarchiv.

Diese neue Adresse bietet dem Internetnutzer einen zusätzlichen Komfort. Dennoch sollte der Rubrik *Veröffentlichungen* auch weiterhin Aufmerksamkeit geschenkt werden. Seit Beginn dieses Jahres ist hier der Onlineshop der ARL zu erreichen, der das Bestellen von Veröffentlichungen wesentlich erleichtert. Natürlich kann der Onlineshop auch als reine Informationsquelle genutzt werden. Informationen über Neuerscheinungen sowie das Veröffentlichungsverzeichnis der ARL runden die Rubrik Veröffentlichungen ab.

Arbeitskreis

Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen

Die Mitglieder des von Prof. Jens S. Dangschat, TU Wien, geleiteten Arbeitskreises trafen sich am 8. Juni 2001 in Hannover. Neben organisatorischen und arbeitsmethodischen Fragen wurden zunächst zwei Beiträge von Arbeitskreismitgliedern für den angestrebten Publikationsband intensiv beraten:

- Dr. Martin Kronauer, Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) der Universität Göttingen: „Soziale Lage und Quartier“,
- Prof. Heiko Geiling, Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (agis) der Universität Hannover: „Kohäsion und Segregation in einem Stadtteil von Hannover“.

Soziale Lage und Quartier

Kronauer ging in seinem Vortrag anhand von Fallstudien auf die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und der Entwicklung städtischer Quartiere ein. Er verdeutlichte, dass Aspekte sozialer Ungleichheit durch die allgemeine Zunahme sozialer Distinktion an Bedeutung gewonnen hätten. Raum- und siedlungsstrukturelle Faktoren spielten für die unteren Einkommensgruppen der Bevölkerung eine größere Rolle als für die höheren. Dies zeige sich insbesondere an den Armutsquartieren, deren Einwohner - so eine breit vertretene These - durch die materielle Begrenzung ihrer Aktionsradien und -möglichkeiten viel stärker von den Angeboten, Gelegenheiten und Kontaktchancen bzw. den oftmals einseitig ausgeprägten endogenen Potentialen ihrer Quartiere abhingen.

Die detaillierten Forschungsergebnisse der Fallstudien Kronauers zeigen allerdings, dass weder die Konzentrationsthese (räumlich konzentrierte Armut führt zu einer signifikanten Begrenzung der Palette aufstiegsrelevanter Gelegenheiten/Kontaktchancen, s.o.) noch Quartierstypeneffekte (z.B. gemischte vs. homogene Stadtquartiere) zu bestätigen sind. Von daher sei trotz zahlreicher Forschungsaktivitäten nach wie vor nur sehr wenig über das Verhältnis zwischen sozialer Lage und Quartier bekannt - mit entsprechenden Konsequenzen für eine ursachenadäquate, zielorientierte Stadtentwicklungspolitik und -planung. Die Erfahrung sozialer Ausgrenzung hinge vielmehr zunehmend von generellen Normen und Einschätzungsmustern ab, so dass auch im Hinblick auf Quartiereffekte eher eine Tendenz zur Enträumlichung zu konstatieren sei. Zumindest sei der Zusammenhang wesentlich schwächer als bisher angenommen.

Kohäsion und Segregation

Ergänzend zu den Ausführungen Kronauers behandelte Geiling am Beispiel des hannoverschen Stadtteils Vahrenheide Fragen der Kohäsion und Segregation. Unter Einbeziehung historischer Aspekte zeichnete er hierbei ein detailliertes Bild der Stadtteilbiographie, dem zahlreiche stark disaggregierte Daten zur soziodemographischen, Einkommens- und Wohnungsmarktentwicklung zugrunde lagen. Anhand

verschiedener Indikatoren aus den Bereichen alters- und ethnische Strukturen, Familienformen und Wohnsituation, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug wurden grundlegende Dimensionen sozialräumlicher Ungleichheit herausgearbeitet, die auf Armutslagen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung, die Verteilung der ausländischen Bevölkerung, der Familien, der Angehörigen neuer Haushaltstypen und der alten Menschen im Stadtgebiet verweisen.

Der Stadtteil Vahrenheide - zugleich Modellstadtteil im Rahmen des Programms „Die soziale Stadt“ - sollte bei seiner Entstehung (1956), wie andere Großsiedlungen in Deutschland auch, die Kernstadt von der großen Wohnungsnachfrage entlasten. Von Beginn an entlastete er jedoch zugleich die Gesamtstadt von Bewohnern in schwierigen Lebenslagen. Die relativ kleinen Wohnungen wurden in großer Zahl Alleinerziehenden, Kinderreichen, Kriegsversehrten, Berufsunfähigen, Obdachlosen sowie in Flüchtlingslagern Lebenden zugewiesen. Die von Politikern und Planern gepriesene „gesunde soziale Mischung“ existierte lediglich in Form statistischer Mittelwerte.

So waren die heutigen Probleme des Stadtteils schon bei seiner Entstehung vorprogrammiert. Die räumliche Konzentration von Einwohnern in schwieriger Lebenssituation verschärfte sich durch wachsende Arbeitsmarktprobleme und sozial-selektive Zuwanderung. Bis heute existiert in dem Stadtteil keine hinreichend stabile lokale Ökonomie zur Deckung des täglichen Bedarfs. Zudem wurde der öffentliche Wohnungsbestand lange vernachlässigt. Dringend erforderliche Instandhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen unterblieben.

Mit den Folgen dieser Probleme und mit den bestehenden Lösungsmöglichkeiten (Sanierung, Modernisierung, Revitalisierung, Stadtteilmanagement, lokale Politik und Einwohnerbeteiligung) setzte sich Geiling dann eingehend auseinander.

Integrierte Stadtentwicklung in benachteiligten Quartieren

Zum Abschluss dieses Teils der Sitzung ging Thomas Franke vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin, auf Verwaltungs- und Organisationsfragen im Zusammenhang mit der integrierten Stadtteilentwicklung in benachteiligten Quartieren ein. Er setzte sich dabei in erster Linie mit dem Ansatz und den Intentionen des Programms „Soziale Stadt“ auseinander und lieferte dadurch wichtige Hintergrundinformationen für die beiden vorangegangenen Vorträge.

Um von den traditionellen sektoralen, in der Regel noch dop down implementierten Programmen wegzukommen, gehe das Programm „Soziale Stadt“ von einem integrativen sozialräumlichen Ansatz aus, der zugleich dezentrale Handlungsstrukturen und bürgerschaftliches Engagement stärken solle (Stadtteilbüros/-agenturen, dezentrale Entscheidungsbefugnisse und Finanzierungs Kompetenzen). Entscheidend sei es, sozial integratives und interressortmäßig abgestimmtes stadt(teil)entwicklungspolitisches Denken und Handeln in die Köpfe der Akteure zu transferieren.

Abschlusspublikation

Nach der Durchführung von zwei bestandsaufnehmenden Workshops zu den Themen „Soziale Ungleichheit und

Segregation“ sowie „Raum, Stadtentwicklung und Planung“ (siehe NACHRICHTEN, Heft 4/2000, Seite 24 ff.) biegen die Mitglieder des Arbeitskreises nun auf die Zielgerade ein und bereiten Beiträge für die Abschlusspublikation „Lebensstile, soziale Ungleichheit und Raum“ (Arbeitstitel) vor. Konzeption, zu bearbeitende Themen und arbeitsteiliges Vorgehen bei der „Produktion“ des Bandes wurden daher im letzten Teil der Sitzung eingehend diskutiert. Nach dem gegenwärtigen Stand zeichnen sich folgende Hauptabschnitte (Arbeitstitel) der Publikation ab (jeweils mehrere Beiträge zum Themenkomplex):

- Zusammenhang zwischen Siedlungsstrukturen und sozialem Raum
- Soziale Lagen, Milieus und Lebensstile
- Neue Lebensstile im städtischen Raum
- Steuerung des Raumes und der Zeit
- Herausforderungen für räumliche Planung und Kommunalpolitik.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23

Arbeitskreis

„Räumliche Aspekte neuer Entwicklungen der Energiepolitik in Deutschland“ konstituiert

Mit der ersten Sitzung der Kerngruppe am 28./29.6.2001 in Mannheim nahm der Arbeitskreis seine Tätigkeit unter Leitung von Dr. Dieter Gust, Mössingen, auf. Weitere Mitglieder der Kerngruppe sind: Dr.-Ing. Georg Förster, Stuttgart, Dipl.-Volksw. Bernhard Hillebrand, Essen, Dipl.-Geogr. Klaus Mandel (Geschäftsführer), Mannheim, Dipl.-Ing. Jochen Monstadt, Erkner, Prof. Dr. Jens-Peter Schneider, Osnabrück.

Die Mitglieder erörterten grundsätzliche Fragen zur Arbeitsprogrammatisierung und zur Vorgehensweise. Folgende Schwerpunkte der Themenbearbeitung wurden festgelegt:

- Block 1:** Liberalisierung und Privatisierung bei der öffentlichen Infrastruktur, ökologische, ökonomische, politische und juristische Aspekte
- Block 2:** Mengenbezogene Veränderungen der Stromversorgung unter Berücksichtigung des liberalisierten Strommarktes und der Politik des Ausstiegs aus der Atomkraft
- a) Stromerzeugung
 - b) Stromnachfrage
 - c) Stromverteilung (Netz)
- Block 3:** Räumliche Verteilungswirkungen (Gewinner/Verlierer)
- Block 4:** Institutionelle Veränderungen der Stromversorgung, veränderte/neue Akteure, neue Handlungsbedarfe, Koordinationserfordernisse
- Block 5:** Raumplanerische Ansätze:
- Standortsicherung (klassisch)

- Regionalmanagement (neu)
- Kompetenzverschiebung: Region/Land/Bund/EU
- Enträumlichung der Stromerzeugung

Block 6: Rechtliche Anpassungsstrategien, Abstimmung Energiewirtschaftsrecht und Umweltrecht

Es wurde verabredet, dass die thematische Bearbeitung der Blöcke von je einem hauptverantwortlichen Mitglied unter Hinzuziehung weiterer externer Experten durchgeführt wird.

Hans Pohle, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 44

Ad-hoc-Arbeitskreis

„Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts“ legt Empfehlungen vor

Das Zentrale-Orte-Konzept gilt als eine der tragenden konzeptionellen Säulen der Landes- und Regionalplanung. Auf der Grundlage von Entschlüssen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) haben sämtliche Bundesländer hierarchisch gestufte Zentrale Orte und teilweise auch zentralörtliche Verflechtungsbereiche als Ziele der Raumordnung ausgewiesen. In den letzten Jahren mehrte sich die Kritik an der traditionellen Form der Zentrale-Orte-Politik. Die einschlägigen Entschlüsse der MKRO sind „in die Jahre“ gekommen und entsprechen immer weniger den aktuellen Problemstellungen und einem zeitgemäßen Verständnis der raumbezogenen Planung. Die Praxis der Anwendung des Zentrale-Orte-Konzepts in den Bundesländern driftet immer stärker auseinander.

In Abstimmung mit der MKRO hat die ARL deshalb den Arbeitskreis „Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts“ unter der Leitung von Prof. Dr. Hans H. Blotvogel, Duisburg, eingerichtet. Dem Arbeitskreis gehören sowohl Planungswissenschaftler als auch -praktiker an, die sich mit den Argumenten pro und contra Zentrale-Orte-Konzept und vor allem mit möglichen Ansatzpunkten für dessen Weiterentwicklung auseinandersetzen.

Als Ergebnis hat der Arbeitskreis nun konkrete Empfehlungen für ein neues Zentrale-Orte-Konzept erarbeitet, das sowohl den veränderten gesellschaftlichen Problemstellungen und raumordnungspolitischen Leitvorstellungen als auch dem gewandelten Verständnis von raumbezogener Planung gerecht werden soll. Die Empfehlungen wurden am 17. September in Erfurt im Rahmen eines in Kooperation mit der Thüringer Staatskanzlei durchgeführten Kolloquiums vor zahlreichen Experten aus Forschung und Planungspraxis präsentiert und intensiv diskutiert.

Die Kurzfassung der Empfehlungen ist als Vorabdruck im Sekretariat der ARL erhältlich. Die Ergebnisse des Arbeitskreises werden als Forschungs- und Sitzungsbericht veröffentlicht.

Olaf Gruppe, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 49

Neuer Ad-hoc-Arbeitskreis

zur Umsetzung der Wasser- rahmenrichtlinie (WRRL)

Unter der Leitung von Prof. Dr. Lothar Finke, Dortmund, fand am 5. Juli 2001 in Hannover ein ExpertInnen-Gespräch zur „Verbesserung der ökologischen Qualität der Gewässer“ statt. Weitere Teilnehmer waren: Dr.-Ing. Heinz-Christian Baumgart, Michael Bender, Dr.-Ing. Stefan Greiving, Marion Oblasser, Prof. Dr.-Ing. Otterpohl, Hans-Joachim Pietrezeniuk, Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Dr. Volker Wille, Dipl.-Geogr. Hildegard Zeck.

Ergebnis des Gesprächs ist eine Stellungnahme mit Empfehlungen, welche Konsequenzen aus der Wasserrahmenrichtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates (WRRL) aus raumplanerischer Sicht vorrangig und kurzfristig zu ziehen sind. Das Präsidium (siehe auch in der Rubrik „Zur Diskussion“) hat in Anbetracht eines zügigen Umsetzungsprozesses der WRRL einen Ad-hoc-Arbeitskreis unter der Leitung von Prof. Finke eingesetzt. Das Gremium will schon in Kürze erste Ergebnisse vorlegen. Das vorliegende, weiter vorn abgedruckte Positionspapier wurde den Obersten Landesplanungsbehörden und dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen des Deutschen Bundestages zur Verfügung gestellt.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22

Neuer Ad-hoc-Arbeitskreis

Netzstruktur der DB AG aus der Sicht der Raumordnung

Der Trend zur zunehmenden Mobilität in Deutschland scheint sich auf absehbare Zeit fortzusetzen. Daher ist es trotz der aus der Sicht der Nachhaltigkeit bedenklichen ökologischen Folgen notwendig, die bestehende Verkehrsinfrastruktur besser auszulasten und dort, wo nötig, auszubauen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Schieneninfrastruktur, da hier erhebliche Potentiale im bestehenden Netz vermutet werden und diesem Ausbau aus raumordnerischen und insbesondere ökologischen Gründen politische Priorität eingeräumt wurde. Dem steht nach der Privatisierung der Deutschen Bundesbahn (DB AG) mit der Trennung von Netz und Betrieb die vorwiegend nach betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichtete Unternehmenspolitik der DB AG gegenüber, in der aus Rentabilitätsgründen die Konzentration des Netzes auf die ausgelasteten überregionalen Schnellverbindungen abgestellt wird. Auch in dem vor dem Hintergrund dieser Unternehmenspolitik angefertigten Bericht der Pällmann-Kommission zur zukünftigen Netzstruktur der DB in Deutschland spielen Raumordnungsgesichtspunkte nur eine geringe Rolle.

Um aus der Sicht der Raumordnung Stellung zu nehmen und Alternativen hinsichtlich der Verknüpfung betriebswirtschaftlicher Notwendigkeiten und raumordnerischer Erfor-

dernisse aufzuzeigen, konstituierte die ARL den Ad-hoc-Arbeitskreis „Netzstruktur der DB AG aus der Sicht der Raumordnung“. Mit einer ersten Sitzung am 5.7.2001 nahm der Ad-hoc-Arbeitskreis seine Arbeit unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang G. Heinze, Berlin, auf. Die folgenden Aspekte sollen bei den Untersuchungen besonders berücksichtigt werden:

- Einbeziehung des vorhandenen und geplanten bundesdeutschen Fernverkehrsnetzes
- Reisegeschwindigkeiten und Erreichbarkeiten als wesentliche Kriterien
- Alternativen vor Ort (insbesondere SPNV, straßengebundener ÖV, neue Formen bedarfsorientierter Verkehre).

Weitere Mitglieder des Ad-hoc-Arbeitskreises sind: Prof. Dr. Gisela Färber, Speyer, Dr. Thomas Geyer, Koblenz, Dr. Martina Hinricher, Berlin, Prof. Gunther Kappert, Hannover, Prof. Dr. Heinrich H. Kill, Erfurt, Dr. Hans Pohle, Hannover, Dr. Rabe, Berlin, Prof. Dr. Jürgen Siegmann, Berlin, Dr. Heike Twele, Berlin.

Hans Pohle, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 44

LAG Bayern

diskutiert Zusammenhang von Arbeitsmarkt und Landes- entwicklung

Am 22. Mai 2001 trafen sich Mitglieder und Gäste der LAG Bayern unter der Leitung von Prof. Dr. Richard Bartlsperger, Erlangen, im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg, um Fragen des Arbeitsmarktes und der Landesentwicklung zu diskutieren.

Am Beginn der Tagung stand ein Vortrag des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (BfA), Bernhard Jagoda. Er umriss die Herausforderung, mit geeigneten Instrumenten und Partnern schnell auf gesellschaftliche Veränderungen und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt mit jährlich 7 Millionen Arbeitslosen bzw. Arbeitsneuzugängen zu reagieren, und stellte sich danach Fragen aus dem Plenum.

Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz, Nürnberg/Passau, ging anschließend auf die Problematik der Verzahnung von aktiven regional- und arbeitsmarktpolitischen Vorgehensweisen ein. Die BfA sei bei der Vergabe von Mitteln an politische Vorgaben und haushaltsrechtliche Erwägungen gebunden. In den wenigsten Fällen könne deshalb eine Zusammenarbeit auf regionaler und kommunaler Ebene erfolgen. Dennoch komme es in Zukunft auf eine kooperierende Abstimmung der Investitionen an. Hierzu würden Individualdaten erforderlich, die in einer Maßnahmengrunddatei geführt werden sollen. Dies sei auch im Hinblick auf erhöhte Anforderungen an Evaluationen notwendig.

Barbara Schwengler und Martin Koller stützten die nachfolgenden Ausführungen auf die von ihnen erarbeitete Studie „Zielerreichungsanalyse bei den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe: Verbesserung der regionalen Wirt-

schaftsstruktur“. Schwengler zeigte anhand von Kartenmaterial zu den 225 Arbeitsmarktregionen Auswirkungen von verschiedenen Förderprogrammen auf, beispielsweise auf das Beschäftigungsvolumen, die Arbeitsplatz- und Beschäftigungsentwicklung und die Veränderung der Brutto- und Gehaltssummen. Es wurde ersichtlich, dass der gezielte Einsatz von Regionalförderung sehr wohl Einfluss auf die Entwicklung der Arbeitsmarktstruktur einer Region haben kann. Koller erläuterte die Bedeutung von statistischen Daten als Grundlage für Entscheidungen über den Förderbedarf. Der tatsächlich eingetretene Erfolg von Maßnahmen lasse sich allerdings nie vollständig abschätzen, da immer Entwicklungseigenheiten mit einkalkuliert werden müssten. Zum Stadt-Umland-Verhältnis konnte anhand eindrucksvoller Daten die sog. Speckgürtelsituation aufgezeigt werden. Für einzelne Regionen (z.B. Dresden) gelang der Nachweis positiver Effekte durch Subventionen. Synergieeffekte seien dann zu erwarten, wenn Förderprogramme koordiniert sind. Es sei ein Zusammenhang zwischen der Regionalforschung und den Förderansätzen der BfA und der EU herzustellen (Informationen hierzu unter der Internet-Adresse <http://nww.iab.de>).

Die weiteren Referate vermittelten Informationen zu Strukturen, Zielsetzungen und Vorhaben in den Arbeitsamtsbezirken Bayreuth (Direktor Bergmann) und Passau (Direktor Schopf). Es wurde deutlich, dass auf regionenspezifische Anforderungen wie z.B. den Tourismus reagiert werden muss, jedoch eine Verzahnung mit der Regionalentwicklung und Strukturpolitik sowie der Regionalplanung eine dringliche Aufgabe bleibt.

Prof. Dr. Jörg Maier, Bayreuth, stellte die Ergebnisse einer Studie über die Wirkungen der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik vor, wobei das Interesse der Raumordnung auf ein querschnittsbezogenes Handeln zielt. Für die Entwicklung einer Region habe die Förderung der Selbständigkeit durch die Zahlung von Überbrückungsgeld zukunftsweisende Bedeutung.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22

LAG Baden-Württemberg

Neue Arbeitsgruppe „Landesentwicklung bei abnehmender Bevölkerung“

Am 7. September 2001 fand unter Leitung von Prof. Dr. Erika Spiegel, Heidelberg, die erste Sitzung der neu eingerichteten Arbeitsgruppe (AG) in Mannheim statt. Der AG gehören außerdem an: Dipl.-Ing. Susanne Dahm, Karlsruhe, Verbandsdirektor Thomas Eble, Schwäbisch-Gmünd, Verbandsdirektor Dr. Roland Hahn, Freiburg, Verbandsdirektor Dr. Ekkehard Hein, Heilbronn, Prof. Dr. Werner W. Köhl, Reutlingen, Verbandsdirektor Christian Specht, Mannheim, und Abteilungsleiter Dr.-Ing. Hans-Peter Tietz, Stuttgart.

Vor dem Hintergrund möglicherweise dramatischer Bevölkerungsrückgänge wird sich die Arbeitsgruppe folgenden Problembereichen zuwenden: Bevölkerungsentwicklung, Fakten und Prognosen, rechtliche Voraussetzungen (Zuwanderungsgesetz, EU-Vorgaben), Erwerbspersonenpotenzial vor dem Hintergrund eines ökonomischen Strukturwandels sowie regionale Diskrepanzen zwischen Bevölkerung- und Erwerbspersonenpotenzial in Verbindung mit Wohnungsmarkt, Pendlerbewegungen und potentielltem Wanderverhalten.

In Fallstudien werden drei baden-württembergische Regionen betrachtet: der Raum Mannheim, Ost-Württemberg und Franken. Geprüft werden unter anderem rechtliche und planerische Instrumente für eine Anpassung nach unten.

Die Arbeitsgruppe beabsichtigt die Einrichtung einer Internet-Plattform im Rahmen einer LAG-Homepage, die die Arbeit unterstützen wird. Sie wird zudem in Kontakt mit einer entsprechenden Arbeitsgruppe der LAG Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen treten.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22



Sitzung der LAG Bayern
v. l.: Prof. Dr. Richard Bartlsperger,
Präsident Bernhard Jagoda,
Prof. Dr. Gerhard D. Kleinhenz

Werkstattgespräch

Zukunft der norddeutschen Stadtstaaten-Regionen

Auf Einladung der Arbeitsgruppe „Stadtstaaten-Regionen“ der Landesarbeitsgemeinschaft Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein fand am 30. August 2001 in Bremen ein Werkstattgespräch zu den bisherigen Ergebnissen der Arbeitsgruppe statt. Teilnehmer des Gespräches waren rd. 30 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis der beiden Regionen Bremen und Hamburg. Ausgangspunkt der Diskussion waren die Kurzfassung des Endberichtsentwurfes sowie acht von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der Stadtstaaten-Regionen. Die Szenarien skizzieren in prägnan-

LAG Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland Arbeitsgruppe „Auswirkungen der EU-Strukturpolitik auf die Regionalentwicklung“

Die Arbeitsgruppe untersucht ausgewählte EU-Förderprogramme im Hinblick auf ihren Umfang und ihre Wirkung im LAG-Gebiet. Dabei geht es nicht darum, eine Evaluation einzelner Programme oder Vorhaben vorzunehmen. Abgesehen davon, dass Monitoring und Ex-post-Evaluation zum üblichen Prozedere der Abwicklung von EU-Programmen gehören, würde ein solches Unterfangen den Rahmen einer LAG-Arbeitsgruppe sprengen. Vielmehr steht im Vordergrund, Aspekte des Verfahrensmanagements (z.B. der Beteiligung von Gremien und Ebenen) und möglicherweise beobachtbare Wirkungen aus raumordnerischer Sicht zu beleuchten. Dabei bezieht sich der Fokus zum einen auf die unterschiedlichen Ebenen räumlichen Handelns und soll zum anderen Aspekte der regionalen Strukturpolitik und Regionalentwicklung in die Betrachtung mit einbeziehen.

Inwieweit unter dem gegebenen Blickwinkel eine auswertende Bestandsaufnahme vorliegender Evaluationen mit in die Betrachtung einbezogen werden kann, ist offen. Ziel der Arbeit sind Handlungsempfehlungen für den Umgang mit künftigen Förderungen. Das gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines voraussichtlich verschärften Wettbewerbs, wenn nach 2006 mit erheblichen strukturellen Änderungen in der Vergabe von EU-Mitteln zu rechnen ist.

Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe wird auf die im Untersuchungsraum vorhandenen EU-Förderprogrammgebiete, für das Programm INTERREG II (grenzübergreifende Zusammenarbeit), für Leader II (Entwicklungsstrategien für den ländlichen Raum), für 5b-Zielgebiete, sowie in zeitlicher Hinsicht auf die Förderperiode 1994-1999 konzentriert sein. Sie ist auf eine quantitative Analyse der Strukturfondsmittel, eine qualitative Bewertung der analysierten Programme und daraus abgeleitete Vorschläge und Handlungsempfehlungen ausgerichtet. *Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 28*

ter Form grundsätzlich mögliche, keineswegs aber immer gleichermaßen wünschenswerte „Zukünfte“ der beiden Regionen Bremen und Hamburg.

Die Arbeitsgruppe unter Leitung von Dr. Ralph Baumheier, Bremen, und PD Dr. Rainer Danielzyk, Oldenburg/Dresden, hatte die folgenden acht Szenarien entwickelt und zur Diskussion gestellt:

„Eiszeit“

Am formalisierten Rahmen der Kooperation ändert sich nichts. Die existierenden Gremien tagen seltener. Sie leiden zunehmend unter einem wechselnden Teilnehmerkreis, so dass sich kaum gemeinsame Motivation neu einstellen kann. Die Etats werden nicht gestrichen, jedoch gekürzt, da sich zu wenige intensiv für die Beibehaltung der vorhandenen Volumina einsetzen. Die gesamte Entwicklung ist zwangsläufig mit einer zuerst unmerklichen, dann unüberhörbaren Verschärfung des Tons zwischen den Stadtstaaten und den kommunalen Vertretern des näheren Umlandes verbunden. Es kommt wieder zu mehr Fehlentwicklungen durch mangelnde Abstimmung. Insgesamt wird die Stadt-Umland-Konkurrenz erneut schärfer.

„Weiter so“

Im Ergebnis kommt es zu einer laufenden Fortsetzung der vereinbarten Kooperation, die sich mit der unausgesprochenen Grundeinstellung verbindet, dass das maximal Mögliche erreicht sei. Ansätze zur Weiterentwicklung der Kooperation finden keine tragfähige Grundlage. Damit besteht die Gefahr, dass die zwei zentralen Aufgaben der Kooperation bei unverändertem Handlungsbedarf, nämlich die Optimierung der Siedlungsentwicklung im Spannungsfeld zwischen Stadt und Umland sowie die bestmögliche Positionierung der Region im Konzert der europäischen Großregionen, nur unzureichend wahrgenommen werden, und zwar nicht deshalb, weil „schlecht gearbeitet“ wird, sondern deshalb, weil neue Entwicklungen auch neue Lösungen erfordern und die konkurrierenden Regionen nicht untätig sind.

Zweistufiger Raumordnungsverband

Der entscheidende Vorteil der Einführung eines Raumordnungsverbandes mit zweistufiger Regionalplanung liegt darin, dass erstmals für die Stadtstaaten-Regionen gemeinsam erarbeitete, verbindliche planerische Festlegungen möglich sind, ohne dass in die bestehenden Trägerschaftsformen der Regional- und Flächennutzungsplanung eingegriffen würde. Diese Variante bietet erhebliche Vorteile für eine verbesserte Steuerung der regionalen Siedlungs- und Freiraum- wie Infrastrukturentwicklung. Die Organisationsform kann darüber hinaus problemlos um weitere Aufgabenbereiche erweitert werden. Für die großräumige/strukturpolitische Kooperation leistet das Modell hingegen keinen direkten Beitrag. Die auf diese Weise gestärkte Region wird allerdings

auch im großräumigen Kontext verbesserte Artikulationsmöglichkeiten haben.

Allerdings ist zu beachten, dass schon die Einigung auf gemeinsame Leitlinien für die Entwicklung der Raumstruktur und die grenzüberschreitende verbindliche Lösung bestehender Probleme von einigen Akteuren, insbesondere aus dem kommunalen Bereich, als nicht akzeptable Einschränkung ihrer Planungskompetenz angesehen wird.

Schlanker Regionalverband

Der „schlanke“ Regionalverband greift die Grundidee des regionalen F-Planes auf, zwei Planungsebenen zu integrieren und führt dadurch zu einer verbesserten Effizienz und Transparenz der regionalen Organisation. Der zentrale Mehrwert eines schlanken Regionalverbandes besteht in der erstmaligen Schaffung verbindlicher Planungsstrukturen für die Verflechtungsräume der Stadtstaaten. Weitere Vorteile sind in der Straffung und Effizienzsteigerung der regionalen Organisation sowie der damit einhergehenden verbesserten Transparenz zu sehen. Ein erheblicher Vorteil besteht zudem in der gleichberechtigten Beteiligung der gemeindlichen Ebene und der Ebene der Träger der Regionalplanung.

Das Modell bietet erhebliche Chancen zu einer verbesserten Steuerung der regionalen Siedlungs- und Freiraumentwicklung. Die erstmalige Schaffung verbindlicher gemeinsamer Planungsstrukturen in diesem Bereich kann darüber hinaus auch um weitere Bereiche erweitert werden. Für die großräumige/ strukturpolitische Kooperation leistet das Modell hingegen keinen direkten Beitrag. Die durch den schlanken Regionalverband gestärkte Region wird allerdings auch im großräumigen Kontext verbesserte Artikulationsmöglichkeiten haben.

Holding-Struktur

Grundprinzip ist, dass *eine* politische Entscheidungsebene (Regionalrat) für den Gesamttraum geschaffen werden soll. Diese soll in schlanker Form für strategische Entscheidungen zuständig sein, während die operative Arbeit von einer Vielzahl von vorhandenen (oder z. T. neu zu bildenden) Institutionen in unterschiedlicher Rechtsform erledigt wird. Wichtig ist, dass der Regionalrat eine tatsächliche Steuerungsfunktion übernimmt, was durch Kontrakte (Zielvereinbarungen) erfolgen soll, selbst jedoch nur geringe Verwaltungskapazitäten benötigt.

Gemeinsame Landesbehörden

Bei dieser Kooperationsstruktur bleiben die Kompetenzen im kommunalen Bereich grundsätzlich unberührt. Allerdings werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, durch gemeinsame Behörden und Einrichtungen der *Länder* eine einheitliche Struktur- und Entwicklungspolitik für den Gesamttraum zu etablieren.

Regionalkörperschaft

Auf der Basis der Staatlichkeit des jeweiligen Stadtstaates und des beteiligten Flächenlandes soll ein neuartiger staatsrechtlicher Rahmen durch die Gründung einer intraföderativen Regionalkörperschaft geschaffen werden. Diese neue Regionalkörperschaft umfasst sowohl den gesamten Stadtstaat als auch den jeweiligen Umlandbereich (etwa in 30 km

Umkreis). Zur erfolgreichen Umsetzung wären allerdings eine Vielzahl sehr grundlegender Strukturreformen im beteiligten Flächenland insgesamt, ein völlig neues regionales Institutionenverständnis im jeweiligen Stadtstaat sowie eine andauernde Mitfinanzierungsbereitschaft der Zahlerländer im Länderfinanzausgleich erforderlich - unabhängig von dem notwendigen verfassungsrechtlichen Klärungsbedarf.

Länderneugliederung

Der Vorteil einer Länderneugliederung besteht eindeutig darin, dass alle zusätzlichen Probleme, die durch die Notwendigkeit ländergrenzenübergreifender Kooperation und Abstimmung entstehen, wegfallen. Insbesondere entfällt das Problem der inkompatiblen Akteursstrukturen zwischen Stadtstaaten und Flächenland.

Stadt-Umland-Probleme existieren selbstverständlich auch in Flächenländern, wobei gerade die niedersächsische Organisationsform der Regionalplanung ihre Lösung erheblich erschwert. Insoweit wäre nun *innerhalb* der Flächenländer zu diskutieren, welche Organisationsform zur Regelung der Stadt-Umland-Problematik geeignet ist, so z.B. die Einrichtung eines einstufigen regionalen Planungsverbandes (wie z.B. im Großraum Braunschweig), die Einrichtung einer Region (nach dem Modell der Region Hannover) oder die Organisation allenfalls lockerer Kooperationen wie im Umland von Osnabrück, Oldenburg usw.

Betont wurde eingangs der Diskussion nochmals, dass es sich nicht um alternative Optionen der weiteren Entwicklung, sondern um mögliche Szenarien mit sehr unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit handelt. Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass die Aufzählung der Szenarien weder einem aufsteigenden Rhythmus zunehmender Sinnhaftigkeit und Wünschbarkeit entspricht, noch dass die optimale „Lösung“ sich automatisch im mittleren Bereich bewegen wird. Die Arbeitsgruppe hatte bislang keine eindeutige Festlegung für eine der Varianten vornehmen können und wollen, sondern wollte bewusst die Ergebnisse des Werkstattgespräches in die endgültige Fassung seines Berichtes einbeziehen.

Unter der Moderation von Dr. Evelyn Gustedt vom Sekretariat der Akademie diskutierten die Teilnehmer des Werkstattgespräches zunächst regionenüberschreitend die vorgestellten Szenarien, bevor in einem zweiten Durchgang - jeweils eingeleitet durch kurze Inputs zum regionalen „Sachstand“ von Prof. Dr. Götz von Rohr, Kiel, für den Hamburger Raum und Prof. Dr. Axel Priebes, Hannover, für den Bremer Raum - die Szenarien vor dem jeweils konkreten regionalen Hintergrund bewertet wurden.

Die sehr konstruktive Diskussion erbrachte für die Arbeitsgruppe vielfältige Hinweise für die abschließende Überarbeitung des Ergebnisberichts. Deutlich wurde, dass trotz aller strukturellen Ähnlichkeit in der Ausgangslage der beiden Stadtstaaten-Regionen Bremen und Hamburg doch so unterschiedliche Diskussionsstände und aktuelle Entwicklungsperspektiven aufweisen, dass keines der Szenarien für beide Regionen gleichermaßen angemessen erscheint. Vielmehr wird eine weitere Modifizierung der Szenarien die jeweils unterschiedliche „Tauglichkeit“ und Anwendbarkeit deutlich herausarbeiten müssen. Als wichtigster und augen-

fälligster Unterschied wurde auf die sehr divergierende Einschätzung zu verbindlicheren Formen der (regionalplanerischen) Zusammenarbeit hingewiesen: Während dies im Hamburger Raum zur Zeit offenkundig kein Thema darstellt, werden in der Bremer Region schon konkrete Vorstellungen über mögliche Verbandslösungen diskutiert.

Die Arbeitsgruppe wird nunmehr den Endbericht fertigstellen und darüber in der nächsten Sitzung der LAG Bremen/Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein berichten.

Dr. Ralph Baumheier, Bremen

LAG Nordrhein-Westfalen

Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen

Wie in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, ist auch das Landesplanungsrecht in Nordrhein-Westfalen dem neuen Raumordnungsgesetz (ROG) anzupassen (§ 22 ROG). Das novellierte ROG beinhaltet inhaltliche und verfahrensbezogene Neuerungen, die für die Landes- und Regionalplanung einen erheblichen Anpassungsbedarf auslösen. Hierzu gehören die Übernahme und Konkretisierung des Prinzips der nachhaltigen Raumentwicklung in das Landesplanungsrecht ebenso wie eine Überprüfung der vorhandenen Konzepte, Instrumente und Planwerke der Landes- und Regionalplanung.

Die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Nordrhein-Westfalen führten schon seit längerem unter dem Rahmentitel „Landesplanung 2000“ einen Diskurs mit Vertretern der Landesplanung und Landesentwicklungspolitik über Fragen einer zukunftsorientierten Fortentwicklung der Landes- und Regionalplanung. Von daher waren sie auch im Hinblick auf die Novellierung des Landesplanungsrechts an einer aktiven Begleitung und Beratung der politischen Entscheidungsträger interessiert. So richtete die LAG eine von Prof. Lothar Finke, Universität Dortmund, geleitete Arbeitsgruppe ein, die sich mit den Möglichkeiten und Erfordernissen einer Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzt. Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Prof. Blotevogel, Duisburg, Dr. Greiving, Dortmund, AbtDir. Konze, Düsseldorf, Dr. Mielke, Dortmund, und Prof. A. Schmidt, Ratingen. Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Dipl.-Ing. Birkmann, Dortmund.

Die Arbeitsgruppe hat sich in einem ersten Schritt mit den durch die Rahmengesetzgebung vorgegebenen, bis zum Ende des Jahres umzusetzenden Anpassungserfordernissen auseinandergesetzt und das nachfolgend abgedruckte „6 Punkte-Jetzt“-Papier vorgelegt. Die Vorschläge für den kurzfristigen Novellierungsbedarf konzentrieren sich auf:

- die Aufnahme der Leitvorstellung nachhaltiger Raumentwicklung in das Landesplanungsgesetz,
- die Qualifizierung des Abwägungsmaterials (Pflicht von Fachbeiträgen),

- die Ersetzung der bisherigen Genehmigungspflicht für Gebietsentwicklungspläne (GEP) durch eine Anzeigepflicht,
- die Einführung eines Monitoringsystems,
- Aspekte der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie
- das künftige Rollenverständnis der Landes- und Regionalplanung.

In einem zweiten Schritt wird sich die Arbeitsgruppe mit dem mittelfristigen, in den nächsten zwei Jahren umzusetzenden Novellierungsbedarf beschäftigen. Hierzu gehören neben der Zusammenführung von Landesentwicklungsprogramm (LEPro), Landesentwicklungsplan (LEP) und Landesplanungsgesetz (LPIG) vor allem die Ausgestaltung der Zielvorgaben, die Überprüfung der raumordnerischen Konzepte (z.B. Zentrale Orte, Entwicklungsachsen) und Instrumente, die Integration der Plan-UVP in GEP-Verfahren, die Einführung einer Online-Planung und eine bessere Abstimmung raumbedeutsamer Fachplanungen.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23

„6 PUNKTE - JETZT“

zur Novellierung des Landesplanungsrechts in NRW

Problemaufriss

Bis Ende 2001 ist das Landesplanungsrecht in Nordrhein-Westfalen dem neuen Raumordnungsgesetz formal rechtlich (§ 22 ROG) anzupassen. Die Novelle des ROG beinhaltet wesentliche inhaltliche und verfahrensbezogene Neuerungen, die für die Landes- und Regionalplanung in NRW einen erheblichen Novellierungsbedarf auslösen. Neben der Übernahme und Konkretisierung des Prinzips nachhaltiger Entwicklung als Leitvorstellung der Raumentwicklung in das Landesplanungsrecht sind auch die Instrumente, Planwerke und Konzepte der Landes- und Regionalplanung kritisch auf den Prüfstand zu stellen. Der Landesgesetzgeber wird in diesem Zusammenhang mindestens das Landesplanungsgesetz (LPIG) und das Gesetz zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm LEPro) anpassen müssen. Ebenfalls notwendig erscheinen neben der Überarbeitung die Zusammenführung von Landesplanungsgesetz, Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan. Insgesamt kann der Novellierungsbedarf in kurzfristige Novellierungserfordernisse, die noch in diesem Jahr umgesetzt werden müssen (§ 22 ROG), und in den mittelfristigen Novellierungsbedarf, der in den nächsten 2 Jahren umzusetzen ist, unterschieden werden. Die hier vorgelegten „6 PUNKTE - JETZT“ beziehen sich auf die kurzfristigen Anpassungserfordernisse. Zentrale Aspekte für die weitergehende Diskussion werden anschließend angesprochen. Aus Sicht der Arbeitsgruppe sollte der Landesgesetzgeber im Rahmen der kurzfristigen Novellierung folgende „6 PUNKTE“ umsetzen:

a) Aufnahme der Leitvorstellung nachhaltiger Raumentwicklung in das LPIG (§ 1 Abs. 3)

Die Leitvorstellung nachhaltiger Raumentwicklung ist der Landes- und Regionalplanung in NRW zugrunde zu legen und für die Landes- und Regionalebene weiter auszugestalten und zu konkretisieren. Die landes- und regionalspezifische Ausgestaltung des Nachhaltigkeitsprinzips ist unter Berücksichtigung des europäischen und globalen Zusammenhangs zum Gegenstand eines zukunftsfähigen Ziel-systems zu machen.

Begründung: Um die Bedeutung des Prinzips der Nachhaltigkeit für die Landes- und Regionalplanung in NRW hervorzuheben, ist die Leitvorstellung nachhaltiger Raumentwicklung in das Landesplanungsgesetz zu integrieren. Die Aufnahme der Leitvorstellung in das LPIG stellt zudem einen ersten Schritt dar, das LPIG auch zu einem „Inhaltsgesetz“ werden zu lassen. Um dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu einem erfolgreichen Durchbruch in der Landes- und Regionalplanung zu verhelfen, bedarf es für die Landesebene und für die verschiedenen Regionen in NRW einer weiteren Konkretisierung und Ausgestaltung.

b) Qualifizierung des Abwägungsmaterials – Pflicht von Fachbeiträgen

In das Landesplanungsgesetz ist die Pflicht zur Erstellung von Fachbeiträgen der raumbezogenen Fachplanungen insbesondere für die Bereiche Wasserwirtschaft, Natur- und Landschaft, Verkehrsinfrastruktur sowie Land- und Forstwirtschaft einzuführen, eventuell auch weitere. (siehe hierzu § 7 Abs. 3 ROG)

Begründung: Um die Abwägung weiter zu qualifizieren, sind nach dem Vorbild des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege der LÖBF auch von anderen staatlichen Fachplanungen konzeptionelle Beiträge in Form von Fachbeiträgen für den GEP zu erstellen. Beispielsweise könnte ein wasserwirtschaftlicher Fachbeitrag durch das Landesumweltamt entwickelt werden, der u.a. die Integration von Überschwemmungsgebieten oder Hochwasseraktionsplänen in die Regionalpläne erleichtert. Durch die Erarbeitung der Fachbeiträge würde eine Weiterentwicklung der Regionalplanung in der Weise erfolgen, dass Fachplanungen konzeptionelle Grundlagen im Sinne einer Entwicklungsplanung erstellen und diese von der Regionalplanung in ihren raumbedeutsamen Aussagen und Zielen koordiniert werden müssten. Bisher werden die Fachplanungen in der Regel nur im Rahmen von Beteiligungs- und / oder Genehmigungsverfahren (reaktiv) tätig.

c) Anzeigepflicht statt Genehmigungsverfahren

Die bisherige Genehmigungspflicht für Gebietsentwicklungspläne sowie deren Änderungen werden ersetzt durch eine Anzeigepflicht. Widerspricht die Landesplanungsbehörde nicht innerhalb von drei Monaten, ist der Gebietsentwicklungsplan gültig.

Begründung: Durch die bisherigen Genehmigungsverfahren entstanden teilweise erhebliche Zeitverzögerungen zwischen Planung und Genehmigung. Außerdem wurden unnötigerweise z.T. umfangreiche Personalkapazitäten gebunden. Eine Anzeigepflicht sichert der Landesregierung uneingeschränkte Überprüfmöglichkeiten.

d) Einführung eines Monitoringsystems

1. Die Einführung eines indikatoren-gestützten regionalen Monitoringsystems im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung ist als eine Pflichtaufgabe der Regionalplanung im LPIG festzuschreiben. Das Monitoring ist dabei auf zentrale Handlungsfelder der Gebietsentwicklungsplanung, insbesondere Siedlungs-, Abgrabungs- und Natur/ Landschaftsschutzbereiche, Infrastrukturen sowie großflächiger Einzelhandel, zu beziehen.
2. Die Landesplanungsbehörde sollte dem Landtag, die Bezirksregierungen sollten dem Regionalrat regelmäßig über die Entwicklung in den Regionen berichten.

Begründung: Das Monitoringsystem soll dazu dienen, das Prinzip der nachhaltigen Raumentwicklung zu konkretisieren und hinsichtlich seiner Umsetzung zu evaluieren. Mit Hilfe des Monitorings sollen zentrale Zielsetzungen nachhaltiger Raumentwicklung, wie z.B. haushälterische Flächennutzung, interkommunaler Flächentausch und -nutzung und die Förderung kleinräumiger Funktionsbeziehungen, konkretisiert und erfasst werden. Auch für die erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung können diese Berichtssysteme wichtige Grundlagen liefern. Darüber hinaus kann das Monitoring auch zu einer höheren Flexibilität der Planung und zu einer Optimierung der Flächenreserven beitragen. Beispielsweise kann das Monitoring eine flexiblere Flächenausweisung von Siedlungs- und Abgrabungsbereichen ermöglichen. Insbesondere bei den Abgrabungsbereichen können so die den Bedarfsberechnungen zugrunde liegenden Planungszeiträume und der Umfang der damit gekoppelten Bereichsdarstellungen angemessener gestaltet werden.

e) Öffentlichkeitsbeteiligung

In das Landesplanungsrecht ist die Möglichkeit einer Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Aufstellung der Raumordnungspläne (§ 7 Abs. 6 ROG) einzuführen. Dabei sind Mindeststandards für die Öffentlichkeitsbeteiligung vorzugeben.

Begründung: Im Rahmen der Novellierung des Landesplanungsrechts muss auch den verfahrensbezogenen Anforderungen nachhaltiger Entwicklung entsprochen werden. Als Stichworte sind hier Transparenz und Nachvollziehbarkeit sowie regionaler Konsens zu nennen. Eine wichtige Voraussetzung für beide Zielsetzungen ist eine stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung, die die landes- und regionalplanerischen Ziele und deren alternative Umsetzungsmöglichkeiten bereits im Anfangsstadium zur Diskussion stellt, um so einen frühzeitigen regionalen Konsens über Ziele und Raumentwicklungskonzepte zu erzielen.

f) Künftiges Rollenverständnis

Neben den klassischen Instrumenten sollten die Landes- und die Regionalplanung zur Vorbereitung und Verwirklichung ihrer eigenen Ziele (§ 13 ROG) auch kooperative Instrumente nutzen, wie beispielsweise Regionalmanagement und landesplanerische Verträge.

Begründung: Zur notwendigen Effektivierung der Landes- und Regionalplanung ist es erforderlich, die Akzeptanz landes- und regionalplanerischer Ziele zu erhöhen. Dies bedeutet für die Vorbereitung von Raumordnungsplänen die Einbeziehung

autonom handelnder Akteure im Rahmen kooperativer Instrumente. Die Verwirklichung der Ziele der Landes- und Regionalplanung hängt auch von deren Umsetzung durch Dritte ab, die nur teilweise an diese Ziele gebunden sind, gleichzeitig jedoch über einen Großteil der investiven Mittel verfügen. Zudem können diese Instrumente dazu beitragen, eine bessere Abstimmung unterschiedlicher Interessen bereits im Vorfeld förmlicher Beteiligungsprozesse herzustellen. Darüber hinaus sollte durch die Nutzung neuer Instrumente eine bessere Abstimmung der verschiedenen raumbedeutsamen Aktivitäten (z.B. Raumordnung und regionale Strukturpolitik) auf Landes- und Regionalebene erfolgen.

Ausblick - weiterer Novellierungsbedarf

Über die hier benannten kurzfristigen Änderungs- und Anpassungserfordernisse hinaus ergeben sich aus der Novelle des ROG weitere Novellierungsbedarfe für die Landes- und Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen. Dementsprechend wird sich die Arbeitsgruppe neben der Konkretisierung der bereits benannten „6 PUNKTE“ im weiteren Verlauf mit den mittelfristigen Novellierungsbedarfen beschäftigen. Dabei sind folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

- Zusammenführung von LEPro, LEP und LPIG
- Überprüfung der raumordnerischen Instrumente, insbesondere der Zentrale-Orte- und Entwicklungsachsen-Konzeption
- Ausgestaltung der Zielvorgaben im LEPro und im LEP (Systematik, Detailschärfe)
- Integration der Plan-UVP in GEP-Verfahren
- Konkretisierung der kontinuierlichen Berichterstattung (Monitoring)
- Einführung der Online-Planung
- Bessere Abstimmung und Koordination von raumbedeutsamen Fachplanungen.

Gemeinsamer Workshop von ARL, Difu und DIW Ökonomische Agglomerationsforschung in Europa

Am 19. und 20. November 2001 veranstalten die drei Kooperationspartner ARL, Difu und DIW in Berlin einen Status-quo-Workshop, der den Stand der ökonomischen Agglomerationsforschung in Europa in Theorie und Empirie aufarbeiten soll.

Neben der Darstellung der neueren theoretischen Grundlagen ökonomischer Agglomerationsentwicklung werden die empirisch beobachtbaren Entwicklungstrends großer Agglomerationen, von Global Cities bis herunter zum Städtesystem in Europa, sowie mögliche Triebkräfte ihrer ökonomischen Entwicklung behandelt. Aufgabe und Ziel dieses Workshops wird es weiter sein, offene Forschungsfragen zu diesem Themenkomplex zu identifizieren und mögliches weiteres Vorgehen für die beteiligten Institute zu diskutieren.

Kontakt: Dr. Hans Pohle, Tel.: 0511 / 3 48 42 - 44,
Fax: 0511 / 3 48 42 - 41, e-mail: Pohle@ARL-net.de

Neues ARL/DASL-Projekt

Strategien für Großstadtregionen im 21. Jahrhundert

Mitte des Jahres trafen sich in Hannover unter der Leitung des ARL-Präsidenten, Dr. Ernst-Hasso Ritter, und des Präsidenten der DASL, Prof. Helmut Ahuis, Experten zu einer Gesprächsrunde zum Thema „Großstadtregionen“, das auch in der Vergangenheit von beiden Akademien gemeinsam behandelt worden war, so z.B. bei der Jahrestagung 1998 „Die Region ist die Stadt“. Weitere Teilnehmer des Treffens waren: Prof. (em.) Dr.-Ing. Gerd Albers, Prof. Dr. Johann Jessen, Prof. Dr. Axel Priebes, Senatsdirigent Dipl.-Ing. Julian Wékel und ARL-Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich.

Großstadt- und Metropolregionen gelten als Motoren der gesamträumlichen Entwicklung. Im Rahmen der allgemeinen gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die von globalen, europäischen, marktwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten und der sich ändernden Bevölkerungsstruktur getragen werden, bleibt es nicht aus, dass sich organisatorische und räumliche Strukturen sowie Lebensformen mit entsprechenden Konsequenzen verändern. Hier ist es wichtig, die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Zielen und Fehlentwicklungen aufzuzeigen und daraus eine Stadtpolitik für die Zukunft abzuleiten. Nach Ansicht der Expertenrunde bietet sich dieses Themenfeld für einen neuen gemeinsamen Arbeitskreis von ARL und DASL an. In einer weiteren Gesprächsrunde Ende September, an der neben den o.g. Experten Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann und Prof. (em.) Dipl.-Ing. Thomas Sieverts teilnehmen, wird ein grundlegendes Positions- und Strukturierungspapier erarbeitet. Danach soll der Arbeitskreis eingesetzt werden.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22

Durch ein technisches Versehen waren in der letzten Ausgabe 2/2001 unserer NACHRICHTEN im Bericht über die LAG Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen auf S. 41f. die folgenden Zwischenüberschriften entfallen:

- Entwicklungsprobleme der Stadt Erfurt
- Bericht aus der AG „Regionalentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen“
- Bericht aus der AG „Räumliche Implikationen von Information und Innovation in der Wissensgesellschaft“
- Bericht aus der AG „Regionalmanagement und Planungs-marketing“

Wir bitten unser Versehen zu entschuldigen.

Die Nachrichten-Redaktion

Nordseekonferenz

zum Küstenzonen-Management

Die von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zusammen mit der Niedersächsischen Staatskanzlei am 18. und 19. Juni 2001 in Cuxhaven durchgeführte Nordsee-Konferenz hatte zum Ziel, den Nordseebereich betreffend einen Grundkonsens über die Ausgestaltung eines „integrierten Küstenzonen-Managements“ zwischen Beteiligten aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung herzustellen. Verbesserte Planung, Abstimmung und Zusammenarbeit im Küstenbereich sollen zu einer integrativen räumlichen Gesamtplanung für diesen Raum führen, um auf die zunehmende Nutzungsintensivierung innerhalb der Küsten und küstennahen Bereiche zu reagieren und vorhandene Wissensdefizite, unkoordinierte Zielsetzungen und fehlende gemeinschaftliche Verantwortung korrigieren zu können. Ein entsprechend breites Spektrum von Teilnehmern war geladen, insbesondere auch die Vertreter der unmittelbar betroffenen Gemeinden und Kreise.

Ein zentraler Punkt der Konferenz war eine „Gemeinsame Erklärung“, deren Entwurf vorgestellt und diskutiert wurde und deren überarbeitete, endgültige Fassung am zweiten Tag der Konferenz verabschiedet wurde. Die Erklärung ist im Anschluss an diesen Ergebnisbericht abgedruckt.

Den ersten Tag moderierte Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Generalsekretär der ARL. Die einführenden drei Vorträge des ersten Tages von Wolfgang Senff, Niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Prof. Dr. Hanns Buchholz, Universität Hannover, und MinDgt. Henning Binnewies von der Niedersächsischen Staatskanzlei verdeutlichten den Handlungsbedarf in diesem Themenfeld. Den Vorträgen folgte eine hochkarätige Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Küstengebiete als Schnittstelle lebenswichtiger Verkehrs- und Handelsverbindungen, als Lebensmittel und Rohstofflieferant, als Standort wertvoller Habitate, aber auch als Freizeit- und Ferienziel sowie als Wohn- und Arbeitsplatz verlangen heute nach einem angepassten Ressourcen- und Nutzungsmanagement, wie ein 1996 begonnenes Demonstrationsprogramm der EU konstatiert. Die bereits in der Begrüßungsrede des Ministers ausführlicher dargestellten Nutzungen des Raumes durch Offshore-Windkraftanlagen und Hafentwicklungen, aber auch die von Buchholz aufgezeigten und in anderen Teilen der Erde bereits ablaufenden Inwertsetzungen, wie etwa Marikulturen, zeigen, dass auch die Meere und insbesondere deren küstennahe Bereiche nicht unerschöpflich sind und ein vorausschauendes und nachhaltiges Management benötigen.

Das kurz zusammengefasste Ergebnis der EU-Studie, ein allgemeines Defizit an übergreifenden Zielvorstellungen, starke bürokratische Systeme, sektorspezifische Rechtsvorschriften und unzureichende Einbeziehung der Akteure begründet

den EU-weiten Handlungsbedarf. Die hier von Binnewies angeführten und am zweiten Tag von Hildegard Zeck, Referentin in der Niedersächsischen Staatskanzlei in Hannover, genauer erläuterten Ergebnisse des im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C durchgeführten NORCOAST-Projektes bescheinigen dem Küstenmanagement der mitarbeitenden Staaten fehlende Zukunftsvisionen und fehlendes Verständnis für Naturprozesse und Küstendynamik. Vorhandenes Wissen gelangt diesen Ergebnissen zufolge nicht an die richtigen Entscheidungsstellen, mit Wissenslücken wird nicht entsprechend umgegangen, was zu wenig zielgerichteter Forschung führe. Bewohner fühlen sich nicht eingebunden in Lösungsfindungen, geeignete Beteiligungsmöglichkeiten fehlen, unkoordinierte Politiken stehen teilweise im Gegensatz zu Langfristzielen einer nachhaltigen Entwicklung der Küstengebiete. Zudem werden Innovationen und bessere Lösungen oft durch bürokratische Systeme und mangelnde behördliche Zusammenarbeit eingeengt. Festgestellt wird weiterhin mangelnde politische und materielle Unterstützung für entsprechende Initiativen.

Von europäischer Seite wird darauf reagiert mit einer europäischen Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement, dessen Merkmale eine umfassende, ganzheitliche und langfristige Betrachtungsweise, anpassungsfähiges Management, mehrstufige Prozesse und die Einbeziehung aller betroffenen Verwaltungsstellen sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit sind. Damit soll die Kluft zwischen Land- und Meeresgebieten überbrückt werden, wie sie bisher in Konzepten, Programmen und Rechtsvorschriften noch besteht. Die Strategie fordert die Mitgliedstaaten auf, nach einer nationalen Bestandsaufnahme eine nationale Strategie zum „Integrierten Küstenzonenmanagement“ (IKZM) zu entwickeln, nationale strategische Küstenpläne aufzustellen und dabei Raumplanungsinstrumente einzusetzen.

Ziel ist, wie Binnewies erläuterte, eine nachhaltige Entwicklung in den Küstengebieten durch verstärkte Integration aller Politikbereiche auf allen betroffenen Ebenen zu erreichen, also eine Abkehr von strikten, nur nach sektoralen Gesichtspunkten differenzierenden Festlegungen, als deren Beispiel die FFH-Richtlinie gelten kann (Flora-Fauna-Habitat).

Die Diskussionsbeiträge und Wortmeldungen während der Konferenz verdeutlichten, wie zutreffend diese Ergebnisse und Einschätzungen sind. So wurde durch Vertreter der Privatwirtschaft, aber auch durch Repräsentanten der kommunalen Ebene vor einer weiteren „Überregulierung“ und der Entstehung weiterer Behörden gewarnt, gerade auch im Hinblick auf die Erfahrungen mit den Nationalparks in den Küstenzonen, während Vertreter des Umwelt- und Naturschutzes die zu geringe Würdigung und Beachtung dieser Themen sowohl bei der Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer als auch in-

nerhalb des vorgestellten Entwurfs zur „Gemeinsamen Erklärung“ kritisierten. Gerade die Ansätze zum Schutz des Wattenmeeres sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene seien gute Beispiele für integrierte Planung im Sinne eines Küstenzonenmanagements.

Demgegenüber führten Vertreter betroffener Gemeinden ihre zu geringe Beteiligung gerade bei der Planung und Durchführung von Naturschutzmaßnahmen an. Große wirtschaftliche Hoffnungen mache man sich derzeit etwa bezüglich der Nutzung von Windenergie im Küstenbereich, gerade auch im Offshore-Raum, so dass von dieser Seite eine Raumordnungsdebatte unter dem Schwerpunkt der Chancen und Möglichkeiten für den Raum gerade in wirtschaftlicher Hinsicht und weniger unter der vorrangigen Prämisse des Naturschutzes notwendig sei.

Die von der Europäischen Kommission im September 2000 vorgelegte Empfehlung an die Mitgliedstaaten zur Umsetzung des Integrierten Küstenzonenmanagements betone entsprechend Aspekte wie Integration, Information, Kooperation, Koordination, Kontinuität und Flexibilität.

Die Notwendigkeit dieser Vorgehensweise unterstreichen nachdrücklich die von Buchholz vorgestellten Thesen. So befinden wir uns in einer Phase umfassender Integration der immer dichter genutzten Meere in die Lebensräume der Menschen, woraus sich der Bedarf nach einer flächendeckenden Zusammenschau gegenwärtiger und vorgesehener Nutzungen sowie natürlicher Strukturen und ihrer Veränderungsprozesse ergibt, um mittels Abwägungsverfahren zu sachgerechten Lösungen für beantragte Nutzungen zu kommen. Dabei muss durch eine möglichst ganzheitliche Analyse der Auswirkungen den besonderen Eigenschaften des Wassers Rechnung getragen werden. Da Land und Meer in der Küstenzone ein Kontinuum bilden, benötigen wir eine vorausschauende, Land und Meer übergreifende Raumplanung, die Natur- und Umweltschutz nicht einer Entwicklung des Raumes gegenüberstellt, sondern als deren selbstverständlichen Teil ansieht.

Zur Erarbeitung notwendiger Leitziele und -linien wäre ein Küstenrat oder Küstenforum, bestehend aus Vertretern der Verwaltungen und Gebietskörperschaften, der meeresorientierten Wirtschaft, der Wissenschaft, der Umweltverbände und von Bürgergruppen sinnvoll. Ansätze und Überlegungen in diese Richtung gab der am zweiten Tag der Konferenz gehaltene Vortrag von Frank Liebrecht, Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein. Buchholz sprach in diesem Zusammenhang von einer Überprüfung der Land und Meer umgreifenden Planungszuständigkeiten sowie der Schwierigkeit, eine Partizipation auch für die maritime Seite zu erreichen.

Auch zu diesem Thema wurden am zweiten Tag der Veranstaltung unter der Moderation von Prof. Dr. Axel Priebes, Vizepräsident der ARL, vorhandene Ansätze und Beispiele vorgestellt, etwa aus den Niederlanden, die, wie von Emmy Bolsius und Drs. Rob Kragt vom Rijkspannologischen Dienst in Den Haag vorgetragen, ihre Bereiche der Nordsee einschließlich der AWZ als eigenen Planungsraum in ihre Raumplanung einbeziehen und dabei zu neuen, den Besonderheiten des maritimen Raumes angepassten Planungszielen kommen, wie beispielsweise das in der sogenannten „5. Note Raumordnung der Niederlande“ aufgestellte Kriterium des „unverbauten

Horizonts“ zeigt. Hier kommt man zu dem Ergebnis, dass die Nordsee bereits heute als mit Raumansprüchen überfüllt angesehen werden kann und entsprechend eine sparsame Raumnutzung notwendig ist, die der traditionellen Auffassung von der Unendlichkeit und Unerschöpflichkeit der Meere widerspricht.

Des Weiteren machte sich an dem Beispiel der niederländischen Raumordnungsüberlegungen die Frage nach der Reichweite nationaler Raumordnung und -planung fest, wobei insbesondere die Frage nach einer über die seeseitige Nationalgrenze in die AWZ hineinreichende Zuständigkeit diskutiert wurde. Die von Christian Dahlke detailliert dargelegte Praxis der Genehmigung von Windenergieanlagen in der deutschen AWZ verdeutlichte das Bemühen des sich damit befassenden Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), abgestimmte Lösungen zu finden, jedoch auch das Fehlen eines politischen Rahmens für die Verwaltung.

Auch das von Detlef Krüger, Universität Hannover, vorgestellte Beispiel der Verwaltung küstennaher Meeresbereiche bis zur seewärtigen Staatsgrenze unter kommunaler Hoheit in Schweden unterstreicht die mögliche, stark räumliche und weniger sektorale Sichtweise mit partizipatorischer Ausrichtung.

Neben dem hier nur angerissenen Informationsaustausch zwischen den Teilnehmern ist das wesentliche Ergebnis der Konferenz die eingangs erwähnte „Cuxhavener Erklärung“, die sowohl der Information der politischen Ebene als auch als Grundlage für die weitere Arbeit bei der Umsetzung eines integrierten Managements der deutschen Küstenzonen dienen soll. Dabei bildet die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern aus vorangegangenen, hier kurz erwähnten EU-Projekten und deren Fortführung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B eine weitere Basis, um zu mehr Kooperation und zur Bildung von Netzwerken zu gelangen, in denen sich Küstenforen aus Beteiligten und Interessierten austauschen können.

Detlef Krüger

Geographisches Institut der Universität Hannover

Cuxhavener Nachrichten v. 20.6.2001

Ausgleich vieler Interessen

Das Interesse an einer industriellen Nutzung der Küstenzone ist, auch durch die wirtschaftliche Entwicklung nach der Wiedervereinigung und das Zusammenwachsen der europäischen Wirtschaftsregionen, stärker geworden.

Abbau von Rohstoffen, geplante Offshore-Windparks und die Frage einer Tiefwasserhafen-Planung sind nur drei Beispiele dafür. Konflikte mit touristischer Nutzung, dem Seeverkehr und vor allem dem Umweltschutz sind in den Planungsverfahren vorprogrammiert. Um das

Konfliktpotenzial im Vorfeld zu minimieren und zu kooperativen Planungsformen und Entwicklungsstrategien zu kommen, hat die Europäische Kommission das so genannte Integrierte Küstenzonen-Management angeschoben.

Im Rahmen dieser Organisation trafen sich 100 Vertreter beteiligter und betroffener Gruppen aus Politik, Verwaltung und Umweltschutz in den vergangenen zwei Tagen zur so genannten Nordsee-Konferenz in Cuxhaven in der Kurparkhalle.

Ziel der Veranstaltung, an der auch Oberbürgermeister Heyne und weitere Vertreter aus Stadt und Landkreis teilnahmen, war es, bereits vorliegende Empfehlungen für eine integrative räumliche Gesamtplanung zur Diskus-

sion zu stellen.

Deren die dort beschriebenen Planungsziele betreffen die Menschen an der Küste und im küstennahen Hinterland. Beispiel: Tiefwasserhafen und dessen Verkehrsanbindung.

Bei den geplanten Offshore-Windparks sind sowohl Schifffahrt als auch Pflanzen und Tiere im küstennahen Raum betroffen.

Zum Abschluss der Veranstaltung verständigten sich die Teilnehmer nach einer kurzen Diskussion auf die so genannte „Erklärung von Cuxhaven“. Deren Inhalt wird auf Seite 14 der heutigen Ausgabe beschrieben.

Die Umweltschutzorganisation WWF kritisierte anschließend die mangelnde öffentliche Diskussion über dieses wichtige Thema.

Gemeinsame Erklärung zum Küstenzonen-Management

Erklärung von Cuxhaven

Vertreter der Niedersächsischen Landesregierung, Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, Vertreter von Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, von wissenschaftlichen Einrichtungen, Verbänden und Interessenvertretungen haben sich zu der von der Staatskanzlei des Landes Niedersachsen und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hannover) getragenen „Nordsee-Konferenz zum Küstenzonen-Management“ in Cuxhaven versammelt, die Notwendigkeit einer Küsten- und Meeresraumordnung diskutiert und als Ergebnis die „Erklärung von Cuxhaven“ beschlossen.

Aufgrund der Tatsache,

- ▶ dass die Meere und die küstennahen Bereiche an Land und zu Wasser immer intensiver und vielfältiger genutzt werden,
- ▶ dass die Meere und küstennahen Bereiche an Land und Wasser von großer ökologischer Bedeutung sind,
- ▶ dass Teile der Küstenzonen (Watt) als Nationalpark ausgewiesen sind,

sowie getragen von der Erkenntnis,

- ▶ dass Land und Meer in der Küstenzone eine Einheit bilden,
- ▶ dass bei der Nutzung der Meere unbedingt das Prinzip der Nachhaltigkeit und Vorsorge gelten muss, da die Meere für die Lebenserhaltung unersetzlich sind und in globaler Verantwortung gesichert werden müssen,
- ▶ dass die Nutzung der Meere aus sozialen, ökonomischen und ökologischen Gründen zu koordinieren ist und somit den Küstenstaaten Verantwortungen und Aufgaben zuwachsen und
- ▶ dass sektorale Zuständigkeitsregelungen und Kompetenzverteilungen, besonders im maritimen Bereich, eine angemessene Abstimmung der unterschiedlichen Interessen und eine hinreichende politisch-demokratische Mitwirkung der Betroffenen erschweren,

erklären die Teilnehmer der Nordsee-Konferenz zum Küstenzonen-Management:

- (1) Die Küstenzone muss das zum Meer orientierte feste Land einschließlich der vorgelagerten Inseln sowie den maritimen Bereich bis zur Außengrenze der Ausschließlichen Wirtschaftszone umfassen.

- (2) Für eine konsensfähige nachhaltige regionale Entwicklung der Küstenzone müssen Leitziele und Regeln geschaffen werden, die den Besonderheiten des maritimen Bereichs gerecht werden. Die Leitziele und Regeln sind unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten, der Nutz- und Schutzansprüche sowie der nationalen Interessen und unter Einbeziehung des Völkerrechts in Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Umwelt- und Naturschutz sowie Agenda 21-Gruppen zu erarbeiten.

- (3) Auf allen Ebenen von Entwicklung und Planung ist Partizipation (Information, Aufklärung, Bewusstseinsbildung und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Betroffenen und Interessenvertretern) zu den besonderen Aufgabenstellungen in der Küstenzone erforderlich, um die Bereitschaft zu neuen Lösungen und deren gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen.

- (4) Die Leitziele und Regeln müssen durch politisch-demokratische Prozesse legitimiert und weiterentwickelt werden.

- (5) Für die deutsche Küstenzone muss es ein Raumordnungs- und Raumnutzungsmanagement geben, das eine integrierte Gesamtplanung und langfristige Schutz- und Nutzungskoordination umfasst, effiziente Vorhabenabstimmung fördert, kooperative Planungs- und Entscheidungsprozesse ermöglicht und problembezogenes Konfliktmanagement und Risikominimierung unterstützt.

- (6) Die außerordentliche Dynamik des Meeres und seine sowohl für Stoffe und Lebewesen als auch für die internationale Schifffahrt offenen Grenzen erfordern eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Länder und Staaten zur Anpassung von Entwicklungszielen und zu Abstimmungen von Maßnahmen. Dazu gehört auch die gemeinsame Unterstützung und Ausfüllung entsprechender EU-Initiativen.

Juni 2001

Junges Forum

Wohin steuert die Raumplanung?

Vom 20.-22. Juni 2001 fand in Eisenach das 4. Junge Forum der ARL statt; unterstützt vom Förderkreis für Raum- und Umweltforschung, von der Regionalen Planungsgemeinschaft Südthüringen und der Stadt Eisenach. Erstmals lag die Programmgestaltung und Strukturierung der wiederum gelungenen Veranstaltung, die im Rahmen einer Internet-Befragung erarbeitet wurde, weitgehend in der Hand einer Vorbereitungsgruppe aus dem Jungen Forum (Dr. Gunter Bühler, Bayreuth, Corinna Clemens, Sindelfingen, Stephan Löb, Hannover, Dr. Thorsten Wiechmann, Dresden).

ARL-Präsident Dr. Ernst-Hasso Ritter, Meerbusch, Stephan Löb und Dr. Thorsten Wiechmann, Sprecher des Jungen Forums, sowie Gerhard Schneider, Oberbürgermeister der Stadt Eisenach, eröffneten die Tagung. Es folgten zwei Statements zum Thema „Aspekte europäischer Raumordnungspolitik“ (Dr.

Ritter) und „Kostenwahrheit in der Raumplanung“ (ARL-Vizepräsident Prof. Dr. Horst Zimmermann, Marburg).

Danach tagten drei parallele Arbeitsgruppen:

AG 1 „Verhandeln statt planen? Chancen und Grenzen planerischer Verhandlungslösungen im Umgang mit Großinvestoren“ (Moderation: Corinna Clemens, Petra Overwien, Dortmund)

AG 2 „RegionalplanerIn 2030-Zukünftiges Anforderungsprofil, Aufgabenspektrum und Organisationsstrukturen der Regionalplanung“ (Moderation: Stephan Löb, Torsten Wiechmann)

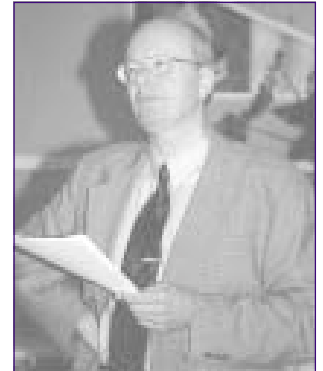
AG 3 „Planung illustrieren: Szenarios, Pläne, Texte als Mittel im Werben um mehr Aufmerksamkeit für die räumliche Planung“ (Moderation: Ansgar Rudolph, Daniela Gorsler, beide Hannover).

Abschlussberichte aus den Arbeitsgruppen gaben: für die AG 1 Simone Strähle, Erfurt, für die AG 2 Knut Henkel, Bochum, Robert Koch, Harburg, Oliver Fuchs, Hannover, und für die AG 3 Christina Simon, Stuttgart, Dirk Engelke, Karlsruhe.

Die Teilnehmer der Veranstaltung sprachen sich in der Abschlussdiskussion (Moderation: Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich) dafür aus, die erfolgreiche Arbeit in diesem Rahmen fortzusetzen. Stephanie Albert, Frankfurt, Torsten Beck, Karlsruhe, Corinna Clemens, Susanne Dahm, Karlsruhe, Dirk Engelke, Thomas Kiwitt, Karlsruhe, und Christina Simon bilden das Vorbereitungsteam für das nächste Treffen des Jungen Forums mit den Themen-Alternativen „Planung in einem zusammenwachsenden Europa“, „Neue Anforderungen an die Raumplanung“ und „Marketing als Beitrag zur Regionalentwicklung“, das im Juni 2002 stattfinden wird.

Die Statements und Berichte des Jungen Forums 2001 werden als Arbeitsmaterial publiziert. Die Veröffentlichung soll zum Zukunftsforum Raumplanung im November in Bonn vorgelegt werden.

Volker Wille,
Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22



Prof. Dr. Horst Zimmermann
Vizepräsident der ARL



v.l.: Dr. Ernst-Hasso Ritter, Präsident der ARL;
Gerhard Schneider, Oberbürgermeister der Stadt Eisenach;
Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Generalsekretär der ARL



Junges Forum - Plenum

Deregulierter Staat - Deregulierte Raumordnung?

Mit diesem Thema befassten sich zwei Seminare, die am 9. und 10. Februar 2001 in Zürich und am 16./17. Juni 2001 in Hannover als Kooperationsprojekte gemeinsam von der ARL und dem ORL-Institut der ETH Zürich durchgeführt wurden. Neben einem festen Kern von Beteiligten (Prof. Arthur Benz, Hagen, Prof. Dietrich Fürst, Hannover, Dr. Evelyn Gustedt, Hannover, Prof. Hubert Job, München, Dipl. Ing. Jochen Monstadt, Erkner, Rechtsanwalt Frank Reitzig, Berlin, Prof. Hans Flückiger, Zürich, ARL-Präsident Dr. Ernst-Hasso Ritter, Meerbusch, Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Hannover, Prof. Alain Thierstein, Zürich, Dr. Fritz Wegelin, Bern) nahmen weitere Experten teil: in Zürich Vizedirektor Hans-Ulrich Berger, Schweizerisches Bundesamt für Verkehr, Dr. Christian Gabathuler, Amt für Raumordnung und Vermessung, Kanton Zürich, Rudolf Muggli, Vereinigung für Landesplanung, Rudolf Schiess, Staatssekretariat für Wirtschaft, Pierre Strittmatter, Strittmatter und Partner, beratende Raumplaner AG, Dipl. Kult.-Ing. Reto Lorenzi, Amt für Verkehr, Kanton Zürich, Dipl. Ing. Christian Kruse, ETH Zürich, Dipl. Ing. Christof Abegg, ETH Zürich; in Hannover: MinDgt. Holger Binnewies, Abteilungsleiter der Nds. Staatskanzlei - Landesplanung.

Ausgangsthese des Seminars in Zürich war: In einem globalisierten Umfeld hat die Bedeutung des Staates als „Anbieter“ einer effizienten Rahmenordnung und einer leistungsfähigen Infrastruktur zugenommen (Prof. H. Hauser).

Welche Verantwortung muss und kann die nationale Raumordnungspolitik in diesem Kontext wahrnehmen?

Als unabdingbare Voraussetzung benötigen raumordnungspolitische Bestrebungen ein solides „Fundament“ an demokratisch legitimierten Visionen und Zielvorstellungen räumlicher Entwicklung. Die explizite oder implizite Formulierung solcher Vorstellungen wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst: die unterschiedlichen Wahrnehmungen von Raum, die divergierenden Ansichten zur (staatlichen) Verantwortung für den Raum oder die Visionsfähigkeit der einzelnen Akteure.

Nur auf der Basis solcher Zielvorstellungen kann eine Diskussion über die Beeinflussbarkeit der räumlichen Entwicklung ansetzen. Die Steuerung räumlicher Prozesse wirft Fragen nach den Kompetenzen und Möglichkeiten der einzelnen Akteure, aber auch den dazu erforderlichen Instrumenten auf. Eine isolierte Betrachtung würde jedoch zu kurz greifen, sind doch die räumlichen Veränderungen nur in einem weiteren sozio-ökonomischen Systemkontext zu begreifen.

Die technologische Dynamik und die wirtschaftlichen „Zwänge“ werden immer wieder als zentrale Einflussfaktoren genannt, die entscheidend zur rasanten Veränderung der Rahmenbedingungen beitragen. Insbesondere bei den wirtschaftlichen Faktoren ist umstritten, inwieweit die Zwänge der wirtschaftspolitischen Öffnung und marktwirtschaftlicher Refor-

men exogen an das politische System herangetragen und/oder endogen beeinflussbar sind. Im Infrastrukturbereich tritt die Problematik staatlicher Handlungsmöglichkeiten noch akzentuierter auf. Viele Netzinfrastrukturbereiche stellen öffentliche Güter dar, deren Angebote nur unter staatlicher Leitung oder zumindest öffentlicher Regulierung effizient und im Sinne des Gemeinwohls erstellt und betrieben werden können.

Auch aus Sicht des Individuums geraten zwei Ansprüche in Widerspruch zueinander. Als Nutzer bzw. Konsument von Gütern oder Dienstleistungen steht das Effizienzkriterium an erster Stelle. Doch aus der Summe der individuellen Präferenzen resultiert nicht immer ein Optimum im Sinne des Gemeinwohls. Viele Handlungen des Einzelnen führen zu externen Kosten, die von der Allgemeinheit übernommen werden müssen. Aus Sicht der Akteure besteht gerade in der Koordination verschiedener Ansprüche, die allein aufgrund marktwirtschaftlicher Logik nicht oder nur unzureichend abgestimmt werden, eine der Hauptaufgaben der Raumordnung. Dazu ist jedoch eine verbesserte sektorale und vertikale Koordination der verschiedenen Akteure unabdingbar. An dieser Stelle spielt auch der Kontext des politischen Systems eine entscheidende Rolle. Die Ausgestaltung des demokratischen Prozesses bestimmt, in welcher Form das „Allgemeininteresse“ eingebracht werden kann. Gerade in diesem Punkt sind in der Schweiz mit den Instrumenten der direkten Demokratie (Gesetzesreferendum und Verfassungsinitiative auf Bundes- und Kantonsebene, Finanzreferendum in vielen Kantonen und Kommunen) gegenüber Deutschland zusätzliche Möglichkeiten vorhanden.

Weiterführende Überlegungen aus der Diskussion in Zürich lassen sich wie folgt skizzieren:

Wirtschaftliche Effizienz und Wettbewerbsneutralität mit gleichzeitiger Sicherung des „Service Public“ können nur durch verzerrungsfreie Rahmenbedingungen des Staates erreicht werden, z.B. in der Netzinfrastuktur:

- Netz, Ausbau und Qualität durch unabhängige Trägerschaft, Preis der Nutzung entsprechend der erwünschten Nutzung räumlich differenziert
- Betrieb durch Wettbewerber - nachfrageorientiert - und ohne Einwirkung auf operative Aufgaben und Kostenstrukturen
- Fehlende Angebote können vom Staat z.B. aus regionalpolitischen Überlegungen zu Marktpreisen nachgefragt werden.

Raumordnung muss die öffentlichen Aufgabenträger in die Lage versetzen, die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen:

- Erarbeitung von demokratisch legitimierten Zielvorstellungen der räumlichen Entwicklung

- Erfassung der räumlichen Veränderungen durch gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Entwicklungen (Monitoring)
- Bereitstellung der nötigen Instrumente und Verfahren der Planung und Abstimmung
- Vornahme der notwendigen planerischen Festlegungen
- Mitwirkung in der Begründung und Ausschreibung von infrastrukturellen Leistungen, die nicht vom Markt erbracht werden

Die Raumordnung hat neue Aufgaben zu erfüllen, die sie auch deutlich kommunizieren muss.

Dabei gilt es aber auch, sich von Zielen und Aufgaben zu verabschieden, die unter heutigen Bedingungen nicht - oder nicht mehr - erfüllbar sind.

Die Diskussion in Hannover führte zu den nachfolgend dargelegten, ergänzenden Erkenntnissen:

Region - Territorialitätsprinzip versus Funktionalitätsprinzip

Ohne dass Region eindeutig zu definieren ist, wird ihr die Besonderheit zugesprochen, auf Grund ihrer Größenordnung eine höhere Handlungsflexibilität zuzulassen. Zumindest in Deutschland ist die Regionsebene am schwächsten institutionalisiert und öffnet deshalb am leichtesten die Möglichkeiten der „Flucht aus den Institutionen“, um neue Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Funktionale Zuschnitte einer Region - im Gegensatz zum administrativen Zuschnitt - ermöglichen gerade ökonomischen Akteuren eine sinnvollere Vernetzung. Die Regionsebene wird vorwiegend wegen ökonomischer Vorteile gewählt, was zur Folge hat, dass dann primär ökonomische Themen behandelt werden, also in ökonomischen Verflechtungsräumen unter Aufhebung der Raumbindung gedacht wird. Die Verlagerung von einer territorialen zu einer funktionalen Kooperation führt insofern auch zu einer Reduzierung von Steuerungsmacht seitens der noch territorial handelnden Raumordnung.

Regional Governance als funktionales Konzept

Regional Governance wird verstanden als eine Koordinations-Modalität, die zwischen Politik, Wirtschaft und ziviler Gesellschaft angesiedelt ist und die die gesellschaftlichen Selbststeuerungspotentiale erweitern kann, indem Akteure mobilisiert werden und problemorientiert gesteuert wird. Dem steht entgegen, dass sie Entscheidungen durch Eliten ebenso unterstützt wie Institutionenflucht und sie darüber hinaus von der Region als funktionales Gebilde ausgeht.

Legitimierung versus Demokratiedefizit

Die Tatsache, dass Entscheidungen, die für die Entwicklung des Raumes bedeutsam sind, mehr und mehr in private oder verselbständigte Organisationen verlagert werden, verändert die Bedingungen der raumordnungspolitischen Steuerung. Es bedarf daher einer Prozessorganisation, die Transparenz und die Akzeptanz der Bürger gewährleistet und so Vorhaben legitimiert. Dies wird umso problematischer, je schneller und flexibler Entscheidungsprozesse ablaufen.

Eine demokratische Grundlegung von Planungsprozessen ist zu überdenken, um den Bürgern die Chance zur Mitbestim-

mung zu erhalten und ihnen Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen. Hinsichtlich einer funktionalen Willensbildung - analog zu funktionalen Regionen und funktional getroffenen Entscheidungen - mangelt es an juristischen Grundlagen, die eine demokratische Legitimation herbeiführen können. Wenn demokratische Kontrolle im klassischen Sinne nicht mehr greift, stellt sich die Frage nach gesellschaftlich anerkannten Kontrollformen über den Prozess der Entscheidungsvorbereitung.

Liberalisierung und Privatisierung

Liberalisierung geht mit einer Schwächung von Rechtsnormen gegenüber dem Gemeinwohl einher, Privatisierung entbindet die staatlichen Institutionen von bisher öffentlich-rechtlichen Aufgaben. Die wesentliche Konsequenz daraus liegt darin, dass Infrastrukturleistungen nicht mehr in die ausschließliche Kompetenz der staatlichen Fachpolitik fallen, sondern von verselbständigten (in der Regeln privaten) Organisationen erbracht werden. Diese unterliegen den Spielregeln des Marktes, d.h. sie müssen sich in der Konkurrenz um die Durchsetzung des effizientesten Angebots behaupten. Sie unterliegen also Marktfunktionszwängen und erfordern einen erhöhten Regulierungsaufwand.

Regulierungsbehörden verfügen in der Regel nicht über hinreichende Koordinierungsinstrumente zur Wahrung gemeinwohlorientierter Belange. Staatliche Fachpolitiken unterliegen dagegen der Verpflichtung, die in Gesetzen definierten Gemeinwohlbelange zu verwirklichen, wozu grundsätzlich auch die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gehören. Feststellbar ist jedoch, dass im Markt Belange der Raumordnung ignoriert werden, sie sich aber als Folge des „Marktversagens“ (insbesondere: Vernachlässigung sozialer Kosten der Verdichtung, des Flächenverbrauchs, der Umweltbelastung, der regionalen Disparitäten etc.) zeigen.

Die Raumordnung muss klarer ihre „Marktnischen“ identifizieren (Plan-Marketing) und gezielter ausschöpfen. Denn behördliches Handeln wird über „Produkte“ fragmentiert und erhöht folglich den Bedarf an Querkoordination im Raum. Dieser wird von konkurrierenden Anbietern befriedigt.

Es ist zu hinterfragen, welche Kollektivgüter (Produkte) die Raumordnung derzeit produziert und welche zukünftig produziert werden müssen. Die Organisation von Interdependenzen und „place-making“ im Sinne von Standortorganisation im gesamtregionalen Gefüge werden diesbezüglich genannt. Es sind daran weitere Akteure zu beteiligen, die Kollektivgüter noch als alleiniges Problem der öffentlichen Hand wahrnehmen.

Gesellschaftliche Belange benötigen ein integrierendes Forum. Die Raumordnung kann dies bieten, wenn ihre Entwicklungsfunktion gestärkt wird. Selbst dazu beitragen kann sie durch evolutorische Konzepte, in die sowohl territorial wie funktional gebundene Akteure einzubeziehen sind.

Verfahren der Bürgerbeteiligung in der Raumordnung können die Legitimation von Entscheidungen stärken. Diese wird in der Regel dann erreicht, wenn Probleme seitens der Bürger als gelöst betrachtet werden. Die Nutzung des Internet zur Problembehandlung wie auch zum Aufzeigen von Problemlösungen sollte diesbezüglich stärker als bisher in Betracht gezogen werden.

Dies kann darüber hinaus zu einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit und Unterstützung für die Ziele der Raumordnung führen, so dass damit ihre Belange auch ohne Zwang und Anreize gegenüber Unternehmen durchsetzbar würden. Die Doppelrolle von Bürgern als Teilnehmer an öffentlichen Prozessen wie als Kunden von Unternehmen kann der Raumordnung zum Vorteil gereichen, wenn es ihr gelingt, die Bürger für ihre Anliegen zu mobilisieren. Die Aufstellung abstrakter Pläne und Programme ist hier weniger zielführend als die Bearbeitung konkreter Probleme oder Projekte.

Die beiden Seminare waren weitere Bausteine der langjährigen und erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen ARL und ORL. Sie haben ein Bündel weiterführender Ergebnisse erbracht, die von den Projektpartnern gemeinsam ausgewertet werden. ARL und ORL werden hierauf aufbauend die Kooperation fortsetzen.

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 29

Workshop

GIS in der Regionalplanung

Am 5. und 6. Juni 2001 fand in Hannover ein Workshop mit ca. 90 Teilnehmern zum Thema „GIS in der Regionalplanung“ statt, den der Kommunalverband Großraum Hannover (KGH) und die ARL unter Beteiligung des Instituts für Landesplanung und Raumforschung der Universität Hannover, des Thüringer Landesverwaltungsamtes und des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar gemeinsam durchführten.

GIS-Technik wird mehr und mehr als Arbeitsinstrument auch auf der regionalplanerischen Ebene verwendet. Deshalb besteht ein aktueller Bedarf an Erfahrungsaustausch und Informationen über Programme, Kosten und Vorgehensweisen beim Aufbau eines arbeitsfähigen GIS, evtl. auch im Rahmen einer zukünftigen GIS-Diskussionsplattform.

Nach der Begrüßung durch Prof. Dr. Axel Priebs, KGH Hannover und Vizepräsident der ARL, standen Referate in vier thematischen Blöcken auf der Tagesordnung:

- I. GIS als Planungswerkzeug, heute und morgen
(Moderation: Prof. Dr. Axel Priebs)
 - Prof. Dr. Klaus Greve, Universität Bonn
 - Rüdiger Thomas, Regionaler Planungsverband Westsachsen
- II. Raumbezogene Basisdaten (Moderation: Rolf Rothe)
 - Dr. Andreas Illert, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
 - Dr. Reinhard Zöltz-Möller, Universität Greifswald
 - Dr. Frank Scholles, Universität Hannover
- III. A) GIS-Einführung - Auswahlkriterien und Kosten
(Moderation: Dr. Volker Wille)
 - Astrid Habener / Wolfgang Müller, Regierungspräsidium Gießen
 - Michael Fuchs, Verband Region Stuttgart
- III. B) Anwenderfragen (Moderation: Dr. Claus Peinemann)
 - Klaus Peter Wotke, Landesvermessung + Geobasisinformation Niedersachsen

- Helga Gügel, KGH
- Dr. Norbert Riether, UVF
- Jürgen Schopp, Verband Region Stuttgart

IV. Kooperation und Dienstleistung (Moderation: Dr. Frank Scholles)

- Armin Dittmann, Regierung von Unterfranken
- Christoph Konrad, Regionalverband Nordschwarzwald
- Torsten Naubert, Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming.

Die Diskussionen beleuchteten viele Aspekte des GIS-Einsatzes, zeigten die Heterogenität der Ansätze und Vorgehensweisen, Abhängigkeiten von Marktführern oder Datenlieferanten (ATKIS), verwiesen auf die Schnittstellenproblematik, die Dynamik, das Prozesshafte in der Technik und eröffneten Perspektiven, die auf offenere und aufgabenspezifischere Lösungen zielen.

Die ARL veröffentlicht die Referate des Workshops in der Reihe der Arbeitsmaterialien.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22

Wissenschaftliche Plenarsitzung 2002

Nachhaltige Raumentwicklung – mehr als eine Worthülse?

(Arbeitstitel)

Die Wissenschaftliche Plenarsitzung der ARL im Jahr 2002 findet am 25./26. April in Potsdam statt. Die Tagung ist von ihrem Selbstverständnis her eingefügt in die wissenschaftliche Vorbereitung der Weltkonferenz der Vereinten Nationen, die 2002 in Johannesburg stattfindet und die Folgekonferenz des „Erdgipfels“ 1992 in Rio de Janeiro darstellt.

Mit der Tagung soll eine kritische Standortbestimmung vorgenommen werden. Denn die Erfahrung lehrt, dass der bloße Hinweis auf das Erfordernis der Nachhaltigkeit wenig konkrete Resonanz erzeugt. Die Struktur der Tagung ist bewusst auf die Erhellung jeweiliger Pro- und Kontrapositionen ausgerichtet. Diese betreffen drei Themenbereiche, zu denen Grundsatzvorträge aus Sicht der Forschungspolitik der Bundesregierung, aus Sicht der ARL-Forschung und aus globaler Sicht vorgesehen sind:

1. Flächenverbrauch ohne Ende - Wie sollten und wie möchten Bürger wohnen und Unternehmen wirtschaften?
2. Bevölkerungsrückgang und Zuwanderung - planen wir an den Realitäten vorbei?
3. Verkehr – soll er uns oder sollen wir ihn ersticken?

Insgesamt sollen mit der Tagung im Hinblick auf die räumlichen Dimensionen von Nachhaltigkeit weitere wichtige Erkenntnisbausteine zusammengetragen und eine für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Nachbarländer wegweisende Diskussionsplattform zur Verfügung gestellt werden.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 28

Planungsbegriffe in Europa



- Deutsch-Polnisches
- Deutsch-Schwedisches
- Schwedisch-Polnisches Handbuch der Planungsbegriffe erschienen

Seit 1998 ist die ARL Projektkoordinatorin des INTER-REG II C Ostseeraum-Projekts „The Baltic Manual: Sharing Expertise in Spatial Planning“.

Das deutsch-schwedisch-polnische Gemeinschaftsprojekt konnte kürzlich mit dem Erscheinen dreier neuer Handbücher der Planungsbegriffe erfolgreich abgeschlossen werden. Daneben erfolgte eine englische Übersetzung des deutschen Teils der Handbücher. Das Polnisch-Schwedische Handbuch der Planungsbegriffe ist in der Reihe „Reports“ des schwedischen Projektpartners Nordregio erschienen. Die beiden Handbücher mit deutschen Anteilen ergänzen die bekannte ARL-Reihe „Planungsbegriffe in Europa“ und sind über den Vertrieb der ARL als Buch und als CD-ROM erhältlich. Das Deutsch-Polnische Handbuch kann auf der Homepage der ARL, das Deutsch-Schwedische Handbuch auf der Homepage von Nordregio (www.nordregio.se) eingesehen werden.

Raumordnungspläne unter neuen Anforderungen von Umweltschutz und Eigentumsgarantie

ARL-Arbeitsmaterial; Hannover 2001, Nr. 278, 82 S.,
ISBN 3-88838-678-0

Das Raumordnungsgesetz von 1998 sowie die EU-Richtlinien "FFH-Richtlinie" und "Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme" fördern das Prinzip der Nachhaltigkeit. Dies wirkt sich auf die Leitvorstellungen und auf die Pläne und Programme der Raumordnung aus. Sie müssen raumordnerische Leitvorstellungen nachhaltiger Raumentwicklung umsetzen und dafür die materiellrechtlichen und verfahrensrechtlichen Ausführungsregelungen schaffen.

Dabei zeigt sich, dass der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklungen eine völkerrechtliche, eine europäische und eine nationale Verankerung hat. Von Belang sind die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, Schutz und Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, Schaffung von Standortvoraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung und das langfristige Offenhalten von Gestaltungsmöglichkeiten.

Zugleich nimmt die rechtliche Bedeutung der Inhalte von Raumordnungsplänen für Privatpersonen aufgrund der Gesetzesänderungen zu. Raumordnungsziele können für den ihren Bindungswirkungen unterliegenden Grundstückseigentümer erhebliche Nutzungsbeschränkungen zur Folge haben.

Schon bei der Festlegung von Vorranggebieten muss den Eigentumsbelangen Rechnung getragen werden. Bei der raumordnerischen Abwägung sind konkrete standortbezogene Eigentümerbelange zu berücksichtigen. Damit kann zunehmend mit gerichtlichen Überprüfungen von Raumordnungsplänen gerechnet werden. Das gemäß Art. 14 GG gewährleistete Eigentumsgrundrecht wird durch die inhaltliche Plangestaltung betroffen und eröffnet Fragen der Entschädigung, der planerischen Abwägung (Transparenz), der Eigentümerbeteiligung an der Planung sowie des Rechtsschutzes.

Inhalt

Walter Frenz	Nachhaltige Raumentwicklung nach dem Raumordnungsgesetz 1998
Hans-Walter Louis	Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Erhaltungsziele oder Schutzzwecke der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Vogelschutzrichtlinie bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen

Christian Jacoby	Umweltprüfung bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen aufgrund der Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme
Reinhard Hendler	Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums durch Raumordnung
Margarete Spiecker	Eigentumsbelange bei der raumordnerischen Standortzuweisung und beim raumordnerischen Standortausschluss von Vorhaben
Ingo Schmidt	Eigentumsbelange bei der raumordnerischen Steuerung privilegierter Außenbereichsvorhaben, insbesondere von Vorhaben zur Nutzung der Wind- und Wasserenergie

Strukturwandel in Bergbaufolgelandschaften

Strategien für eine nachhaltige Entwicklung

ARL-Arbeitsmaterial, Hannover 2001, Nr. 279, 112 S., ISBN 3-88838-679-9

Der sächsisch-thüringische Grenzraum ist besonders von den typischen Entwicklungsproblemen von Bergbaufolgelandschaften geprägt. Dazu zählen nicht nur die alten Braunkohlegruben und die Anlagen zur Weiterverwertung der geförderten Braunkohle, sondern auch die Hinterlassenschaften der Uranförderung durch die ehemalige Wismut AG.

Für die Landes- und Regionalplanung in beiden Ländern ist daher die Sanierung und die Entwicklung dieser Flächen in den betroffenen Regionen eine prioritäre, grenzüberschreitende Aufgabe. Dementsprechend werden für den damit notwendigen Strukturwandel Strategien entwickelt, die Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung für diese Regionen öffnen sollen.

Dieser Problematik war die gemeinsame Regionalplanertagung für Sachsen und Thüringen am 15./16. Juni 2000 in Altenburg gewidmet, deren Hauptvorträge in diesem Band wiedergegeben werden.

Inhalt

Stephan Illert	Begrüßung und Einführung
Forum 1:	„Strukturwandel im sächsisch-thüringischen Grenzraum - Anforderungen und Ziele bei der Sanierung von Bergbaufolgelandschaften“
Arnd Winkelbrandt	Anforderungen und Ziele des Naturschutzes bei der Sanierung von Bergbaufolgelandschaften
Reiner Schubert	Anforderungen und Ziele bei der Sanierung von Bergbaufolgelandschaften aus der Sicht des Bergamtes Gera
Friedrich Wilhelm Thie	Eine Region im Wandel - Revitalisierung der Uranerzbergbaufolgelandschaft Ostthüringen

Rudolf Lehmann	Anforderungen und Ziele der LMBV bei der Sanierung von Bergbaufolgelandschaften
Peter Jantsch	Anforderungen und Ziele des Sächsischen Staatsministeriums des Innern bei der Sanierung von Bergbaufolgelandschaften
Forum 2:	„Strukturwandel im sächsisch-thüringischen Grenzraum - Instrumente und Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der Bergbaufolgelandschaften“
Burkhard List	Strukturwandel im sächsisch-thüringischen Grenzraum - Instrumente und Strategien des Freistaates Thüringen für eine nachhaltige Entwicklung der Bergbaufolgelandschaften
Sigrun Kabisch	Lebensqualität in revitalisierten Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft
Thomas Worms	Empfehlungen des Projektbeirates zur Landschaftsgestaltung der Wismutregion Ostthüringen
Hans Schmigalla	Informelle Instrumentarien bei der Entwicklung der Wismut-Region Ostthüringen - Einige Erfahrungen

Neue Aufgaben in den deutschen Küstenzonen

Gedanken über die Weiterentwicklung der räumlichen Planung an Nord- und Ostsee

ARL-Arbeitsmaterial, Hannover 2001, Nr. 280, 52 S., ISBN 3-88838-680-2

Die Nutzungen der küstennahen Meereszonen entwickeln sich immer schneller. In einem anfangs kaum bemerkten, gegenwärtig aber ganz deutlich werdenden Prozess wurden die „klassischen“ Nutzungen (Schifffahrt, Fischfang, Tourismus) ständig intensiviert, neue Nutzungen sind hinzugetreten, z. B. Prospektion und Förderung von Erdöl und Erdgas, Transportleitungen für diese Produkte, Glasfaserkabel für Telekommunikation, Stromkabel zum Transport elektrischer Energie, Versorgungsleitungen (Wasser, Abwasser, Gas, Strom, Telefon) zwischen Festland und Inseln, Abbau von Sanden, Sandvorspülungen zum Küstenschutz, Verklappung von Schlick aus Fahrrinnen und Häfen, militärische Übungsgebiete, Nationalparke und Naturschutzgebiete und Offshore-Windenergieanlagen. Und es wird weitergehen mit submarinen Turbinen zur Stromerzeugung aus Gezeitenströmungen, Marikulturen, möglicherweise Mülldeponien, künstlichen Inseln für Fabriken (z. B. Elektrolyse zur Gewinnung von Wasserstoff oder im Meer enthaltenen Elementen), Flughäfen und touristische Nutzungen. Abwägungen zwischen den unterschiedlichen Meeresnutzungen werden nötig. Das Meer hat seine vermeintliche Unendlichkeit und Unerschöpflichkeit längst verloren, besonders in den küstennahen Bereichen von Randmeeren, die, wie bei Nordsee und Ostsee, von wirtschaftlich sehr aktiven Staaten umgeben sind.

Die Arbeitsgruppe „Küsten- und Meeresraumordnung“ der Landesarbeitsgemeinschaft für die nordwestdeutschen Länder der ARL legt mit diesem Band in bewusst kompakter Form gemeinsam diskutierte Fallbeispiele aus der unmittelbaren Arbeitserfahrung im Küsten- und Meeresraum vor. Sie will damit über die wachsenden Nutzungskonkurrenzen und -konflikte, den Abwägungsbedarf im Meer, über die Anforderungen an Inhalte, Konzepte, Verfahren und Strukturen der räumlichen Planung im Meer und über das Fehlen eines systematischen Struktur- und Nutzungsinventars der Meeresbereiche informieren. Es soll das Problembewusstsein für diese Zusammenhänge gestärkt und eine politische Diskussion angeregt werden mit dem Ziel, die Meereszonen in die deutschen Raumplanungssysteme zu integrieren.

Inhalt

- I. Entspricht die öffentliche Verwaltung in den deutschen Küstenzonen den Anforderungen der Gegenwart?
- II. Die Schwächen der norddeutschen Raumordnungspläne im maritimen Bereich
- III. Die Erschwernis der Erforschung und Förderung von Bodenschätzen durch andere stationäre Meeresnutzungen
- IV. Fehlende Raumordnung in der Ausschließlichen Wirtschaftszone. Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen
- V. Vorrangstandorte für die Unterbringung von Baggergut aus Seeschiffahrtsstraßen und Seehäfen
- VI. Leitungskorridore in Raumordnungsplänen?
- VII. Der Bau und Ausbau von Seehäfen erfordert Raumplanung im Land- und im Wasserbereich
- VIII. Schiffsverkehr und stationäre Meeresnutzungen vor der niedersächsischen Küste
- IX. Raumplanungsbedarf für die Küstenzone des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Fernerkundung durch Satelliten- und Flugzeugaufnahmen für die Raumordnung

*ARL-Arbeitsmaterial, Hannover 2001, Nr. 281, 70 S.
ISBN 3-88838-681-0*

Die Fernerkundung bietet ein breites Spektrum an flächenbezogenen Daten, die für die räumliche Planung wichtige Informationsquellen darstellen. Der technische Fortschritt in der Sensortechnik und bei der elektronischen Bildverarbeitung geht weiter. Daher bedarf es neuer Antworten auf Fragen über den Nutzen von Satellitendaten der neuesten Generation. Beispielhaft ist zu prüfen, wie die räumlichen Informationen aus der Fernerkundung vorgehalten und wie sie praktisch verwendet werden können. Die Möglichkeiten der Einbindung von Fernerkundungsdaten in bestehende EDV-Systeme gilt es stärker zu favorisieren.

Beschrieben werden die wichtigsten Parameter der verfügbaren Sensoren und deren Bedeutung für die Praxis. Verschiedene Anwendungsbeispiele hochauflösender Systeme werden vorgestellt. Ein Vorzug der Fernerkundungsdaten ist die Möglichkeit, große geschlossene räumliche Einheiten zu erfassen und somit vergleichbare Grundlagen zu erarbeiten. Verwiesen wird auf praktikable Handhabung der riesigen

Datenmengen. Auf Nutzererfahrungen bei der Verwendung von Bilddaten für das digitale Raumordnungskataster oder das Ableiten von Stadtstrukturen wird eingegangen. Des Weiteren werden Rolle und Aufgabe der Landesvermessung in Bayern vorgestellt.

Inhalt

Axel Relin Andreas Lippert	Satellitendaten der neuesten Generation - was darf die Raumplanung erwarten?
Manfred Keil	Ausgewählte Beispiele der Nutzung hochauflösender Fernerkundungsdaten für die Raumplanung und Landnutzungskartierung
Gotthard Meinel	Erstellung landesweiter IRS-1C-Satellitenbildmosaiken und ihre Anwendung in der räumlichen Planung
Peter Reiß	Bereitstellung räumlicher Informationen für die Raumplanung - Stand und Entwicklungen aus der Sicht der Landesvermessung
Toni Breuer Carsten Jürgens	Bemerkungen zum Einsatz von getragenen Fernerkundungsverfahren in Raumordnung und Landesplanung

Pilotstudie

Zur Steuerungswirksamkeit des Zentrale-Orte-Konzeptes

Ein zentraler Aspekt bei allen Überlegungen zur Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzeptes ist die Frage nach der Steuerungswirksamkeit zentralörtlicher Festlegungen, denn Bemühungen um eine Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzeptes sind nur dann sinnvoll, wenn von einer Wirksamkeit der Einstufung von Städten und Gemeinden in die zentralörtliche Hierarchie ausgegangen werden kann.

Die als Pilotstudie konzipierte Untersuchung, die das Ergebnis eines ARL-Forschungsauftrages an den Lehrstuhl für Raumordnung am Institut für Geographie der Technischen Universität Dresden (Projektleitung: Privatdozent Dr. Rainer Danielzyk, Mitarbeit: Dipl.-Ing. Robert Koch) darstellt, basiert im Wesentlichen auf Expertengesprächen mit Landes- und Regionalplanern sowie Experten anderer Ressorts in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen, um Erkenntnisse über die Steuerungswirksamkeit des Zentrale-Orte-Konzeptes zu gewinnen.

Die Untersuchung ist auf der Homepage der ARL als Download verfügbar. Wenige Exemplare sind auch im Sekretariat der ARL erhältlich. Eine Zusammenfassung wird im Abschlussbericht des Ad-hoc-Arbeitskreises „Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzeptes“, der als Forschungs- und Sitzungsbericht der ARL erscheinen wird, enthalten sein (siehe auch unter der Rubrik ARL-Forschung).

Olaf Gruppe, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 49

Gespräch der ARL-Leitung mit den LAG-Leitern

Am 13.06.2001 fand in Kassel ein Gespräch zwischen der ARL-Leitung und den Leitern sämtlicher Landesarbeitsgemeinschaften statt. Zweck der Unterredung war es, durch einen wechselseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch Transparenz herzustellen und damit Möglichkeiten einer Abstimmung einzelner Vorhaben bei Bedarf zu schaffen. Im Vorfeld hatten dazu alle Teilnehmer einen komprimierten Überblick zu aktuellen und zu beabsichtigten Aktivitäten jeder LAG erhalten.

Neben Fragen nach Inhalten und Arbeitsschwerpunkten war es ein wichtiger Zweck des Treffens, gemeinsam interessierende Fragen zur spezifischen Situation und Arbeitsweise der LAGen zu erörtern. Dies gilt beispielsweise für die bisherigen Erfahrungen mit der neuen Geschäftsordnung, die inzwischen in allen Landesarbeitsgemeinschaften umgesetzt worden ist. Die anwesenden Vertreter der LAGen berichteten ausnahmslos von positiven Erfahrungen und bestätigten insbesondere die angestrebten Ziele einer Erhöhung der Flexibilität, der Einbindung jüngerer MitarbeiterInnen, einer Erhöhung des Frauenanteils und nicht zuletzt generell der Förderung des Engagements der Mitglieder. Das gilt auch für die Einrichtung der Lenkungsgruppe, die schon nach den ersten Erfahrungen eine umfassendere Sichtweise und damit mehr Sicherheit bei anstehenden Entscheidungen bewirkt.

Weiterhin wurden Fragen der Außenwirksamkeit, der Beratung von Politik und Verwaltung, der Arbeitsformen und des Transfers der ARL-Ergebnisse angesprochen. Hierzu gehört auch das Bestreben der ARL, aus der Akademiearbeit heraus zunehmend Aufsätze in referierten Zeitschriften zu publizieren. Die Möglichkeiten, in die allgemeine Öffentlichkeit hinein

zu wirken, wurden ambivalent eingeschätzt. Gleichwohl gab es weitgehend Übereinstimmung, dass bei passenden Gelegenheiten (das betrifft die Inhalte ebenso wie die Tagungsorte und die Beteiligten) beispielsweise Pressegespräche ein durchaus geeignetes Mittel sein können, um in Richtung von Politik und Verwaltung zu wirken. Auf Bundesebene geschieht dies bereits seit längerem zwischen Akademieleitung und dem für Raumordnung zuständigen Ausschuss des Bundestages.

In inhaltlicher Hinsicht galt dem Themenfeld „Nachhaltigkeit“ ein besonderes Augenmerk. Hierzu hatte die Akademie bekanntlich seit längerem einen Forschungsschwerpunkt eingerichtet, aus dem heraus bereits eine Reihe von Ergebnissen erarbeitet worden war. Im Rahmen eines Expertenkolloquiums waren diese Ergebnisse gewürdigt und die Anregung an das Präsidium hergetragen worden, eine Art generellen Forschungsleitfaden für die Akademie zu erarbeiten. Dieser könne bei den verschiedenen Arbeitsvorhaben zur kritischen Reflexion der jeweiligen Bezüge zur nachhaltigen Raumentwicklung hilfreich sein. Der Entwurf für einen solchen Forschungsleitfaden war zwischenzeitlich von einer kleinen Arbeitsgruppe vorgelegt und an die LAG-Leitungen versandt worden. Die kritische Diskussion des Entwurfs soll innerhalb der ARL fortgesetzt werden.

Weitere Beratungspunkte waren die Kooperation auf LAG-Ebene (z.B. Regionalplanertagungen) sowie Fragen der europäischen Raumentwicklung und deren Konsequenzen für die LAG-Arbeit.

Es wurde vereinbart, ein derartiges Treffen einmal im Jahr durchzuführen. Für das nächste Jahr ist eine entsprechende Zusammenkunft grundsätzlich bereits fest vorgesehen.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 28



v.l.: Prof. Dr. Richard Bartlspenger, Dr. Ernst-Hasso Ritter, Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich

Personalien

Der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat den Präsidenten der ARL, Dr. **Ernst-Hasso Ritter**, als ständigen Gast des Beirats für Raumordnung in der 14. Legislaturperiode berufen, um die Beratungsfunktion des Beirats zu stärken, der Beiratsarbeit weiterführende Impulse zu geben und die gute Zusammenarbeit zwischen der ARL und dem Bundesministerium zu intensivieren.



Am 3. September 2001 wurde mit der konstituierenden Sitzung das Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover gegründet (siehe den Bericht in diesem Heft). Die Mitgliederversammlung wählte den Generalsekretär der ARL, Prof. Dr.-Ing. **Dietmar Scholich**, zum Vorstandsvorsitzenden. Weitere Vorstandsmitglieder sind KM Prof. Dr. **Barbara Zibell**, Universität Hannover, und KM Dr.-Ing. **Jörg Knieling**, KoRiS GbR.



OM Prof. Dr. **Hans Flückiger**, ORL-Institut der ETH Zürich, wird zum Ende September d. J. emeritiert.



In der Mitgliederversammlung der Wissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens (WIG) e.V., Hannover, ist OM Prof. Dr. **Dietrich Fürst**, Universität Hannover, zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt worden. ARL-Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. **Dietmar Scholich** wurde in den Beirat der WIG berufen.



OM Prof. Dr. **Klaus Wolf**, Universität Frankfurt a. M., wurde von der Hessischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst in den erstmals beim Ministerium eingerichteten Wissenschaftlichen Beirat für geschichtliche Landeskunde in Hessen berufen.



OM Senatsdirigent **Julian Wékel**, Leiter der Abt. Stadt- und Freiraumplanung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin, wechselt zum 1. Oktober 2001 für 3 Jahre nach Darmstadt. Er hat einen Ruf an den Fachbereich Architektur der TU Darmstadt angenommen und wird dort das Fachgebiet Entwerfen und Regionalentwicklung übernehmen (Nachfolge Prof. Thomas Sieverts). Neben inhaltlichen Schwerpunkten wird sich Wékel auch mit Verfahrens- und planungsrechtlichen Fragen befassen. Ferner soll er am Aufbaustudiengang Stadtplanung mitwirken.



KM Dipl.-Ing. RA **Holger Schmitz** hat sich der renommierten Kanzlei Nörr, Stiefenhofer, Lutz in Berlin angeschlossen.



KM Dr.-Ing. **Catrin Schmidt** verlässt die Regionale Planungsstelle beim Umweltfachamt Leipzig und übernimmt Anfang September eine Professur im Fachbereich Landschaftsarchitektur, Landschaftsplanung (einschließlich Entwerfen) und Raumplanung der Fachhochschule Erfurt.



KM Dipl.-Ing. **Christian Wittenbecher**, Referent in der Niedersächsischen Staatskanzlei, Abt. Landesplanung und -entwicklung, wurde zum Oberregierungsrat ernannt.



Nach 31 Jahren Amtszeit als Geschäftsführer der ehemaligen Planungsgemeinschaft Zentrales Oberrheingebiet und als Verbandsdirektor des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein seit dessen Gründung tritt KM Dipl.-Ing. **Dietrich Schmidt**, Karlsruhe,

mit Wirkung zum 30. September 2001 in den Ruhestand. Neuer Direktor des Regionalverbandes ist Dr. Gerd Hager, zuletzt Leiter des Referates Raumordnung, Baurecht und Denkmalschutz beim Regierungspräsidium Karlsruhe.



Am 27. August d. J. starb im 56. Lebensjahr Ministerialdirigent Dr. **Wolfgang König**. Der Verstorbene war als Abteilungsleiter im Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus und in dieser Funktion als Vertreter des Landes Schleswig-Holstein im Kuratorium der ARL tätig. Er hat sich während dieser leider viel zu kurzen Zeit als engagierter Vertreter unserer Disziplin und der ARL im Besonderen hervorgetan. Wir werden den Verstorbenen in guter Erinnerung behalten.

Neue Korrespondierende Mitglieder

Das Präsidium berief folgende Persönlichkeiten in Würdigung ihrer Mitwirkung in der ARL zu Korrespondierenden Mitgliedern:

- Dipl.-Ing. **Corinna Clemens**
Stadtplanerin, Stadtplanungsamt Sindelfingen
- Dr.-Ing. habil. **Stefan Greiving**
Privatdozent, Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung der Universität Dortmund
- Prof. Dr. **Hubert Job**
Professor am Institut für Wirtschaftsgeographie der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Rechtsanwalt Dipl.-Geogr. **Holger Schmitz**
Rechtsanwaltskanzlei Nörr, Stiefenhofer & Lutz, Berlin
- Prof. Dr.-Ing. **Walter Schönwandt**
Institut für Grundlagen der Planung der Universität Stuttgart

Die ARL hat damit zur Zeit 391 Korrespondierende Mitglieder, von denen 65 im Ausland leben.

Ausländische Gäste im Sekretariat

Prof. Dr. Kenji Yamamoto, Wirtschaftsgeograph an der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Hosei Universität in Tokyo, erwiderte Anfang August einen Besuch des ARL-Generalsekretärs Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich vom Februar des Jahres in Japan. Bei dem eingehenden Meinungsaustausch wurde an das Gespräch zu Jahresbeginn angeknüpft. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Themen „Kreative Milieus“, „KMU-Netzwerke“, „Strategien für Großstadtreionen“ und „Metropolenwettbewerb“. An den Meinungsaustausch schloss sich eine Besichtigung neuer Siedlungsprojekte in der Region Hannover an, u. a. des EXPO-Vorhabens Kronsbergsiedlung, an der auch Vizepräsident Prof. Dr. Axel Priebts teilnahm. Beide Seiten verabredeten, den Informations- und Erfahrungsaustausch fortzusetzen.

FRU-Infobörse

Unter dieser Rubrik erscheinen Hinweise auf beachtenswerte Diplomarbeiten, Dissertationen und sonstige graue Literatur. Der Förderkreis möchte auf diese Weise auf Leistungen des wissenschaftlichen Nachwuchses aufmerksam machen. Interessenten können die Adressen, an die Anfragen zu den gemeldeten Arbeiten zu richten sind, über den Förderkreis erhalten. Diese Rubrik steht allen inner- und außerhalb des personalen Netzwerks der ARL zur Verfügung; eine Auswahl ist vorbehalten. Informationen über Arbeiten, die in den folgenden Heften der ARL-Nachrichten veröffentlicht werden können, werden erbeten an:

FRU c/o ARL, Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover

FAX: 0049-(0)511-34842-41 oder über

E-Mail: becker@ARL-net.de

Technische Universität Berlin Fakultät 7: Baurecht und Bauverwaltungslehre

■ Meuser, Natascha

Zur Handhabung von gestaltungsrechtlichen Vorschriften in Berlin.

(Dissertation, laufend, voraussichtl. Abschluss 3/2002, Veröffentlichung geplant)

Universität Bonn Institut für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik

■ Adam, Ralf

Erfassung, dynamische Aufbereitung, Dokumentation und Analyse von städtebaulichen Basisdaten – Teilbereich Datenerfassung und -austausch durch XML –

(Diplomarbeit, abgeschl. 6/2001)

■ Schröder, Ralph

Entwicklung eines Denkmalinformationssystems DIS.

(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2001)

■ Steffens, Björn

Erfassung, dynamische Aufbereitung, Dokumentation und Analyse von städtebaulichen Basisdaten unter besonderer Berücksichtigung der Problematik des Datenschutzes.

(Diplomarbeit, abgeschl. 6/2001)

■ Steinrücken, Philipp

Erfassung, dynamische Aufbereitung, Dokumentation und Analyse von städtebaulichen Basisdaten unter besonderer Berücksichtigung von Erholungs- und Freiflächen in Kurorten.

(Diplomarbeit, abgeschl. 6/2001)

Universität Dortmund Fakultät Raumplanung, Fachgebiet Europäische Raumplanung

■ Reents, Martin

IBA Emscherpark – ein Modell zur Erneuerung des ober-schlesischen Industriereviere?

(Diplomarbeit, laufend, voraussichtl. Abschluss 09/2001)

■ Macdonald, Sven; Stohr, Henrik

(Stand-)orte der Kreativität. Stadträumliche Strategien zur Förderung der Medienwirtschaft in Wuppertal.

(Diplomarbeit, laufend, voraussichtl. Abschluss 10/2001)

■ Linnebach, Susanne

RheinRuhr: Eine junge Freizeitregion?

(Diplomarbeit, laufend, voraussichtl. Abschluss 08/2001)

■ Stürmer, Dirk

Das dortmund-project als Ansatz zur Bewältigung des Strukturwandels im Ruhrgebiet.

(Diplomarbeit, laufend)

Universität Dortmund Fakultät Raumplanung Fachgebiet Gewerbeplanung

■ Drenk, Dirk

Medienstädte in Deutschland. Standortanforderungen für Medienstädte der Film- und Fernsehwirtschaft.

(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2001)

Universität Dortmund Fakultät Raumplanung Fachgebiet Landschaftsökologie und -planung

■ Bigos, Claas

Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung an die Flächennutzungsplanung – dargestellt am Beispiel der Gemeinde Kürten.

(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2001)

Universität Dortmund Fakultät Raumplanung Fachgebiet Raumordnung und Landesplanung

■ Czöppan, Sven

Die virtuelle Universität – Potentiale und räumliche Auswirkungen einer Virtualisierung der Lehre am Beispiel der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund.

(Diplomarbeit, abgeschl. 11/2000)

Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung
Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung

■ *Büttner, Stefan*

Flächenverfügbarkeit als wesentliches Problem der Erstellung von Kompensationsflächenpools.

(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2001)

Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung
Fachgebiet Stadt- und Landschaftsgestaltung

■ *Nachtwey, Gregor*

Städtebauliche Rahmenplanung am Beispiel der Vitalisierung des Gewerbegebietes „Prinz-Friedrich“ in Essen-Kupferdreh.

(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2001)

Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung
Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung

■ *Reichling, Thomas*

Mobiler durch Informations- und Kommunikationstechnologien?

(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2001)

■ *Schäfer, Carolin*

Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bundesverkehrswegeplanung.

(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2001)

Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung
Fachgebiet Volkswirtschaftslehre - Raumwirtschaftspolitik

■ *Kiehl, Michael; Panebianco, Stefano*

Determinanten des Beschäftigungswachstums peripherer Regionen. Eine empirische Analyse am Beispiel Deutschlands, Großbritanniens und Italiens.

(Diplomarbeit, abgeschl. 11/2000)

Universität Gießen
Professur für Projekt- und Regionalplanung

■ *Grunevolt, Julia*

Ausgleichspool im Rahmen der Bauleitplanung: Empirische Analyse und Handlungsanleitung.

(Diplomarbeit, abgeschl. 2000)

Universität Hannover
Institut für Landesplanung und Raumforschung (ILR)

■ *Ehm, Dennis*

Regionalplanung ohne Regionalplan. Untersuchung zur Verwaltungspraxis der niedersächsischen Landkreise ohne erstmalig in Kraft getretenem Regionalen Raumordnungsprogramm.

(Diplomarbeit, laufend)

■ *Finke, Roland*

Auswirkungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf die Regionalplanung.

(Diplomarbeit, abgeschl. 12/2000)

Universität Kaiserslautern
Fachbereich Stadtplanung

■ *Klingmüller, Charlotte*

Die soziale Stadt – Strategien für eine soziale Stadtteilentwicklung und Überprüfung der Umsetzung auf Stadtteilebene am Beispiel Hanau-Lamboy.

(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2001)

Universität Kaiserslautern
Fachbereich Raum- und Umweltplanung
Fachgebiet Computergestützte Planungs- und Entwurfsmethoden in Raumplanung und Architektur

■ *Poerbo, Heru Wibowo*

Urban Design Guidelines as Design Control Instrument – with a case study of the Silver Triangle Superblock, Jakarta.

(Dissertation, abgeschl. 4/2001)

■ *Heuser, Andy*

Entwicklung eines internetbasierten Gewerbeflächeninformationssystems.

(Diplomarbeit, abgeschl. 6/2001)

Universität Karlsruhe
Institut für Regionalwissenschaft

■ *Tuan, Tran Duc*

Voraussetzungen für die nachhaltige Entwicklung des Tourismus in Vietnam am Beispiel der Halong-Bucht.

(Lizentiatenarbeit, abgeschl. 2001)

■ *Riggas, Christos*

Voraussetzungen und Perspektiven für die Entwicklung des alternativen Tourismus – Beispiel der Präfektur Lasithi (Kreta).

(Lizentiatenarbeit, abgeschl. 2001)

■ *Knappe, Dagmar*

Städtebauliches Rahmenkonzept für die Konversion „Heidelberg 2000/Bahninsel“.

(Lizentiatenarbeit, abgeschl. 2001)

■ *Flacker, Eduard*

ECE-Einkaufszentrum Augsburg: Abschätzung der Verkehrserzeugung und Analyse der Verkehrsanbindung an MIV und ÖV.

(Studienprojekt im Aufbaustudiengang, abgeschl. 2001)

Universität Karlsruhe
Institut für Städtebau und Landesplanung

■ *Greil, Michaela*

Gemeindeentwicklungskonzept für die Gemeinde Forbach im Murgtal.

(Diplomarbeit, abgeschl. 2001)

Technische Universität München
Dep. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

■ *Zängler, Thomas W.*

Mikroanalyse des Mobilitätsverhaltens in Alltag und Freizeit.

(Dissertation, abgeschl. 05/2000; veröff. Springer-Verlag, Berlin 2000, ISBN 3-540-66534-X)

Technische Universität München
Geographisches Institut

■ *Obersteg, Andreas*

Interkommunale Kooperation in Frankreich - Freiwillige Zusammenarbeit oder schleichende Gebietsreform?

(Diplomarbeit, abgeschl. 12/2000)

■ *Kopp, Elmar*

Geschäftskundenpotentialanalyse als Grundlage zum Aufbau eines Telekommunikationsnetzes. Eine GIS-gestützte Untersuchung am Beispiel der Stadt Rostock.

(Diplomarbeit, abgeschl. 12/2000)

■ *Spitz, Christa*

Freizeitverhalten von Kindern in der mittleren Kindheit im Münchner Westend

(Diplomarbeit, abgeschl. 1/2001)

■ *Bailly, Suna*

Verlage auf dem Weg zum virtuellen Unternehmen? Welche Bedeutung haben regionale Netzwerkstrukturen für Münchner Buchverlage zur Bewältigung des gegenwärtigen Wandels in der Branche?

(Diplomarbeit, abgeschl. 1/2001)

■ *Neumeier, Stefan*

Konzeption eines Geographischen Informationssystems für das Katastrophenmanagement und den Wiederaufbau am Beispiel Kosovo.

(Diplomarbeit, abgeschl. 1/2001)

■ *Jungwirth, Anton*

Die Transferierung von denkmalgeschützten Bauernhäusern im Landkreis Miesbach. Praxis und Beurteilung einer ungewöhnlichen Erhaltungsmaßnahme.

(Diplomarbeit, abgeschl. 1/2001)

■ *Widmer, Christoph*

Mobilität und Beruf. Erhebung und Analyse des Mobilitätsverhaltens von Mitarbeitern als Vorstufe des betrieblichen Mobilitätsmanagements.

(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2001)

■ *Bachmann, Matthias*

Wie effektiv ist die regionale Spezialisierung der Hochtechnologieförderung in Bayern?

(Diplomarbeit, abgeschl. 4/2001)

■ *Siemens, Doris*

Soziales Management in Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus.

Bewohnertreff und Mieterladen - zwei Beispiele aus der Praxis der quartiersbezogenen Bewohnerarbeit von Wohnungsunternehmen.

(Diplomarbeit, abgeschl. 6/2001)

■ *Joswig, Alexandra*

Call-a-Bike in München. Entwurf eines Bewertungssystems für die Übertragung dieses innovativen Mobilitätsdienstes auf andere Städte.

(Diplomarbeit, abgeschl. 6/2001)

Friedrich-Ebert-Stiftung
Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und
Beratungszentrum
Abteilung Wirtschaftspolitik

Theoretische Grundlagen der Städtebau- und Stadtentwicklungspolitik

(Reihe „Wirtschaftspolitische Diskurse“, Nr. 141, ISBN 3-86077-999-0, Bonn 2001)



NACHRICHTEN

Redaktion: Dagmar Kutzt

Produktion: Wolfgang Günther,
Dagmar Kutzt

Druck: poppdruck, Langenhagen

Die NACHRICHTEN erscheinen viermal
im Jahr

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet
September 2001

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG
UND LANDESPLANUNG
30161 Hannover, Hohenzollernstraße 11
Tel.: 0511 / 3 48 42 - 0;
Fax: 0511 / 3 48 42 - 41
E-Mail: ARL@ARL-net.de
<http://www.ARL-net.de>
Red.: 0511 / 3 48 42 - 33
(E-Mail: Kutzt@ARL-net.de)

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

2-3/2001

Beiträge

- Anja Brüll, Grit Bürgow und Ina Küddelsmann
Nachhaltiges Qualitätsmanagement von Landschaft. Visionen, Strategien und Instrumente für die Entwicklung einer regenerativen und kreativen Landschaft nach einer landschafts-(thermo-)dynamischen Anschauung
- Christian Hildmann
„Neue Landschaften“ durch geschlossene Stoffkreisläufe. Welche Landschaften brauchen wir in Mitteleuropa im nächsten Jahrhundert
- Corinna Clemens
Planen mit der Landschaft – Landschaft als Dienstleistung
- Verena Mayer, Mark Schlick und Martin Groeger
Landschaft als weicher Standortfaktor. Erarbeitung von Leitlinien, Zielen und projektbezogenen Handlungsvorschlägen zur Sicherung und Entwicklung ästhetischer Landschaftsqualitäten
- Siegfried Greif
Patentgeographie. Die räumliche Struktur der Erfindungstätigkeit in Deutschland
- Anke Matuschewski und Peter Zoche
Regionale Verankerung von Informations- und Kommunikationstechnologie-Unternehmen. Eine Fallstudie in der TechnologieRegion Karlsruhe
- Holger Adam
Reale Orte in digitalen Netzen. Orte und Räume Hamburger Content-Produzenten
- Peter Bau und Norbert Schauerte gen. Lüke
Die GIS-Anwendung in der Landesplanung. Dargestellt am Beispiel des digitalen Raumordnungskatasters Sachsen-Anhalt
- Jörg Knieling, Dietrich Fürst und Rainer Danielczyk
Kann Regionalplanung durch kooperative Ansätze eine Aufwertung erlangen?
- Arnd. H. Motzkus
Verkehrsmobilität und Siedlungsstrukturen im Kontext einer nachhaltigen Raumentwicklung von Metropolregionen
- Hauke von Seht
Global denken, lokal handeln und profitieren? Auswirkungen kommunaler Klimaschutzmaßnahmen
- Stefan Krappweis
Zehn Jahre gemeinsame Planung von Berlin und Brandenburg. Rück- und Ausblick
- Annedore Bergfeld und Ina-Beate Groß
Ausweis von Vorranggebieten für Industrieansiedlungen in Thüringen

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

4/2001

Beiträge

- G. Wolfgang Heinze
Landesentwicklung durch Freizeitverkehr
- Christian Holz-Rau
Verkehr und Siedlungsstruktur – Eine dynamische Gestaltungsaufgabe
- Jörn Birkmann und Lothar Finke
Indikatoren zur Beurteilung und Steuerung einer nachhaltigen Raumentwicklung NRW. Ziele, Möglichkeiten und Probleme von Nachhaltigkeitsindikatoren für die Gebietsentwicklungsplanung in NRW. Ergebnisse eines F + E –Vorhabens im Auftrag der Obersten Landesplanungsbehörde in NRW.
- Britta Klagge
Räumliche Disparitäten des Sozialhilfebezugs in Deutschland: ein Überblick
- Holger Rößling
Die Vorbereitung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung durch die Regionalplanung – rechtliche Rahmenbedingungen, planerische Aufgaben und die Umsetzung in der Praxis
- Sabine Müller-Herbers
Nachhaltige Stadtentwicklung und Flächenmanagement in mittleren und kleinen Städten in Deutschland und Slowenien – Zwischenbericht aus einem INTERREG II C – Projekt im MSOE-Raum (Kurzbericht)

Veröffentlichungs- verzeichnis der ARL erschienen

Interessenten können das Veröffentlichungsverzeichnis direkt vom Sekretariat beziehen. Veröffentlichungen im Internet: www.ARL-net.de/veroe/veroe.htm

